Poitix

Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien

Politik Nedien



INHALT

	Ver-Internet-zte Partizipation	
Zum Thema:	Harald Pecival	4
	President Gates? Chancen und Gefahren des Wählens am PC	
	Gregor Matjan	ϵ
	Cyber ohne democracy?	
	Daniela Ingruber	8
	Grenzenlos objektorientiert: "Vitual Valery" in der EU.	
	Menschenwürde und Pornographie im Internet	
	Doris Alhutter	10
	Netzpolitik: Quo vadis?	
	Stefan Hirsch	13
	ATTAC Österreich	
	Bernhard Obermayer	15
	Sub-Bewegungen im Cyberspace.	
	Interview mit Andreas Wimmer	4.
<u>Serie</u> :	Gerti Zupanich	16
	D C.C.11 I 1'	
Berufsfelder POWI Aktuell:	Berufsfeld Journalismus	16
	Simon Kravagna	18
	Die Tabus der amerikanischen Seele.	
	Verbotene Themen im Terror-Krieg	
	Peter Filzmaier	20
	Krieg und Frieden in der Welt	20
	nach den Ereignissen des 11. Septembers	
	Helmut Kramer	21
	Die Anschläge vom 11. September und Hollywood	21
	Gunnar Landsgesell/Georg Spitaler	24
	"Macht ihn durchsichtig"	2
	Johannes Högl	26
	"Was Sinnvolles machen".	-
	"Gedenkdienst" speziell für Frauen und Nicht-Zivildienstpflichtige	
	Olivia Pfeifer	28
	Bundesministerin Gehrer: Inszenierte Realität	-
	Birgit Wolf	31
	Wolken um die Ecke schieben	
	Franz Fillafer	32
- .	•	
Intern:	e-mail – Interview mit Gastprofessor David Wayne Parsons	
	Monika Mayrhofer	34
	DissertantInnen-Initiative	
	Birgit Weiss	35
	Einmal anders – "das Projektseminar"	
Studentische	Vedran Dzihic	36
Forschung:	Sicherheitspolitik auf österreichisch	
	Wolfgang Braumandl	37
	Privatisierung und Ausgliederung:	
	der Schlüssel zum besseren Staat?	26
	Philip Marcel Karré	38
	Gefährliche Märchen	46
	Angela Slateff	40
International:	Outside it's America	
international.	Johannes Leibetseder	42
	Humboldt kehrt zurück nach Europa	42
	Stephan Johannes Wabl	44
	Stopmen o Similities in mor	
Kongreßbericht:	Vom Postfaschismus zum demokratischen Faschismus	
	Stephan Grigat	46
	-	
Service:	Rezensionen	48-55
	Diplomarbeiten, Sekretariate, Büchertipps	56-59

EDITORIAL

Liebe Leserinnen

und Leser,

rillkommen im ersten Semester mit Studiengebühren, im ersten Jahr der nun wirklich greifbaren neuen Währung des Euros und fast 5 Monate "danach". Die aktuellen Geschehnisse, die wie eine tektonische Plattenverschiebung über lange Jahre (Jahrzehnte?) nachwirken werden, betreffen "alle" Menschen und das Politix-Team wird sich u.a. auch damit in Zukunft beschäftigen.

Einer der Ausläufer einer solchen Verschiebung, der Österreich schon erfaßt hat, seit der zweiten Hälfte der 90er, sind die "Neuen Medien", dank dieser sich auch das vorliegende Heft "leichter" gestalten läßt (Danke an Luise für durchwachte Nächte!).

Im Zusammenhang mit der institutionellen Politik sind in diesem Themenfeld zumindest zwei Hauptstränge zu identifizieren: die eine Position, die von der neuen demokratischen, egalitären und informationsbeschaffenden Welt spricht, die Gegenseite, die den gläsernen Menschen, die Verstärkung des Nord-Süd/Mann-Frau-Gefälles und die Verbreitung von Bombenplänen, Hetzschriften, Haßtriaden, (Kinder)Pornographie etc. im Brennpunkt der Analyse haben. Beide Positionen finden ihren Niederschlag im aktuellen Politix.

Die Zeitschrift selber hat sich um 2 Rubriken vergrö-Bert, eine interne Veränderung, die potentiell jede Leserin und jeden Leser am Institut betreffen könnte. Das eine Kapitel ist die "Studentische Forschung", die jedem/r DiplomandInnen und DissertantInnen der Politikwissenschaft Platz bietet, um ihr/sein Forschungsthema vorzustellen. Über zahlreiche Zusendungen würden wir uns daher freuen. Die zweite Neuerung ist die neue Rubrik "Kongreßberichte".

> Ihr Redaktionsteam Politix Wien, Jänner 2002

> > 3

Impressum

HerausgeberIn:

Institut für Politikwissenschaft (ipw)

MedieninhaberIn, VerlegerIn: ipw, 1090
Wien, Währingerstr.17

Redaktionsteam:

Agyemang-Kainrath Eva, Arztmann Doris, Fillafer Franz, Hölzl Julia, Kaps Klemens, Kreisky Eva, Luksch Luise, Purkarthofer Petra, Sauer Birgit, Schulze Michael K., Windbichler Katharina, Zahradnik Katharina, Zupanich Gerti Kontakt: Birgit Sauer ipw, 1090 Wien, Währingerstr.17 T: 4277-47712, F: 4277-47719, e-mail: birgit.sauer@univie.ac.at

Layout: Luise Luksch
Cover: Susanne Wegscheider: com_unit @

Herstellung: Bank Austria Auflage: 1800 Stück Erscheinungsweise: 2x/Jahr Offenlegung gem. §25 MedienG.: MedieninhaberIn ipw, 1090 Wien, Währingerstr.17

Blattlinie: Politix informiert über institutsbezogene Aktivitäten, sowie über aktuelle Entwicklungen in der Politik.Wissenschaft

Ver-Internet-zte Partizipation

Von Harald Pecival

Von Demokratien...

anch westliche Demokratie scheint in einer Sinnkrise zu stecken. Die Wahlbeteiligung sinkt stetig, Reformstau und Steuerungsverluste werden beklagt, rechtspopulistische Parteien befinden sich auf der Überholspur.

Es mehren sich die Stimmen, die zur Entschärfung einiger dieser Probleme eine stärkere Beteiligung der BürgerInnen am politischen Alltag fordern. Denn politische Partizipation ist ein wesentlicherwenn auch nicht der einzige Aspekt von Demokratie. Zu den prominentesten Verfechtern weitreichender politischer Partizipation können Jean-Jaques Rousseau und Benjamin Barber gezählt werden.

...und Netzen

Gerade das Internet bietet sich für eine stärkere Einbindung des Volkes in den politischen Prozess an, da es Kommunikation als auch Information schnell und relativ günstig zu transportieren vermag. Zudem scheint es sich zum breit genutzten Massenmedium zu entwickeln: So surfen bereits mehr als drei Millionen ÖsterreicherInnen im globalen Netz, und in 52 Prozent der heimischen Haushalte steht zumindest ein PC.

Von Visionen...

Es lassen sich etliche Varianten politischer Partizipation

via Internet konstruieren, exemplarisch sollen fünf denkbare Möglichkeiten kurz dargelegt werden:

- Politische Diskussionsforen der BürgerInnen: Diese Möglichkeit der Webnutzung steht heimischen Netz-UserInnen bereits offen. Die Foren unzähliger Websites sowie das Usenet laden zur politischen Diskussion ein.
- Feedback an politische Akteure: Auch diese Möglichkeit besteht schon längere Zeit. Alle im österreichischen Nationalrat vertretenen Parteien sowie deren Abgeordnete besitzen zumindest eine E-Mail-Adresse, ebenso bieten Chats mit PolitikerInnen die Chance zum Feedback.
- Wahlen via Internet: Es wäre denkbar, Wahlen statt im Wahllokal im Wohnzimmer stattfinden zu lassen. Nichtwähler-Innen, die bisher aus Bequemlichkeit den Gang zur Wahlurne mieden, könnten so in den politischen Prozess integriert werden.
- 'Elektronisches Veto' der BürgerInnen: Hinter diesem Punkt verbirgt sich die Überlegung, dem Volk eine Vetomöglichkeit gegenüber vom Nationalrat beschlossenen Gesetzen zu überreichen. Die Chance, bei entsprechender Beteiligung unangebracht scheinende Gesetze verhindern zu können, dürfte Politikverdrossenheit

entgegenwirken und die Lust an weitergehender politischer Beteiligung wecken.

- Parteien als Berater direkt entscheidender BürgerInnen: Die radikalste der vorgestellten Möglichkeiten legt das Recht zur Gesetzgebung ausschließlich in die Hände der BürgerInnen. Die Parteien könnten als beratende Instanzen agieren, welche die Wähler-Innenschaft per E-Mail oder via Homepage über die aktuellen Agenden und die jeweiligen Auswirkungen der zur Wahl stehenden Alternativen informieren. Das Votum wird vom eigenen PC oder über öffentliche Terminals abgegeben. Aus Effektivitätsgründen sollten Gesetzesanträge lediglich von Nationalratsangehörigen eingebracht werden können, zudem sollten letzteren Veto-Möglichkeiten offenstehen.

...und Problemen

Bezüglich der Abhaltung partizipatorischer Prozesse via Internet gilt es zu bedenken, dass sich vor allem jüngere Generationen des Netzes bedienen und ältere UserInnen zur Zeit noch eine Minderheit sind. Dies wird sich wohl auch nicht ändern, solange die Technik ein mehr als oberflächliches Software- und Computerwissen verlangt. Somit ist die Zahl der InternetuserInnen noch nicht einmal annähernd deckungsgleich mit der der Wahlberechtigten.

Zudem erfordert das Internet eine wesentlich größere Recherche- und Auswahlfähigkeit, als für den Medienkonsum von Zeitung oder Fernsehen benötigt wird. Neben finanziellen Hindernissen scheint auch die Informationsaufnahme- und -verarbeitungskapazität des Menschen begrenzt.

Die Vielzahl und Komplexität notwendiger Entscheidungen moderner Gesellschaften, das Erkennen der Problematik, das Auffinden und Beschaffen des Informationsmaterials sowie dessen intellektuelle Verarbeitung kosten das Individuum einen Aufwand an Zeit und möglicherweise Geld, den zu tragen es für politische Zwecke wohl nur in einem begrenzten Umfang bereit ist.

Es steht zu befürchten, dass nur ein verschwindend geringer Teil der Wahlberechtigten neue, via Internet verwirklichte Chancen auf politische Partizipation aktiv und verantwortungsvoll zu nutzen wüsste.

Der Wiener Mediendramaturg Christian Mikunda erklärt sein diesbezügliches Mißtrauen: "Wenn man sich körperlich in ein Wahllokal begeben muß, zieht man sich vielleicht ein bißchen besser an, die Freunde rufen an und fragen Warst du schon wählen?', das Wahllokal hat seit Jahren denselben Geruch, und ich weiß dann: Jetzt muß ich eine wichtige Entscheidung treffen. Wenn man eines Tages mit der Fernbedienung oder der Maus abstimmt, wird das nicht mehr an Entscheidungskraft von Ihnen verlangen, als heute die Pizza statt mit Anchovis mit Salami zu bestellen."

Auch scheint die Gefahr eines Missbrauchs oben besprochener partizipatorischer Instrumente durch populistische AkteurInnen nicht vernachlässigbar. Zudem werden allenfalls notwendige Verfassungsänderungen nur schwer zu erwirken sein. Parteigranden müssen hart um ihre Macht kämpfen, sie dürften nicht allzu begierig sein, diese zu teilen, und noch weniger, sie abzugeben - schon gar nicht an eine anonyme Gruppe von BürgerInnen, die vom Wohnzimmer aus abstimmt.

Abschließend gilt es mit Claus Leggewie zu bedenken: "Computervermittelte Kommunikation an sich ist weder demokratiefreundlich noch feindlich. Wenn a priori kein Interesse an politischer Beteiligung besteht, wird sie auch das Internet nicht herbeizaubern."

Harald Pecival (pecival@gmx.net)

Der Text stellt wichtige Punkte der von Prof. Rosenberger betreuten Diplomarbeit des Autors dar. Der Autor studiert Politikwissenschaft und Publizistik und verdient seine Brötchen als Contentbetreuer für die Online-Ausgabe des Kurier.

President Gates?

Von Gregor Matjan

expect to be able to vote from my PC. While pondering the choices at my leisure, I'll be able to see what the candidates say about themselves, listen to speeches they've given, check their judicial records, read or watch news reports, survey their endorsements or the recommendations of nonpartisan groups, or even ask individuals I trust who they intend to vote for - all electronically. The result will be a better-informed vote, and probably greater participation" (Bill Gates, 1996)

Bemerkenswert, dass der CEO des weltgrößten Softwarekonzern solche Gedanken formuliert und nicht ein/e Politologe/in, der/die mit Demokratietheorie und utopischen Staatskonzepten vertraut ist. Hat die Politikwissenschaft die Auseinandersetzung mit den technisch-prozeduralen Bedingungen der Demokratie und ihren Chancen für mehr demokratische politische Kultur zugunsten institutioneller Analysen etwa zu lange vernachlässigt?

Das Internet ermöglicht uns auf einfachste Weise Zugang zu Quellen und Daten, die bis dahin nur mühsam zu erlangen oder überhaupt verborgen geblieben wären. Einerseits eröffnet das Netz demokratische Offenheit und Öffentlichkeit in einer virtuellen Dimension (etwa als KonsumentInnendemokratie in den entsprechenden Online Communities), andererseits bildet der mangelhafte Schutz sensibler, personenbe-

zogener Daten gleichzeitig das Hauptproblem für Transaktionen (wie etwa Stimmabgaben) über Internet. Der unkontrollierbare Zugriff durch kriminelle Hacker oder neue Rasterfahndungsmethoden nährt die Skepsis, dass persönliche Daten von StaatsbürgerInnen praktisch jederzeit manipuliert oder gelöscht werden könnten, womit auch die physische Existenz der Person selbst bedroht sei. Bereits 1979 hat der Philosoph und Medientheoretiker Jean-Francois Lyotard in seinem Klassiker "Das postmoderne Wissen" erkannt, dass entweder die Informatisierung der Gesellschaften das Kontroll- und Regulierungsinstrument des Systems des Marktes sein könne und damit unvermeidlich den Terror mit sich brächte. Sie könne aber auch den über die "Metapräskriptionen" diskutierenden Gruppen dienen, indem sie ihnen jene Informationen gibt, die ihnen meistens fehlen, um in Kenntnis der Sachlage zu entscheiden. Lyotard forderte daher konsequent, dass die Öffentlichkeit freien Zugang zu Speichern und Datenbanken erhalten müsse.

Obwohl also das Internet das demokratischste Medium ist, das die Welt bisher kannte, scheint es zu riskant, elementare demokratische Prozeduren wie eine geheime, freie und gleiche Wahl darüber abzuwickeln. So setzen Onlinewahlen etwa ein zentrales elektronisches WählerInnenbzw. Melderegister voraus, das

ständig zweckfremden Zugriffen und Abfragen ausgesetzt wäre.

Angesichts des Desasters der US-Präsidentenwahl müssen sich westliche Demokratien jedoch die Frage gefallen lassen, ob ihre demokratischen Prozeduren tatsächlich dem Prinzip der freien, gleichen und geheimen Stimmabgabe gerecht werden. Einerseits sind die USA mit ihrem Wahlsystem, das implizit immer noch den systematischen Ausschluss weiter Teile der Bevölkerung betreibt, nicht das beste Beispiel, wie eine moderne Demokratie zu funktionieren hat; andererseits sehen sich USA immer noch als Leitstern demokratischer Kultur und Heilsbringer für andere Staaten. Aber auch in den europäischen Demokratien sind zusehends Defizite der politisch-kulturellen wie auch prozeduralen Basis demokratischer Entscheidungen erkennbar. Sinkende Wahlbeteiligung, Klagen über zu komplexe Wahlvorgänge und Stimmzettel, die Häufigkeit von Wahlanfechtungen oder kleinere Manipulationen in lokalem Rahmen sind auch in Europa bekannte Defizite. Das gängige Argument für Internetwahlen lautet, mobile, aber "politikverdrossene" Gruppen wieder an das demokratische Grundritual heranzuführen und ihnen wirksamere politische Foren und neue Abstimmungsmöglichkeiten zu eröffnen. Gedacht ist vorerst an ein duales System, das sowohl Online-

CHANCEN UND GEFAHREN DES WÄHLENS AM PC

Stimme als auch konventionelle Stimmzettel zuläßt.

Computertechnisch liegen Internetwahlen mittlerweile im Bereich des Möglichen. Digitale Signaturen oder biometrische Identifikationsverfahren (Fingerabdruck) haben bereits Marktreife erlangt. Ebenso existieren praktisch unentschlüsselbare kryptografische Übertragungsverfahren, wie auch die entsprechenden Backupund Datenbanksysteme, die derartige Datenmengen in einer entsprechenden Geschwindigkeit handeln können. Zwei Hauptsicherheitsprobleme bleiben jedoch weiterhin bestehen: sogenannte "Denial of Service" -Attacken können durch "Zuschütten" der Wahlserver mit Datenmüll die Stimmabgabe verhindern. Weiters besteht die Möglichkeit von "Votenapping" durch gefälschte Abstimmungswebsites oder durch "Umleitung" der Stimmen ins digitale Nirvana. Weniger potenzielle Datenmanipulationen bereiten also die Umsetzungsprobleme, als vielmehr die Möglichkeit, gültige Stimmabgaben zu verhindern und so das digitale Wahlsystem zum Kollabieren zu bringen.

Online-Wahlen werden bereits im Rahmen kleinerer, begrenzter, institutioneller Wahlkörper getestet, wie etwa bei Standesvertretungswahlen (Uni Osnabrück, Uni Bremen demnächst), Betriebsratswahlen, innerparteilichen Vorwahlen (z.B. in Arizona) oder ähnli-

chem. In jedem Fall muss an öffentlichen Plätzen eine elektronische Stimmabgabe möglich sein, um einerseits die WählerInnen an die Technologie heranzuführen und andererseits eine ausfallsichere Alternative zu gewährleisten.

Eine Fülle kommerzieller und staatlicher Akteure sind v.a. in den USA dabei, spätestens für die übernächsten Präsidentschaftswahlen Online-Stimmabgabe als Alternative zu den veralteten Lochkartenstanzgeräten zu entwikkeln. NGOs wie das Voting Integrity Project sind (bisher nur in den USA) wachsame Beobachter, die die aktuelle Diskussion um Online-Wahlen mit Kommentaren zu Rechtsund Sicherheitsstandards kritisch begleiten und eine entsprechende Regulierung einfordern. Wenn sich in rund fünf Jahren das "Mobile Internet" flächendeckend durchgesetzt hat, werden sogar Online-Wahlen via "Handy" oder ähnlichen mobilen Endgeräten in greifbare Nähe rücken. Ob dies allerdings wirklich zu der von Bill Gates erwarteten höheren Informiertheit bei der Stimmabgabe führt, wird wohl nur die Praxis beweisen können.

Gregor Matjan
Lektor am ipw
und Research Manager
bei der mobilkom Austria



"Jede politische Revolution ist ein Drama, die sich ankündigende technische Revolution jedoch ist zweifellos sehr viel mehr als ein Drama, sie ist eine Tragödie des Wissens, die babylonische Verwirrung der individuellen und kollektiven Kenntnisse." (Paul Virilio, Information und Apokalypse, S. 97)

it jeder techn(olog)ischen Neuerung vervielfacht sich Glaube an die Unbesiegbarkeit unseres Daseins als Gesellschaft; als westliche Gesellschaft, müßte man sagen, weil zahlreiche globale Erfindungen nur für einen kleinen Teil der Weltbevölkerung zugänglich sind. Auch die vielgepriesenen Neuen Medien. Sie wurden als technische Erfindung vor allem mit einem Stichwort euphorisch propagiert: Freiheit.

Die Verheißung lautete, den Menschen werde neue Freiheit ermöglicht: jederzeit über jede beliebige Information verfügen zu können, unbürokratisch und direkt erfahren zu können, was mensch schon immer hatte wissen wollen, ohne die Frage danach zu wagen, weil sie vielleicht zu intim, indiskret oder fraglich schien; keine Zensur; und schließlich, unbegrenzt spielen zu können, auch das unbeobachtet. Durch die Vorstellung, einfachere und direktere Informationsmöglichkeiten und Kontaktaufnahme mit Behörden und Institutionen zu erhalten, lag es auf der Hand, demokratiepolitisch zudem neue Freiheiten zu erwarten. Kontrolle würde nicht nur gegen BürgerInnen eingesetzt, sondern nachvollziehbar und vermindert.

Vieles davon ist eingetreten. Es läßt sich spielen, erfahren und grenzüberschreitend kommunizieren, nahezu unter Aufhebung alteingesessener hierarchischer Strukturen. Mehr Freiheit ergibt sich daraus allerdings nicht.

Unser bürokratisches System steht vor neuen Herausforderungen, gerade was Hierarchien betrifft; das Überschwemmen mit Protest-e-Mails und die per Mail direkt vorgetragene Beschwerde oder das Lob sind Folgen dessen. Bisherige Untersuchungen zeigen, daß viele EntscheidungsträgerInnen damit noch weitgehend überfordert sind. Nicht alle Mails sind beantwortbar. Der Kontakt wird direkter und noch unpersönlicher. Chats könnten das vermeintlich ausgleichen, erweisen sich aber als kontrolliert.

Symbolträger der sogenannten Cyberdemocracy sind Wahlen im Internet. Alle bisherigen Versuche zeigten jedoch vor allem eines: Manipulation kann nicht vollkommen ausgeschlossen werden. Und während neue WählerInnenschichten angesprochen werden, wirkt sich die Hemmschwelle für andere aus: Wahlverweigerung.

rung. Wahlen im Netz werden uns nicht mehr Demokratie bringen. Zahlreiche Forschungen gaukeln vor, daß es unter dem Stichwort "Cyberdemocracy" nur um die Fortsetzung der heutigen Demokratie mit anderen Mitteln ginge. Dieser versteckte Hinweis auf Clausewitz deutet bereits darauf hin, daß das erwartete System kein friedliches sein dürfte.

Beschleunigung längst ein Maß angenommen, das einem Karussell ähnelt. Mächtig ist, wer mit der Geschwindigkeit mithalten kann. Medien scheinen das zumindest teilweise zu können. Wir leben längst in einer Turning Galaxis - wir sehen, hören, handeln in den Medien, losgelöst von dem scheinbar realen Leben unserer kleinen Umwelt. So wird Cyberwar zum Resultat der ständigen Beschleunigung, viele Menschen nicht mehr folgen können, weil sie nicht darauf vorbereitet worden sind. Die Euphorie, verbunden mit Nicht-Wissen, könnte zur Bedrohung werden.

Wir sollten uns den Unterschied zwischen Wahrheit und Fiktion genauer ansehen. Der französische Anti-Philosoph Jean Baudrillard hat dazu bereits vor Jahren aufgerufen. Er wurde mißverstanden, die Be-

OHNE DEMOCRACY?

Von Daniela Ingruber

griffe Wahrheit und Virtualität blieben im Wesentlichen unbearbeitet.

Nur eine kurze Zeit lang schien Kontrolle im Netz ein Tabu zu sein. Das Internet war ursprünglich eine militärische Technologie. Vom Staat wurde sie benützt, allgemein eingeführt und bald kontrolliert. Dem Kontrollgedanken des Staates widerspricht die uneingeschränkte Freiheit im Netz. Neue Gesetze sollen nun die Freiheit des Einzelnen einschränken, um die Sicherheit der Gesamtheit, des Volkes, zu schützen. Als ob das eine wirklich mit dem anderen zu tun hätte

Mit zunehmender Offenbarung, daß wir mit aller Technik nicht für mehr Sicherheit sorgen können, steigt die Sehnsucht nach ihr. Sie wird meist in Verstärkung eben jener deutlich versagenden Technik gesucht: Neue Technologien, Aufrüstung im militärischen wie auch technologischen Sinn.

Der große Traum der Transparenz bleibt gerade in einem vielschichtigen Medium wie dem Internet unerfüllt. "Das Dasein in spielerischer Selbstvergessenheit hat nicht erst mit der Erfindung der Computer (und der Automation) begonnen: Es war immer und überall das für den Menschen charakteristische Dasein." (Vilém Flusser 1998, S. 157).

Cyberdemocracy aber müßte mehr bedeuten als ein technisches Mittel, ein Werkzeug. Sie müßte zumindest die Möglichkeit auf selbständiges Denken und Handeln beinhalten – und das steht im Widerspruch zu den nun in der EU entstehenden Sicherheitsgesetzen im Namen der Terrorismusbekämpfung.

Daniela Ingruber

Referentin des Grünen Parlamentsclubs

http://world.information-org http://www.digitaldivide.gov/ http://www.digitaldividenetwork.org/ http://www.pbs.org/digitaldivide/ http://news.cnet.com/news/0-1005-200-344552.html

http://www.ntia.doc.gov/ntiahome/net2/falling.html

http://www.washington.edu/wto/digital/

<u>Bibliographie</u> Chomsky, Noam: Necessary Illusions.

Thought Control in Democratic Societies. London 1989 Flusser, Vilém: Vom Subjekt zum Projekt. Menschwerdung. FFM 1998 Foreign Affairs, March/April 2001. Volume 80/2. NY 2001 Hawthorne, Susan/Klein, Renate (ed.): CyberFeminism. Connectivity, Critique and Creativity. North Melbourne 1999 Ingruber, Daniela/Sützl, Wolfgang: Die Politik des Datenkörpers. in: Filzmaier, Peter (Hg.): Internet und Demokratie. Innsbruck/Wien (erscheint im Nov. 2001) Treusch-Dieter, Gerburg: Virus Virtualität oder die Verwirklichung der Wirklichkeit. in: Samsonow, Elisabeth von (et.al.; Hg.): Telenoia. Kritik der virtuellen Bilder. Wien 1999 Virilio, Paul: Fluchtgeschwindigkeit. München/Wien 1996 - ders.: Information und Apokalypse. Die

 ders.: Information und Apokalypse. Die Strategie der Täuschung. München/Wien 2000

GRENZENLOS OBJEKTORIENTIERT:

"Virtual Valery" in der EU

omputerheld Larry zieht durch Bars und Bordelle, erscheint auf dem Bildschirm eine Frau, muss sie flachgelegt werden. Computer und Internet bieten endlos viele dieser amüsanten Freizeitbeschäftigungen. Sogar die starke Lara Croft ist im Netz nicht nur im ohnehin schon knappen Kämpferinnen-Outfit zu haben, auch als Hausfrauchen, in Reizwäsche

frauchen, in Reizwäsche oder zusammengeschnürt als Sado-Maso-Püppchen ist sie jederzeit bereit zum Up- und Download.

Wenig Mühe müssen sich Internet/Computer-UserInnen auch bei Virtual Valery geben. Bereits auf Mausklick zieht sie sich aus und spreizt die Beine. Auf dem Bildschirm erscheint eine Art Werkzeugkiste ("toy box") mit Gegenständen, die man Valery in die virtuelle Vagina einführen kann. Ihr

anhand eines Barometers angezeigter Erregungszustand ist unermesslich, und so demonstriert das manipulierte Objekt auch schon optisch und akustisch einen virtuellen Orgasmus. Virtual Valery fordert ihre BenutzerInnen zu Sado-Praktiken (z.B. Peitschenhiebe) auf und genießt es mit weiteren "Sexual-Partnerinnen" beglükkt zu werden. Körpermasse und Dinge, die "sie mag", z.B. auf Schmerzen abfahren, kann der Benutzer für Valery und ihre virtuellen Schwestern auswählen. (1)

In Zeiten der Informationstechnologie erlebt die Pornoindustrie eine wahre Hochkonjunktur. Ob als Bildschirmschoner, Computerspiel, mithilfe von Live-cams oder Animationen – CyberPorn ist bequem, anonym und billig vom Wohnzimmer aus verfügbar. Frauen und Kinder ("sexy Lolitas") können nicht mehr nur gezeichnet, fotografiert



und angeschaut, sondern als Ganzkörperkonstruktionen interaktiv nach UserInnen-Bedürfnissen geschaffen, weiterverbreitet und bearbeitet werden. Der/die UserIn konsumiert dieses Frauenbild – die "perfekt funktionierende, permanent verfügbare Objekt-Frau" (2) – nicht nur, sondern stellt sie selber her, verbreitet sie und erzeugt sie immer wieder neu.

Der gesellschaftliche und politische Diskurs über den wachsenden Einfluss der Informationstechnologie auf die Gesellschaft bewegt sich im Spannungsfeld von wirtschaftlichen Interessen und von Grundrechten wie dem Schutz vor Zensur und dem Recht auf Menschenwürde.

Illegale und schädigende Inhalte

Die Europäische Kommission beschäftigt sich seit Mitte der 90er Jahre mit der möglichen Regulierung von "illegalen und schädigenden Inhalten im Internet". Diese Inhaltskategorien werfen unterschiedliche Grundsatzfragen auf und verlangen unterschiedliche rechtliche und technische Antworten. Die Nutzung und Verbreitung von Inhalten wie Kinderpornographie, Menschenhandel, Terrorismus sowie die Verbreitung rassistischen Materials

oder die Anstiftung zum Rassenhass unterliegen den nationalen Rechtsvorschriften der Mitgliedsstaaten -sie sind illegal. Schädigende Inhalte können hingegen die Wertvorstellungen und Gefühle von Personen aufgrund ihrer politischen Ansichten, der religiösen Überzeugung, der Rassenzugehörigkeit und ähnlichem verletzen. Was als schädigend empfunden wird, hängt vom kulturellen Umfeld ab. Eine Einschränkung solch schädigender, nicht -illegaler Inhalte steht im Widerspruch zum Recht auf freie Meinungsäuße-

Menschenwürde und Pornographie im Internet: EU-Bemühungen zur Regulierung von illegalen und schädigenden Internetinhalten

Von Doris Alhutter

1996 erließ die Europäische Kommission eine Mitteilung zu illegalen und schädigenden Inhalten im Internet (3), und veröffentlichte ein Grünbuch über den Jugendschutz und den Schutz der Menschenwürde in den audiovisuellen und Informationsdiensten (4). Regelungen zum Schutz der Menschenwürde verbieten auf nationalstaatlicher Ebene obszöne, sittenwidrige oder anstößige Inhalte. Zu den EU-weit unumstritten verbotenen Inhalten zählen Kinderpornographie, Gewaltpornographie und Zoophilie. In den meisten unterliegt Mitgliedsländern auch die Aufstachelung zu Hass und Gewalt allgemeinen Verboten zur "Bekämpfung aller Arten von Inhalten, die unmittelbar oder mittelbar zu Hass, Diskriminierung oder Gewalt gegen Personen oder Personengruppen, insbesondere aufgrund ihrer Rasse, ihrer Nationalität, ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts oder ihrer Religion aufstacheln" (5). Diese nationalstaatlichen Einzellösungen laufen jedoch aufgrund des grenzüberschreitenden Charakters des Internets sehr bald ins Leere. Daher empfiehlt der Rat eine Zusammenarbeit auf gemeinschaftlicher und internationaler Ebene (6).

1998 nahm das Europäische Parlament und der Rat einen mehrjährigen Aktionsplan zur Förderung einer sichereren Nutzung des Internets an (7). Der Aktionsplan läuft bis Ende des Jahres 2002 und umfasst folgende vier Aktionsbereiche:

den Aufbau eines europäischen Hotline-Netzes und die Förderung der Selbstkontrolle der Branche;

die Entwicklung von Filterund Bewertungssystemen, die verhindern, dass schädigende Inhalte Personen erreichen, für die sie nicht geeignet sind oder die diese Personen nicht empfangen wollen;

die Förderung von Sensibilisierungsmaßnahmen für Eltern und LehrerInnen

sowie unterstützende Maßnahmen

Der Terminus "illegale und schädigende Inhalte" wird im Detail beschrieben und bezieht sich, zusätzlich zu den bereits oben genannten Bereichen, auch auf Verleitung zu sexuellem Missbrauch, Homophobie und Antisemitismus. Außerdem sollen Initiativen zur Bekämpfung von Gewalt und Missbrauch von Frauen und Kindern unterstützt werden.

Weiters erließ der Rat auf Initiative der Republik Österreich einen Beschluss zur Bekämpfung der Kinderpornographie im Internet (8).

Die vorerst letzte Initiative der Kommission zur Bekämpfung der Computerkriminalität stellt der umfassende "eEurope 2002"-Aktionsplan dar, der sich unter anderem auch mit auf Internetinhalte bezogenen Verstößen beschäftigt (9). Um die Zusammenarbeit auf EU-Ebene zu fördern, beabsichtigt die Kommission ein EU-Forum

einzurichten, um alle relevanten Gruppen wie Strafverfolgungsbehörden, Anbieter/innen von Internet-Diensten, Telekommunikationsbetreiber/innen, Bürger/innenrechtsorganisationen, Vertreter/innen von User/innen und Datenschutzbehörden sowie andere interessierte Parteien zusammenzubringen. Die Europäische Kommission forderte alle interessierten Parteien zur Stellungnahme zu "eEurope 2002" auf.

Menschenwürde für Frauen?

Im Zuge der zunehmenden Kommerzialisierung des Internets und zum Zwecke der ungehinderten Entfaltung des ecommerce wurde die Problematik illegaler und schädigender Internetinhalte also mittlerweile zu einer wirtschaftspolianerkannten Agenda. Übereinstimmung herrscht auf EU-Ebene jedenfalls über die Bekämpfung von Kinderpornographie. Das dem gegenüber schwächere Vorgehen gegen rassistische Propaganda im Internet wurde bereits von der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit kritisiert (10). Die Auswirkungen des neuen Mediums auf die Geschlechterverhältnisse werden in der Internetpolitik der EU völlig außer Acht gelassen und in der öffentlichen Diskussion als "empirisch schwach fundierte Negativerscheinungen

der Internet-Kommunikation" (11) abgetan. Der Kampf gegen Sexismus wird in keinem der EU-Dokumente erwähnt und kann allenfalls von feministischen Kritiker/innen als nicht in diesem Sinne näher ausgeführter Teil der Menschenwürde mitgedacht werden. Die qualitative Aufrüstung der anatomisch genauen, technischen Aufbereitung von realen oder virtuellen Frauen und ihre totale Reduzierung auf ein zu manipulierendes Objekt, ihre "verbesserte" Objektivierbarkeit und uneingeschränkte Verfügbarkeit unterscheiden das Computermedium von herkömmlichen Medien (12).

Bei Durchsicht der bisher erstellten Dokumente der EU fällt auf, dass zwar ein Problembewusstsein hinsichtlich schädigender Inhalte demonstriert wird, Pornographie und frauenverachtende, gewaltverherrlichende Inhalte allerdings lediglich im Zusammenhang mit Jugendschutz als problematisch gelten und nicht als gesamtgesellschaftlich diskussionswürdig empfunden werden. Alles was technisch möglich ist und finanzkräftige Abnehmer/innen findet, wird den Menschen zugemutet und wird hinter dem Bild des technisch scheinbar unkontrollierbaren Cyberspace versteckt.

Schlagworte wie "Ermutigung der Branche zur Selbstkontrolle" in Verbindung mit einem immer wiederkehrenden "freiwillig" lassen auf einen sehr vorsichtigen Umgang mit den im Vordergrund stehenden wirtschaftlichen Interessen schließen. Kritiker/innen stehen also keinesfalls einer virtuellen, unüberschaubaren Welt gegenüber, denn das neue Medium ist bereits in die herrschenden, sehr realen Machtstrukturen von Wirtschaft, Politik und Kultur eingebunden. Die Förderung der Informationsgesellschaft seitens der EU muss in jedem Fall auch neue politisch-ethische Konsequenzen nach sich ziehen. Gefordert ist ein feministischer Zugang zu Problemen der Computerethik (13)!

Doris Allhutter

Dissertantin am ipw und Scholarin am IHS

Fußnoten:

- (1) aus: Gerstendörfer, Monika: Computerpornographie und virtuelle Gewalt, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Nr. 38/1994. (2) ebd., S. 12
- (3) Mitteilung der EuropäischenKommission: Illegale und schädigendeInhalte im Internet, 16.10.1996(4) Grünbuch über den Jugendschutz und
- den Schutz der Menschenwürde in den audiovisuellen und Informationsdiensten, 16.10.1996
- (5) ebd.
- (6) Entschließung des Telekommunikationsrats zu illegalen und schädlichen Inhalten im Internet, 17.2.1997
- (7) Entscheidung über die Annahme eines mehrjährigen Aktionsplans zur Förderung einer sichereren Nutzung des Internets, 25.01.1999
- (8) Beschluss des Rates zur Bekämpfung der Kinderpornographie im Internet, 29.05.2000
- (9) Mitteilung der Kommission: eEurope 2002 – Schaffung einer sichereren Informationsgesellschaft durch Verbesserung der Sicherheit von Informationsinfrastruktur und Bekämpfung der Computerkriminalität, 2000
- (10) Stellungnahme der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zur Mitteilung: eEurope 2002;

http://europa.ei.int/ISPO/eif/InternetCrime /PublicHearingPresentations/EUMC.html (11) Leggewie, Claus: From Voice to Vote: Neue Medien und Demokratie, in: Forum Politische Bildung (Hg.), Neue Medien und Politik, München 1999, S. 9. (12) Gerstendörfer, Monika: Computerpornographie und virtuelle Gewalt, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Nr. 38/1994, S. 13. (13) vgl. auch Abstracts zum Vortrag von Adam, Alison: Information Technology, Gender and Ethics; What's new? International Conference: ITech-Women, 22 October 2001, Vienna City Hall.

Netzpolitik: Quo vadis?

Von Stefan Hirsch

Staaten scheinen sich im Bezug auf das Internet nicht mehr klar über notwendige Regulierungsziele zu sein. Sind diese definiert, so bleibt immer noch die Frage, wie der Staat diese denn durchsetzen soll? Internetpolitik ist nicht einfach. Das

Netz stellt durch seinen globalen Charakter und die Vielzahl von Diensten, die Charakteristika der traditionellen Medien aufweisen, ein "Regulierungsproblem" dar. Die vielzitierte Konvergenz, welche die Verschmelzung der Grenzen von Printmedien, Rundfunk und Telekommunikation bedeutet, verändert altbewährte Legitimationsgrundlagen staatlicher Regulierung. Die politischen RepräsentantInnen des 21. Jahrhunderts werden sich wohl oder übel, betrachtet man die stetig steigende Zahl der Internetpenetrationen, mit folgenden Fragen auseinandersetzen müssen:

1. Welche Regulierungsziele hat der Staat (oder der Staatenbund, dem ich angehöre) hinsichtlich des Internet?

2. Wie werde ich diese Ziele durchsetzen?

Ökonomische Bedeutung

Die Inhaltsregulierung im B-2-C eCommerce (Datenschutz, VerbraucherInnenschutz, Verantwortungsfrage für illegale Inhalte) hat besondere gesellschaftspolitische Bedeutung. Eine Auseinandersetzung mit der Regulierungspolitik darf daher die ökonomische Sichtweise des Problems nicht aussparen. Aus ökonomischer Sicht ist Inhaltsregulierung (Quotenregelungen, Werbeverbote und -beschränkungen, Zensur von Gewalt und Pornographie, Datenschutzrecht, Urheberrecht, Strafrecht), eine staatliche oder nicht-staatliche Intervention, welche

Medien sind seit jeher Gegenstand inhaltlicher Regulierung durch den demokratischen Staat, da sie als notwendige Voraussetzung für informierte und kritisch denkende StaatsbürgerInnen angesehen werden. Neben der politischen Informationsvermittlung stehen vor allem die kulturelle Vielfalt und der Schutz von Kindern und Jugendlichen im Blickpunkt der staatlichen Inhaltsregulierung. Seit das Internet existiert fehlen dem Staat Legitimationsgrundlagen für seine Regulierungspolitik. Das muss aber nicht sein.

die Auswirkungen negativer Externalitäten von angebotenen Inhalten eindämmt oder positive Externalitäten schafft, indem sie vorschreibt, welche Inhalte angeboten werden dürfen oder müssen. Externalitäten oder externe Effekte sind eine Form von Marktversagen, also eine Abweichung des Ergebnisses marktmäßiger Koordination von einem optimalen, mit dem Modell der vollkommenen Konkurrenz abgeleiteten, Ergebnis. Als Externalitäten oder externe Effekte werden Interdependenzen zwischen ökonomischen Aktivitäten verschiedener Wirtschaftssubjekte betrachtet, die nicht über die marktmäßige Koordination zu Stande kommen und somit von den Beteiligten nicht in ihre Wirtschaftsberechnungen einbezogen werden. Es sind demnach Wirkungen auf unbeteiligte Dritte, die von den Verursachenden nicht berücksichtigt werden. Externalitäten beinhalten auch die Effekte des Inhaltes von Massenmedien auf die Gesellschaft, insbesondere auch auf soziale und politische Werte wie Kommunikationsfreiheit und Schutz der Privatsphäre.

Zur Inhaltsregulierung zählt auch Selbstregulierung, der am Internetsektor große Bedeutung zugeschrieben wird. Selbstregulierung beschreibt nicht-staatliche Interventionen oder Aktivitäten, welche die Auswirkungen negativer Externalitäten von angebotenen Inhalten eindämmen oder positive Externalitäten schaffen. Folgende nicht-staatliche Interventionen oder

Aktivitäten, die unter Selbstregulierung subsummiert werden, existieren im Bereich Inhaltsregulierung: Verhaltenskodizes, Qualitätskennzeichen, Aufklärung und Sensibilisierung, Hotlinedienste, Technologische Bewertungssysteme, Beratungsstellen. Diese Interventionen oder Aktivitäten werden jedoch nicht nur, von der Industrie unbeeinflusst, vom Staat erzeugt, sondern werden in vielen Fällen vom Staat oder Staatenverbänden selbst initiiert. Diese Art der Selbstregulierung, die vom Staat oder Staatenverband ausgeht, nennt der Kommunikationswissenschaftler Hoffmann-Riem "hoheitlich regulierte Selbstregulierung". Der Eingriff in die Selbstregulierung durch den Staat geschieht durch Rahmensetzung, Strukturvorgaben, Anreizprogramme, Bildung und Förderung von AkteurInnen sowie Moderation und Supervision. Die Einmischung kann dabei soweit gehen, dass Selbstregulierung gesetzlich vorgeschrieben wird, wie beispielsweise in Australien.

Mögliche Zukunftsoption

Durch den Konvergenzcharakter einerseits und die Transnationalität andererseits ist eine neue Regulierungspolitik auf inhaltlicher Ebene unausweichlich. Eine solche Politik sollte auf folgenden Grundpfeilern stehen: konkrete Ziele und Bildung der Industrie und Bevölkerung, damit die rechtlichen Rahmenbedingungen rasch und wirksam durchgesetzt werden können.

Es ist ein Irrglaube, dass es einen "geraden" Weg der Regulierung gäbe. Diejenigen, die meinen, dass die Inhaltsregulierung ausschließlich stark limitierenden Charakter haben sollte, liegen ebenso falsch, wie jene, die sich nur für Deregulierung aussprechen. Eine Mischung ist die beste Lösung, mit der man der Problematik begegnen kann, ohne die Entwicklung des Mediamatikmarktes (Mediamatik ist das Produkt der Verschmelzung zwischen Telematik und Medien) zu hemmen. Die Regulierungspolitik sollte folgende Ziele haben: Datenschutz/Verbraucherinnen und Verbraucher-Schutz, Schutz des geistigen Eigentums und Jugendschutz.

Diese Ziele sind mit unterschiedlichen Regulierungskonzepten zu erreichen. In wichtigen Grundsatzfragen wie dem Daten- und Verbraucherinnen und Verbraucher-Schutz müssen klare rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Es besteht keine Notwendigkeit, ein spezielles Gesetz zu formulieren, da bestehende Datenschutzgesetze in Hinblick auf den eCommerce erweitert werden können. Durch einen klaren gesetzlichen Rahmen schafft man Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in den elektronischen Handel. Zusätzlich sollten Selbstregulierungsaktivitäten das Vertrauen der KonsumentInnen noch stärker ausbauen. Dies gilt ebenso für das zweite ökonomische Ziel, nämlich den Schutz des geistigen Eigentums. Hier gilt der Grundsatz: Was in der realen Welt verboten ist, darf in der virtuellen Welt nicht legal sein. Das Problem des Schutzes des geistigen Eigentums besteht im Internet durch die beliebige Kombination von Audio-, Video- und Bildinformationen in Multimedia-Produkten und die billige globale Verbreitung in Netzen. Zeitlich begrenzte Schutzzeiten, wie sie in der realen Welt Ausgleich zwischen den Interessen des Urhebers und jenen des öffentlichen Interesses an der Verbreitung der Information schaffen, gestalten sich im Internet problematisch, da sich die Regulierungsvorschriften je nach Land unterscheiden. Sowohl in der Frage

des Datenschutzes als auch in jener des Schutzes des geistigen Eigentums ist eine Harmonisierung zumindest auf EU-Ebene, wenn möglich auf der Ebene der Triaden USA, Europa und Japan/Südostasien wünschenswert.

Der Jugendschutz verlangt im Internetbereich nach Deregulierung. Jugendschutzbestimmungen im Rundfunk dürfen nicht für Rundfunkübertragungen im Internet gelten. Die Argumente der Knappheit der Frequenzen sowie des öffentlichen Gutes, wie sie beim Rundfunk in der ökonomischen Analyse oft genannt werden, sind auf das Internet nicht übertragbar. Da jedoch gewalttätige oder pornographische Inhalte im Internet unter externe Effekte einzuordnen sind, die Marktversagen verursachen können, müssen diese internalisiert werden. Die Internalisierung und der damit einhergehende Schutz von Jugendlichen sollte durch Selbstregulierung erreicht werden. Dieser Weg bietet sich an, um flexibler gegenüber der Flut von schädlichen Inhalten aus aller Welt und der technologischen Entwicklung zu sein. Die Schaffung spezieller Internetgesetze für den Jugendschutz werden durch den globalen Charakter des Netzes wirkungslos. Darüber hinaus ist eine notwendige Harmonisierung der Gesetzgebung auf internationaler Ebene durch unterschiedliche Wertvorstellungen zum Scheitern verurteilt. Die Selbstregulierung sollte auf Förderung der Technologiekompetenz der Gesellschaft, Codes of Conduct der Industrie oder Netzgemeinschaften, Hotlinediensten, sowie auf Filterund Bewertungssysteme basieren. Es empfiehlt sich die hoheitlich geregelte Selbstregulierung mit der Interventionsoption durch den Staat bei nicht wünschenswerter Entwicklung des Marktes. Falls die Selbstregulierung nicht funktioniert, hat der Staat damit die Möglichkeit, regulierend einzugreifen, damit Marktversagen "aufzufangen". Medienneutrale Gesetze, die Jugendschutz zum Gegenstand haben, wie z.B. das Strafrecht, gelten natürlich auch für das Internet. Hier soll jedoch die Verantwortungsfrage für illegale Inhalte im Internet klar geregelt sein.

Der Erfolg dieses Regulierungskonzeptes (in Hinblick auf die Erreichung der angestrebten Ziele) hängt von einer effizienten Kontrollinstitution ab. Durch die Konvergenz der Medieninhalte ist es nicht sinnvoll, eine spezielle Behörde oder ein ExpertInnenkomitee zu errichten, dass sich ausschließlich auf die Kontrolle der Inhalte der Internetdienste stützt. Es sollte ein ExpertInnenkomitee zur Überwachung der Mediamatikinhalte errichtet werden. Es wird kontrolliert, ob die Gesetze bezüglich Verbraucher-Innen- und Datenschutz und Schutz des geistigen Eigentums eingehalten werden und ob Selbstregulierung der Industrie in Hinblick auf den Jugendschutz funktioniert.

Abschließend ist festzuhalten, dass innovative Technologien wie das Internet auch innovative Regulierung notwendig machen. Im Moment muss mit Regulierungskonzepten experimentiert werden. Ein Verharren in den traditionellen Regulierungskonzepten ist auf jeden Fall abzulehnen, da dies Konvergenz und Transnationalität nicht zulassen. Die Entwicklung des Marktes würde gehemmt werden.

Stefan Hirsch studiert Politikwissenschaft und Publizistik- u. Kommunikationswissenschaft

Viele Bewertungen und
Schlussfolgerungen dieses
Artikels basieren auf der
Diplomarbeit "Netzpolitik – Die
Inhaltsregulierung des Internet im
Vergleich mit Rundfunk und
Presse am Beispiel von
Schweden". Die Arbeit wurde im
Juni 2001 am Institut für
Publizistik- und
Kommunikationswissenschaft der
Universität Wien eingereicht.

<u>ATTAC</u> Österreich

Von Bernhard Obermayer

1997 - unter dem Eindruck der Asienkrise - forderte der Chefredakteur der französischen "Le Monde Diplomatique" in einem Leitartikel die Formierung einer BürgerInnenbewegung für die Einführung der Tobin-Steuer. Der Name ATTAC kam darin noch gar nicht vor. Er ahnte nicht, welche Entwicklung er auslösen würde. Tausende Briefe, Faxe und e-mails trudelten in den darauffolgenden Wochen in der Redaktion ein. Alle Rückmeldungen hatten den selben Inhalt: "Wie und wo kann ich mitarbeiten?" Innerhalb der kürzesten Zeit breitete sich ATTAC auf ganz Frankreich und kurz darauf auch über die Grenzen hinaus aus. Heute existieren weltweit rund 40 ATTAC-Gruppen mit zehntausend Mitgliedern in Europa, Afrika und beiden Amerikas.

Diese Gründungsgeschichte kam, ganz untypisch für ATTAC, ohne massive Nutzung neuer Technologien aus. Seither sind viele Bytes durch den Cyberspace geflossen, und ATTAC hat sich zur wahrscheinlich ersten großen, globalen NGO entwickelt, welche sich stärker virtuell als real organisiert. So existiert bisher etwa weder ein internationales Sekretariat noch ein gemeinsames Leitungsgremium. Diskussionsprozesse werden via Mailinglisten geführt und Entscheidungen werden vornehmlich lokal getroffen. In Österreich existiert ATTAC jetzt seit knapp einem Jahr und arbeitet bereits in allen Bundesländern, hat rund 1000 Mitglieder und ein Vielfaches davon als InteressentInnen. Ein eigenes ATTAC-Büro gibt es erst seit wenigen Wochen und an bezahlte Arbeitskräfte ist noch nicht einmal zu denken. Die gesamte Organisationsarbeit wurde im ersten Jahr über diverse private und berufliche PCs abgewickelt: Ohne das Internet wäre all das völlig unmöglich gewesen.

Das Beispiel von ATTAC kann diesbezüglich durchaus verallgemeinert werden. Die neuen Technologien bieten solch jungen Organisationen wie ATTAC enorme Entwicklungsmöglichkeiten in der "Start up-Phase" und beschleunigen das Wachstum, sowohl international als auch national.

Die veränderten technischen Mittel ermöglichen das schnellere Wachsen und Etablieren von neuen Bewegungen - unabhängig von politischen Konjunkturen oder anderen Rahmenbedingungen. Aber nicht nur die Entwicklungsdynamik, auch Entwicklungs- und Organisationsformen werden durch die Nutzung der neuen Technologien massiv geprägt. "Bottom-Up" Prozesse werden zum typischen Entwicklungsmodell. Der Zugang zu den Organisationen wird direkter und die Zutrittsbarrieren flacher. Die Leitungsgremien sind einer viel direkteren Kontrolle ausgesetzt und die Einmischung in interne Diskussionen fällt leichter. Diese Umstände verstärken nochmals die Dynamik von Organisationen wie ATTAC.

Es soll hier jedoch keine Romantisierung der Existenz- und Arbeitsbedingungen neuer zivilgesellschaftlicher Organisationen stattfinden. Das massive Zurückgreifen auf neue Technologien ist zum einen eine Selbstverständlichkeit (andere Arbeitsformen sind kaum mehr denkbar). aber zum anderen dem stärker werdenden Aktualitätsdruck und dem Mangel an Alternativen geschuldet. ATTAC hat sich sehr rasch auf eine Eventstrategie eingelassen, die ein solches Wachstum und entsprechende Organisationsformen benötigt. ATTAC ist innerhalb kürzester Zeit zur ersten Ansprechadresse für KritikerInnen an der neoliberalen Globalisierung geworden und kann den vielfältigen Ansprüchen nur durch die Möglichkeiten neuer Technologien gerecht werden.

Neue Medien ermöglichen in der Außenwirkung vor allem eines: große Wirkung mit wenig Geld. Die finanziellen Kapazitäten von ATTAC sind verschwindend gering und würden klassische Auftrittsformen (Zeitungen, Plakate etc.) kaum erlauben. Insofern versuchen wir aus der Not eine Tugend zu machen.

In diesem Sinne sei für eine inhaltliche Auseinandersetzung mit ATTAC auf unsere Homepage verwiesen: www.attac-austria.org

Bernhard Obermayer ist im Vorstand von ATTAC Österreich

Sub-Bewegungen im Cybers p a c e

Gespräch mit Andreas Wimmer von <widerstand.at>

Politix führte dieses Gespräch mit einem Gründungsmitglied einer Nichtregierungsorganisation (NGO). Der Name <widerstand.at> impliziert bereits die Oppositionsrolle. Die Eröffnung der Website begann mit dem 12.2.2000, dem Datum der Angelobung der Blau- Schwarzen Regierung. Die heftigen Proteste gegen die neue Zusammensetzung der Regierung wurden vom verschmitzt lächelnden Bundeskanzler Schüssel als die einer "Handy- und Internetgeneration" bezeichnet. Mit Protesten hat die neue Regierung gerechnet, nur dass sie so zahlreich sein würden, wurde dem Drang der jungen Staatsbürger zugeschrieben, sich über ein neues modernes Medium profilieren zu wollen. Wird von der Abwertung junger Protestierender in diesem Fall abgesehen, bietet die schnelle Kommunikationsmöglichkeit des Internets tatsächlich einen Vorteil für Sub-Bewegungen.

Die Fragestellung richtet sich daher nicht danach, ob die Websites und email-Adressen Vorteile bringen, sondern wie diese Nutzung der Sache real dienen kann.

A. Wimmer:

Ich betrachte das Internet als ein sehr wichtiges Forum für das Politische im weitesten Sinn. Die rasche Vernetzung bietet einen hohen Grad an Mobilisierung. Verglichen mit den "alten" Medien wird heute ein rasches Reagieren mit einem geringeren finanziellen und administrativen Aufwand erreicht. Partizipatorische Politik wird auch für kleinere Bewegungen möglich. Es eröffnen sich für das Individuum neue Ebenen des "Policy Makings". Jede/jeder kann von ihrem/seinem Computer auf Websites und in Foren seine/ihre Vorstellungen einer gesellschaftlichen Veränderung präsentieren. So vorteilhaft dies für den/die Einzelne/n sein kann, so liegt der Nachteil darin, dass immer nur ein punktueller Standpunkt vertreten wird. Meiner Meinung nach fehlt die inhaltliche "Klammer" über den einzelnen Zellen, um eine gesamtgesellschaftliche Veränderung zu bewirken.

Politix:

Die Vorteile stellen auch Sie nicht in Zweifel, trotzdem höre ich kritische Töne heraus. Welche Kritik ist ihrer Meinung nach angebracht?

A. Wimmer:

Es ist mir wichtig darauf hinzuweisen, dass ein Teil der Gesellschaft vom neuen Medium ausgeschlossen ist. Es findet mit dem Zugang zum Internet gleichzeitig ein "Sharing der Gesellschaft" statt.

Websites sind nur einer privilegierten Klientel zugänglich. Es besteht ein großes Defizit bei der älteren Generation, partiell bei der mittleren und – was für mich ein Alarmzeichen ist - bei vielen der ganz Jungen. Gerade in Zeiten in denen eine neue Form von Armut entsteht, ist ein sozialer Ausschluss besonders gefährlich. Nicht allen Schichten der Bevölkerung ist es möglich, einen Internetanschluss zu finanzieren. Weil es aber im Besonderen ein Zukunftsmedium ist - ich denke wir stehen erst am Anfang der Möglichkeiten - ist es für junge Menschen unerlässlich, Kontakt mit dem Internet zu haben, wenn die Teilung der Gesellschaft nicht zur Gefahr werden soll. Der zweite große Nachteil ist wenn wir davon ausgehen, dass nur eine privilegierte Klientel das Net nützen kann -, dass die Anliegen und Sichtweisen der unteren sozialen Schichten ausgeblendet werden. Die Ärmsten der Armen haben dann überhaupt keine FürsprecherInnen mehr. Das entspricht zwar der Ideologie des Neoliberalismus, hilft dem/der Betroffenen aber wenig.

Politix:

Von Zeit zu Zeit machen sich PolitikerInnen stark für: "Jedem Österreicher/jeder Österreicherin sein/ihr Internetanschluss". Wenn das verwirklicht werden würde, wäre das doch ein Vorteil. Denn da hätten alle einen gleichen Zugang zu Wissen und Informationen. Wo gibt es ihrer Meinung nach noch Bedenken?

A. Wimmer:

Schon jetzt bietet das Internet ein umfangreiches Wissen an. Jede der Websites, die aufgerufen werden, beinhalten eine Unzahl von Links zu anderen Seiten. Allein diese Querverweise aufzurufen, beansprucht eine Unmenge von Zeit. Das große Angebot an

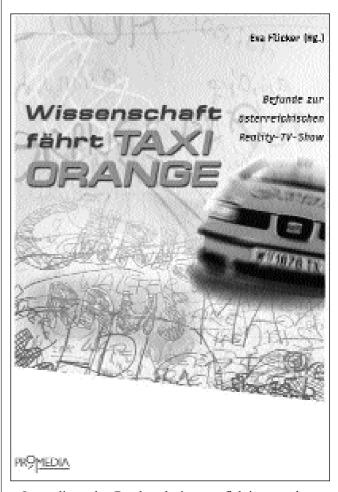
Universalwissen macht es für den/die Einzelne/n unüberschaubar, das eigentlich Benötigte auszufiltern. Es wird meiner Meinung nach notwendig sein, neue Suchtechniken zu entwickeln, damit Fragestellungen eingeschränkt werden können. Unsere Zeitressourcen sind schon jetzt zu knapp, sowohl bei den Konsumierenden als auch bei den Produzierenden. Ich weiß, wie sehr Webmaster damit kämpfen, aktuelle Updates zu gestalten oder E-Mail-Adressen zu bedienen. Wenn ich daran denke, dass gerade die kleinen NGOs unter einfachsten Bedingungen und unter großem persönlichen Einsatz Websites produzieren. Ich kann mir vorstellen, wie manche Seiten, von einer einzelnen Person erstellt und betreut, unter dem Zeitdruck leiden. Das geht nur mit Verzicht auf Freizeit und Schlaf und mit einem enormen Idealismus. Und da bin ich wieder bei der "Klammer". Viele Sub-Bewegungen bieten ähnliche Inhalte an. Die Kritik an der Gesellschaft erfolgt nur punktuell. Damit wird die Chance auf gesamtgesellschaftlichen Prozess Veränderung vertan. Das gilt besonders für die "Linke", die ihre Emigration im Cyberspace gefunden hat.

Politix: Ich danke für das Gespräch!

Das Gespräch wurde von **Gerti Zupanich** geführt Studentin am ipw und Redaktionsmitglied

Auszug aus der Website von www.widerstand.at:

Widerstand.at versteht sich als eine politische Website und offene Kommunikationsplattform. Widerstand.at ist für jene gedacht, die nicht darauf verzichten wollen, in demokratischen Alternativen zu denken, zu schreiben und schließlich gemeinsam zu handeln.



Im vorliegenden Band analysieren, reflektieren und kritisieren WissenschaftlerInnen aus unterschiedlichen Disziplinen die erste und zweite Staffel des Multimediaereignisses "Taxi Orange". Die Beiträge des Buches stellen das Medienphänomen in seinen sozialen Kontext und (er)stellen damit auch Befunde zur aktuellen gesellschaftlichen Situation.

Eva Flicker (Hg.), Wissenschaft fährt "Taxi Orange". Befunde zur österreichischen Reality-TV-Show, Wien 2001

ധ

(1)

M

Interview mit Mag. Simon Kravagna

Name: Simon Kravagna

Alter: 30 Jahre

Geburtsdatum: 05. 09. 1971

Derzeitige Tätigkeit: Redakteur im Ressort Innenpolitik

Studium: Von 1990 bis 1998, Fächerkombination: Politikwissenschaft/JUS/VWL/Philosophie

Diplomarbeitsthema: "The Bell Curve", Prof. Eva Kreisky

Auslandssemester: 1 Jahr in LA an der UCLA (University of California, Los Angeles)

Praktika: APA, News, Businesscentral Europe (Economist-Ableger) Simon Kravagna ist Redakteur des Nachrichtenmagazins Format

Was machst du beruflich? Wie sieht dein Arbeitsalltag aus?

Das wirklich Schöne am Journalismus ist, daß man selbst fürs Zeitunglesen bezahlt wird. Blöderweise ist Zeitung lesen dann doch bei weitem einfacher als Zeitung machen. Konkret muß also viel recherchiert werden, um etwas Neues zu erfahren. Was andere nicht zu schreiben wissen, das ist die Kunst in diesem Metier. Dafür sind Kontakte zu PolitikerInnen, BeamtInnen und WissenschafterInnen essentiell. Die jeweiligen Themen ergeben sich entweder aus der aktuellen politischen Debatte, oder man hat selbst eine Idee, wobei letzteres erwünscht ist.

Wie bist du auf das Berufsfeld Journalismus gekommen? Hattest du bereits während des Studiums erste Kontakte? Haben dir diese Kontakte nach dem Studium geholfen?

Wenn man 8 Jahre studiert, hat man sehr viel Zeit über sein Leben nachzudenken. Irgendwann hat man dann schon eine Ahnung, was einem gefällt. Gegen Studienende habe ich unter anderem für die Uni-Zeitung "Scope" zu schreiben begonnen. Fortuna meinte es gut mit mir, und so kam es, daß eine Falter-Redakteurin dort Blattkritik machte. Durch diesen Kontakt konnte ich später während meines Zivildienstes einige Artikel im Falter publizieren. Daneben habe ich auch einige Praktika gemacht. Daraus kann sich immer etwas ergeben – zumindest aber helfen sie zu wissen, ob einem etwas gefällt oder nicht.

Wie nützlich ist dir das Studium im Berufsleben? Oder hast du vielleicht Erlebnisse im Beruf, die an die Universität erinnern bzw. vice versa?

Der Journalismus als Beruf ist wie ein Handwerk zu erlernen. Das eignet man sich nicht auf der Uni an. Insofern ist Politikwissenschaft sicher keine unbedingt notwendige Voraussetzung, aber so wie jedes andere sozialwissenschaftliche Studium sicher von Vorteil. Zum größten Unterschied: Die Politikwissenschaft beschäftigt sich mit Strukturen, Institutionen und Systemen. Bei der politischen Berichterstattung geht es hingegen um einzelne politische Akteure und deren Performance (Wie gut ist Alexander van der Bellen, zum Beispiel) und im Prinzip um immer dieselben Geschichten (Zerbricht die schwarz-blaue Koalition, oder tut sie es nicht, zum Beispiel). Zudem spielt im Magazinjournalismus Entertainment eine große Rolle, und viele Geschichten, die in der einen Woche superwichtig scheinen, sind in der darauffolgenden Woche schon wieder völlig irrelevant. Noch zur Relevanz von Studienabschlüssen: Viele meiner Kollegen sind sogenannte Drop-outs. Genau diese Leute sind oft die Besten in ihrem Bereich.

Warum bist du ausgerechnet zum Magazin "Format" gekommen?

Ich bin über Nacht für 2 Monate genommen worden. Jetzt bin ich seit 2 Jahren dort und mittlerweile angestellt. Über die Bekannte aus dem Falter (die Falterredakteurin, die damals eine Blattkritik in der Uni-Zeitung machte) schaffte ich den Einstieg ins Nachrichtenmagazin. Hilfreich für mich war sicherlich auch die aktuelle Tagespolitik zu dieser Zeit, Haider hatte 1999 die Wahl in Kärnten gewonnen, und weil ich schon im Falter darüber berichtet hatte und ich zudem aus Klagenfurt komme, nahm man beim "Format" offenbar an, daß ich mich in dem rechtslastigen Bundesland besonders gut auskenne. Der alternative Weg, wie ich ihn hatte, ist gerade im Journalismus der übliche.

Welche Zusatzqualifikationen mußtest du dir aneignen, und wann hast du sie dir angeeignet?

Die zwei wichtigsten Dinge im Journalismus sind gut recherchieren und gut schreiben. Eines davon sollte man auf jeden Fall irgendwann können, glücklich ist, wer beides kann. Eine große Rolle spielt das richtige Fragen und Hinterfragen der jeweiligen Sachgebiete oder Positionen, das ist etwas, wo Politikwissenschaftler sicher große Vorteile haben. Das ist ja geradezu ein politikwissenschaftliches Prinzip: die kritische Analyse.

Berufsfeld Journalismus

Glaubst du, daß man während des Politikwissenschaftsstudiums aufs Berufsleben vorbereitet wird?

Für mich ist die Uni keine Berufsvorbereitung per se und sie sollte es auch nicht sein. Diverse Fachhochschulen bieten da wahrscheinlich eher eine konkrete Berufsvorbereitung. Mit dem bekannten Nachteil, daß das verschulte Organisationen sind. Es ist aber sicher nicht schlecht, sich irgendwelche Zusatzqualifikationen anzueignen. Das fällt gerade beim Politikwissenschaftsstudium leicht, zumal man doch auch Zeit dafür hat und das Studium selbst Anreize in viele Richtungen bietet.

Welche Reformen am Institut würdest du anstreben, wenn es in deiner Hand läge?

Sicherlich habe ich oft sinnlos Lehrveranstaltungen besucht, aber es gab auch sehr spannende. Die Qualität hängt einerseits von den Lehrenden und andererseits von den Ressourcen ab. Trotz der mageren Ressourcen am Institut gibt es aber ganz ausgezeichnete ProfessorInnen. Um einen Vergleich mit UCLA (University of California, Los Angeles) zu wagen: auch dort gibt es gute und schlechte ProfessorInnen

Ein wesentliches Manko im universitären Bereich sehe ich im Angebot für die arbeitenden Studierenden. Die Zahl der VollzeitstudentInnen nimmt ab, und die Zahl der fulltime oder teilzeit arbeitenden StudentInnen nimmt zu. Die Uni reagiert allerdings nicht darauf. Vorlesungen werden zu wenig am Abend angeboten, Berufstätige werden somit von vielen Lehrveranstaltungen ausgeschlossen.

Bist du von den Studiengebühren betroffen - wie stehst du dazu?

Ich lehne Studiengebühren grundsätzlich ab. Ich könnte mich gerade noch mit einer symbolischen Einschreibgebühr von 1000 ATS anfreunden, wenn parallel dazu gewisse Begünstigungen gewährleistet würden.

Die 5000 ATS sollen einen Disziplinierungseffekt auslösen, und dieser greift sicherlich bei vielen aus ökonomischen Gründen. Es soll schneller studiert werden, obwohl das gerade in Fächern, die nicht unmittelbar zu einem Job führen, überhaupt kein Vorteil, sondern eher ein Nachteil ist. Mich stört aber auf der anderen Seite auch, daß die Kritik an den Studiengebühren in die falsche Richtung geht. Es kommt immer die Fragestellung auf "Was wird für 5000 ATS geboten und WOFÜR bezahle ich dieses Geld?". So schlecht sind unsere Unis aber keinesfalls, daß sie nicht 5000 ATS wert wären – 20.000 ist wohl der realistische Betrag. Im vielgerühmten Uni-Eldorado USA gibt es wahrscheinlich 100 Universitäten, die besser sind als die Uni Wien aber auch Hunderte, die viel viel schlechter sind.

Du hast das Schreckensszenario vom 11. September 2001 sicherlich in der Redaktion intensiv miterlebt. Kannst du uns vielleicht darüber erzählen?

Was mich schon sehr gewundert hat war, daß innerhalb von einer Stunde klar war, wer der angebliche Attentäter ist. Wochenlang gab es eine pauschale Verantwortlichkeitszuweisung ohne eindeutige Beweise. Auch jetzt noch würde Bin Laden wohl vor jedem ordentlichen Gericht der Welt (außer in den USA) freigesprochen werden. Es gab eine durchwegs homogene mediale Berichterstattung, und jegliche Distanz in der Berichterstattung selbst ging verloren. Die Süddeutsche Zeitung war meiner Meinung nach eine der wenigen Zeitungen, die sich nicht zur pauschalen Verurteilung einer Person ohne vorliegende Beweise hinreißen liess. Unglücklicherweise haben aber einige Medien sich auch aus falschen Motiven von der Schuldzuweisung abgehoben, zum Beispiel aus Antiamerikanismus. Die Verantwortung in der Konstruktion der Wirklichkeit ist somit oft mißbraucht worden.

Hast du Empfehlungen an Studierende? Würdest du dasselbe wieder studieren?

Ich weiß nur, daß es eine einmalige Gelegenheit im Studium ist, sich nach dem jeweiligen Interesse mit gesellschaftlichen Themen auseinanderzusetzen. Individuell kann ich nur schwer Empfehlungen geben, denn die Interessen sind verschieden. Ich glaube, vieles wird leichter, wenn man die Universität als gesellschaftlich akzeptierte Institution sieht, wo man seinen Horizont erweitern kann. Die großartige Gelegenheit, sich intellektuell zu betätigen, ohne auf einen ökonomischen Mehrwert achten zu müssen, ist im Studium einmalig.

Der Freiraum im Politikwissenschaftsstudium selbst ist groß, und man kann ein weites Feld an gesellschaftlichen Phänomenen kennenlernen. Das ist etwas, was in anderen Studienrichtungen nur schwer möglich ist. Ich würde zumindest wieder Politikwissenschaft studieren, wenn ich die Wahl hätte.

Vielen Dank für das Gespräch und alles erdenklich Gute für die Zukunft!

Das Gespräch wurde von **Katharina Windbichler** geführt Studentin am ipw u. Redaktionsmitglied

Die Tabus der **AMERIKANISCHEN SEELE VERBOTENE THEMEN** im Terror-Krieg

Von Peter Filzmaier

ie Terroranschläge in New York und Washington D.C. haben ein unglaubliches Entsetzen ausgelöst. Es ist verständlich und richtig, dass sich Analysen auf die Grausamkeit der Täter und ihrer Motive konzentrieren. Zur Klarstellung: Das Geschehene ist zutiefst verabscheuungswürdig und durch nichts zu rechtfertigen. Doch dürfen US-kritische Aspekte des Konfliktfeldes im Hintergrund nicht zu Tabuthemen werden:

Illusionen der friedlichen Weltordnung

Die Weltordnung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ist nicht das von einem Beamten des US-Außenministeriums (Francis Fukuyama) verkündete positive Ende der Geschichte, sondern es besteht die Gefahr einer neuerlichen Spaltung. Bis 1990 existierte ein System der Bipolarität mit dem politischen (sicherheitspolitischen bzw. militärischen), wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ideologischen Kalten Krieg zwischen Westen und Ostblock als zentrale Konfliktformation. Seitdem haben wir uns an die Illusion einer friedlichen Welt gewöhnt und vor allem kulturelle Gegensätze ignoriert

Die Wahrheit sieht anders aus. Der Terminus einer zivilisierten Welt impliziert unzivilisierte Gegner. Analog dazu verachtet der islamische Fundamentalismus die häßlichen AmerikanerInnen. Beide Beispiele zeigen, dass die Parteien jeweils überzeugt sind, "das Gute" zu sein/zu haben und "das Böse" zu bekämpfen. Im Detail sind die Thesen in Samuel Huntingtons Kampf der Kulturkreise zweifelhaft, doch gibt es einen solchen Gegensatz, der in fieberähnlichen Schüben zur Gewalteskalation führt.

Fehler im Weltbild

Komplexe Zusammenhänge der Weltund Außenpolitik werden insbesondere in den USA, als alleinige Supermacht und im 20. Jahrhundert ohne Kriegshandlungen im Land, auf die Formel "Wir sind gut (am besten, am stärksten, am klügsten) und machen alles richtig!" reduziert. Im Umkehrschluss stehen auf der anderen Seite die schlechten, schwachen und/oder dummen Bösen in den internationalen Beziehungen. Für die US-amerikanische Seele ist die Tragödie der Terroranschläge auch, dass ein solches Weltbild brutal widerlegt wurde.

Gründe für einen Anti-Amerikanismus: Die Rache der Globalisierung

Für den Weltfrieden ist ein Minimum an Freiheit und Gerechtigkeit erforderlich. Die US-Außen- und Wirtschaftspolitik ga-rantiert solche Minima aber nicht, sie bringt vielmehr GlobalisierungsverlierInnen hervor. Wer sich politisch, wirtschaftlich und sozial extrem benachteiligt und unterdrückt sieht, droht gewaltsam zu reagieren. Eine subjektiv empfundene Verletzung der Kultur (oder der Religiosität) fördert einen, als heilig verstandenen, Krieg gegen den vermeintlichen Unterdrücker. Der Terrorismus findet dadurch seine Basis.

Völkerrechtsschwindel

Nach mehrheitlicher Auffassung haben die terroristischen Angriffe auf die USA mit dem völkerrechtlichen Zustand des Krieges nichts zu tun. Eine erlaubte Vergeltung kennt das Völkerrecht, im Unterschied zur Selbstverteidigung, ebenfalls nicht. Militärschläge der USA im Ausland dürften sich demzufolge lediglich gegen eine konkrete Bedrohung, die von fremden Territorien ausgeht, richten. Die Entscheidung der USA für weitreichende Aktionen gegen tatsächlich oder angeblich mit den Attentätern in Verbindung stehende Staaten ist politisch bedingt. Sie ist auch logisch, das Völkerrecht wird jedoch mit Füßen getreten.

Falsche Medienbilder des Terrorismus

Während die US-Medien verrückte Fanatiker mit hysterischen Parolen und/oder Schaum vor dem Mund zeigen wollen, passt ein strategisches Terrornetzwerk mit ideologischem Hintergrund sowie sachlicher Planung und Organisation nicht zur Vorstellung einer überlegenen Supermacht. In ihrer patriotischen Euphorie sind die USA zugleich Weltmeister im Verdrängen. Die Tatsache, dass Anti-Amerikanismus nicht zuletzt durch eine manchmal Menschenrechte und Menschlichkeit ignorierende US-Politik entsteht, ist kein Medienthema

Die Geister, die ich rief ...

Vergessen wird, dass Taliban und Osama Bin Laden - wie übrigens auch Saddam Hussein - ein (Teil-)Produkt der CIA sind, und bis Mitte der achtziger Jahre, aus Sicht der USA, auf der richtigen Seite standen. Vor ihrer radikalen Abspaltung waren die Taliban eine Gruppe der afghanischen Freiheitskämpfer, welche die CIA im Krieg gegen die sowjetischen Besatzer unterstützte. Bin Laden war als charismatischer Führer ein willkommener Verbündeter, solange sein Terror sich gegen das damalige Reich des Bösen (UdSSR) richtete.

Vor der eigenen Tür kehren...

Abgesehen von außenpolitischen Untaten haben die USA im wörtlichen Sinn viele Leichen im Keller, wobei die Vernichtung der UreinwohnerInnen und die Sklaverei bis in die Gegenwart Auswirkungen zeigen. Ungeachtet der rechtlichen Gleichstellung gibt es eine Chancenungleichheit nach der Hautfarbe, dem formalen Bildungsgrad und dem beruflichen Status. Hinzu kommen die größten Einkommensunterschiede aller OECD-Länder: Die reichsten fünf Prozent der US-Bevölkerung verdienen fast 25 Prozent des Gesamteinkommens, die ärmsten 20 Prozent weniger als fünf Prozent. Schließlich wenden die USA als einzige Demokratie die Todesstrafe an. Diese erfährt nach den Terroranschlägen einen Popularitätsschub.

Peter Filzmaier

ist Politikwissenschaftler und Abteilungsleiter für Politische Bildung am Institut für interdisziplinäre Forschung und Fortbildung (IFF) der Universität Innsbruck, sowie mit Fritz Plasser u.a. Autor der Bücher Die amerikanische Demokratie (Manz 1997) und Wahlkampf um das Weiße Haus (Leske & Budrich 2001)

Der vorliegende Text bezieht sich auf die Terroranschläge am 11. September 2001 und wurde Anfang Oktober verfasst. Politische Ereignisse und Zusammenhänge nach diesem Datum konnten daher nicht berücksichtigt werden.

Krieg und Frieden in der Welt

nach den Ereignissen des 11. Septembers

Von Helmut Kramer

or genau 2 Monaten kam schrecklichen terroristischen Attentaten in New York und in Washington, denen über 4.000 Menschen, Männer und Frauen aus den USA, aber auch aus vielen anderen Nationen zum Opfer fielen. Seit fünf Wochen bombardieren nun US-amerikanische Flugzeuge Afghanistan. Nach den derzeitigen Informationen über die militärische Lage in Afgha-

nistan "Nordallianz" durch die militägroße Teile

des Landes zu besetzen und Taliban-Regime auf seine Kerngebiete im Süden und Osten des Landes zurückzudrängen. Für die Installierung einer von der Mehrheit der afghanischen Bevölkerung akzeptierten Regierung wird es entscheidend sein, dass es mit Hilfe der Vereinten Nationen zur Bildung einer Koalitionsregierung kommt, in der die VertreterInnen aller ethnischer Gruppen in Afghanistan präsent sind und die auch von den Nachbarstaaten, insbesondere von Pakistan und Iran, unterstützt wird.

Der von Generalsekretär Kofi Annan eingesetzte UN-Emissär, der frühere algerische Außenminister Lakhdar Brahimi, hat bereits vor fünf Jahren versucht, im Auftrag der UN eine Friedenslösung für das seit über 20 Jahren vom Krieg verwüstete Land auszuhandeln. In seinen jüngsten Treffen mit europäischen Spitzenpolitiker-Innen hat Brahimi davon gesprochen, dass zum ersten Mal seit langem ein "vorsichtiger Optimismus" in bezug auf die in einer Art und Weise, die

lingt es der Das internationale System hat zweifellos durch die Ereignisse des 11. Septembers ganz wesentliche Veränderungen erfahren. Es ist in ganz kurzer Zeit zu einer völligen Neurische Hilfe mischung in bezug auf die bisherigen Koalitionen und USA Allianzen in der Weltpolitik gekommen.

> Aussichten für einen Frieden in Afghanistan angebracht und realistisch erscheint. "Niemand wird vorgeben, dass es leicht sein wird, eine Regierung in Afghanistan einzusetzen", so Brahimi in einer Pressekonferenz am 8. November, "aber ich vertraue darauf, dass die Afghanen realisieren, dass vielleicht heute das erste Mal eine Chance besteht, die sie auf keinen Fall auslassen dürfen" (Le Monde 9.11.2001).

Das internationale System hat zweifellos durch die Ereignisse des 11. Septembers ganz wesentliche Verin ganz kurzer Zeit zu einer völligen Neumischung in bezug auf die bisherigen Koalitionen und Allianzen in der Weltpolitik gekommen. So haben sich die russische und die chinesische Regierung, sicherlich mit dem Kalkül, keine Probleme mehr mit dem Westen bezüglich ihrer terroristischen Anti-Terrorpolitik in Tschetschenien und in den Randprovinzen Chinas zu haben,

> vor dem 11. September wohl kein/e Analytiker/in der internationalen Politik möglich für gehalten

hätte, dem westlichen Bündnis gegen den Terror in der Welt und gegen den "Teufel Osama bin Laden" (George W. Bush) angeschlossen.

Eine der einschneidendsten Veränderungen als Folge der Ereignisse des 11. Septembers betrifft die Rolle und die Position der USA, der nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges einzig verbliebenen Weltführungsmacht. Die USA ist, wie der Harvard-Politikwissenschaftler Stanley Hoffmann in seinem eindrucksänderungen erfahren. Es ist vollen Essay "On the War"

ausgeführt hat, selbst Opfer der von ihr maßgeblich vorangetriebenen globalen Auflösung der "Grenzen und Wälle", ihres Bestrebens zur "Bildung eines Weltmarktes, zur Promotion von Freiheit der Kommunikation, Information und der Mobilität" geworden. Gulliver (die USA) wird nicht länger von LilliputanerInnen gefesselt, sondern von "clever gnats" (Mücken, H.K.). "The weapons of economic and military warfare (including for mass destructions) are now available not merely to states, but to the peoples of the world." (New York Review of Books, 1.11.2001)

Es ist nicht

Endes

von

Unver-

nur der Schock

letzlichkeit

vielen Kriti-

des

der

auch

der Armut in der Welt und der ungeschminkt zur Schau getragenen Welt des westlichen Reichtums (so hat der Microsoft-Chef Bill Gates ein größeres Vermögen als gesamten jährlichen Entwicklungszusammenarbeits-Leistungen der OECD-Länder) keinen wirkdirekten Zusamlich menhang. Und zweifellos wird auch der Konflikt zwischen Israel und den PalästinenserInnen durch Bin Laden (wie auch durch den irakischen Diktator Saddam Hussein) in äußerst fragwürdiger Weise instrumentalisiert. Aber für die ausweglose Situation des Palästinakonflikts und die sich

auseinandersetzen, dass und warum Millionen in der arabischen und islamischen Welt so denken und warum die USA so emotional und heftig abgelehnt wird. Oder anders gesagt, die USA sind nicht nur mit dem Problem des auch sie umfassenden und bedrohenden Terrorismus, mit einer neuen Verwundbarkeit konfrontiert, sie müssen auch auf die realen Stimmungen in der Welt und auf die ihr zugeschriebenen gestiegenen globalen Verantwortlichkeiten gieren.

Die USA müssen sich bei allen ungerechten überzogenen Schuldzuschreibungen für den Zustand der Welt im allgemeinen und in konkreten Konfliktsituationen nun intensiv damit auseinandersetzen, dass und warum Millionen in der und der ihr arabischen und islamischen Welt so denken und warum die USA so emotional und heftig abgelehnt wird.

vor allem Europa und den EU-Großmächten Großbritannien. Deutschland und Frank-

In dieser Situation kommt

reich, die die Bush-Jr.-Administration diesen Tagen

so massiv po-

kerInnen zugeschriebenen Allmacht, den die USA politisch-psychologisch zu verarbeiten haben. Die USA sind in den Wochen nach dem 11. September auch in äußerst direkter Weise damit konfrontiert, dass sie als westliche Führungsmacht vielen Hunderten Millionen in der arabischen und der islamischen Welt für die Armut in der Welt und für ihre verelendete und entrechtete Situation direkt gemacht verantwortlich werden. Sicherlich haben "von pathologischen Motiven inspirierten und von einer kleinen Gruppe mental derangierten AktivistInnen durchgeführ-Selbstmordattentate" (Edward W. Said in Le Monde 27.10.2001) mit der wachsenden Kluft zwischen

in den letzten Jahren immens verschlechternde Situation der Palästinenser-Innen wird in hohem Maße USA verantwortlich gemacht - wobei bei der einseitigen Stützung Israels in ihrer harten Besatzungspolitik durch Washington der reale politische Anteil und die tatsächliche Verantwortung der USA für diese spezifische Konfliktsituation weit größer ist als im allgemeineren Problem- und Konfliktfeld "Arm und Reich" in der Welt.

So bleibt also das Faktum: Die USA müssen sich bei allen ungerechten überzogenen Schuldzuschreibungen für den Zustand der Welt im allgemeinen und in konkreten Konfliktsituationen nun intensiv damit litisch und auch militärisch unterstützen, eine wichtige Rolle zu. Es ist ja keineswegs auszuschließen, dass die USA ihre militärischen Aktionen ausweiten und andere von ihr als "Schurkenstaaten" klassifizierten Staaten bedrohen und militärisch angreifen könnten. Es besteht generell die Gefahr, dass von den USA, denken wir an die gefährlich fundamentalisti-Schwarz-Weiss-Rhetorik von Präsident Bush Jr., eine neue "realistische" globale Politik konzipiert und umgesetzt wird, in der eine "Good Guys-Bad Guys"-Weltsicht und Weltstrategie dominiert. Ob die bislang von Blair und Schröder an den Tag gelegte politischpropagandistische "Nibelungentreue" auch mit einer

politischen Strategie verbunden ist, eine Mitsprache bei den Entscheidungen und einer Priorisierung von politisch-diplomatischen Mitteln in der Terrorismusbekämpfung zu bewirken? Wir hoffen dies zumindest. Die USA müssen ferner auch davon überzeugt werden, dass sie sich stärker als bisher an internationale Regelungen und an internationale Gerichtsbarkeit zu halten haben. Das bedeutet konkret, dass, sollte es gelingen, bin Laden und seine MittäterInnen gefangen zu nehmen, diese vor ein internationales Gericht gestellt und nicht in den USA abgeurteilt werden dürfen. Die EuropäerInnen müssen schließlich vor allem darauf hinarbeiten, dass die Vereinten Nationen, die von der Bush-Administration nun politisch geschätzt und politisch hofiert werden, nicht, wie es in der Vergangenheit immer wieder der Fall war, für die Machtinteressen der USA instrumentalisiert und ausgenützt werden.

Es geht also darum, in der durch die schrecklichen Ereignisse des 11. Septembers veränderten und verstörten Welt, eine neue internationale Ordnung aufzubauen, in der die USA und mit ihr die reichen westlichen Staaten eine positivere Rolle in der Weltpolitik und in der Weltwirtschaft spielen, in der die Tendenz zur Verrechtlichung der internationalen und transnationalen Beziehungen verstärkt wird und in der ernsthafte Bemühungen zum Schließen der Arm-Reich-Kluft in der Welt unternommen werden. Aus der Krise kann und muss also ein positiver Ausweg gesucht werden. "Aus

diesem Schrecklichen kann", so der UN-Generalsekretär und Friedensnobelpreisträger 2001 Kofi Annan vor wenigen Tagen in New York, "auch ein Gutes entstehen". "Wo Gefahr ist wächst Rettendes auch" (Hölderlin) solche und für eine Entwicklung bedarf es auch stärker als früher unseres sicherlich bescheidenen Einsatzes und Beitrages s o z i a l w i s s e n s c h a f t l i c h e AnalytikerInnen und aktive Mitglieder einer nationalen und internationalen Zivilgesellschaft.

Helmut Kramer Professor am ipw

Der vorliegende Text wurde am 11.11.2001 verfaßt.

Die Anschläge vom 11. September

underte Male flimmerten die Bilder vom 11. September mittlerweile über jeden Bild-L schirm. Sie haben "Trost gespendet" (Alexander Kluge), die westliche Gesellschaft "bombardiert" (Georg Seesslen) oder im Gegenschnitt mit jubelnden Arabern (auf BBC in Split-Screen-Verfahren) vorsätzlich emotionalisiert. Auf medialer Ebene warfen sie besonders eine Frage auf: die nach dem Verhältnis der filmischen Wirklichkeiten zu den Anschlägen auf WTC und Pentagon. Warum war in den ersten Tagen so oft der Satz "Das ist ja wie im Film" zu hören? Und warum reagierte die Traumfabrik Hollywood mit dramatischen Grundsatzdiskussionen über das eigene Geschäft, als hätten Produzenten von Action-Filmen selbst die Anschläge heraufbeschworen?

Der Katastrophenfilm erscheint als kollektive Erfahrung: als Vorbild oder Vorwegnahme jener

Ereignisse, die wir als FernsehzuseherInnen miterlebten und die uns unglaublich und zugleich seltsam bekannt vorkamen. "Als wären sie latent in unserem kollektiven Un-

WIE

terbewusstsein gewesen und hätten nur auf ein manifestes Erscheinen gewartet, brachen die Bilder hervor und verlangten entweder nach dem Aufwachen oder dem Erscheinen des Helden", so etwa Georg Seesslen in seinen Überlegungen zu "Alptraum und Propaganda in drei Tagen Bildersturm" (1). Doch nicht nur die Anschläge selber, auch die aus ihnen resultierenden Bewältigungsstrategien konnten fast nur in jenen visuellen, theatralischen und rhetorischen Bahnen erfolgen, die wir aus zahlreichen fiktionalen Filmhandlungen kennen: Als US-Präsident George W. Bush bei seiner Rückkehr aus der sicheren Militärbasis nach Washington dem Hubschrauber entstieg, um über ein Stück Rasenfläche zum Weißen Haus zu schreiten, konnte man die Anstrengung förmlich spüren, die Wiedergewinnung von Handlungsmächtigkeit, Initiative und Entschlossenheit in jeden einzelnen Schritt des kurzen Weges zu legen. Ebenso in einer von Bushs frühen Pressekonferenzen aus dem rustikalen Sommersitz Camp David, umgeben von einer hemdsärmeligen, deutlich Aktion signalisierenden Politführung; schließlich auch auf einem Schutthaufen des World Trade Centers: die eine Hand am Megaphon als improvisiertem Stimmverstärker, die andere auf den staubigen Schultern des Lebensretters, dem Feuerwehrmann. Bildkompositionen, die einen bewußten

Rekurs auf kollektive Medienerfahrungen darstellen: auf Action, auf Blockbuster, selbst auf Kriegsepen. Diese Bilder sagen auch: Hier kommt Harrison Ford, der smarte Präsident aus "Air Force One" (1997, Regie: Wolfgang Petersen, Buch: Tom Clancy), hier kommt Bruce Willis (und er wird euch alle retten). Die Figuren entstammen einem der wenigen Referenzsysteme, aus dem eine fragmentierte Gesellschaft gemeinsame Sinnangebote schöpfen kann.

Jenseits platter Thesen wie jener, daß gewalttätige Filme Gewalt erzeugen, geben solche Überlegungen Gelegenheit zu grundsätzlichen Betrachtungen: über das Genre des Katastrophenfilms und die Funktion populärkultureller Texte für die Produktion politischer Kulturen. Der deutsche Politikwissenschafter Andreas Dörner liefert in dieser Hinsicht einige interessante Theorien (2): Politische Deu-

tungskultur hat sich in der Mediengesellschaft zu einem guten Teil in den Bereich des Unterhaltungssektors verschoben. Filme oder Fernseh-Serien haben so die Aufgabe übernommen,

I M

politisch-kulturelle Traditionen sichtbar zu machen und zu verhandeln. Politische Kultur manifestiert sich also auch in "politikfernen" Genres, etwa "in der Art und Weise, wie die Welt konstruiert wird, wie die Akteure handeln und welche Problemlösungen als sinnvoll und erfolgreich gezeigt werden". (Dörner, S.187; 1999 beauftragte das US-Militär etwa eine adhoc-Gruppe von Videospiel-Spezialisten Regisseuren, darunter "Die Hard"-Drehbuchautor Steven E. De Souza und David Fincher, Regisseur von "Fight Club", um möglichst realistische Krisenszenarien für Soldaten zu entwickeln). Das Fiktionale wird so zu einem "politischen Erfahrungsmodus", der wohl gerade dort besonders überzeugend ist, wo der eigene Nationalstaat - in Form seiner Institutionen oder seiner politischen VertreterInnen – in den Produkten der Populärkultur täglich repräsentiert wird: in den USA. (In Österreich muß man schon bis zu einem Filmklassiker der 50er Jahre zurückgehen, um einen Regierungschef als Protagonisten auf der Leinwand zu sehen: Josef Meinrad in "1. April 2000"). Andreas Dörner macht sich nun in seiner Studie über Hollywood-Blockbuster und Fernsehserien der 90er Jahre auf die Suche nach dem sog. "American Monomyth", einer narrativen Konstruktion, die gerade für den Bereich des Katastrophenfilms von entscheidender Bedeutung ist:

und Hollywood

Von Gunnar Landsgesell und Georg Spitaler

"Eine Gemeinschaft gerät in Gefahr und wird durch das Eingreifen eines individuellen Helden gerettet. Die Gefahr kann dabei durch eine Naturkatastrophe, äußere Feinde oder innere Zwistigkeiten verursacht sein. Entscheidend ist, daß die Gemeinschaft – meist aufgrund von moralischer Schwäche – nicht selbst in der Lage ist, sich zu helfen." (S.228)

In dieser Situation schlägt die Stunde des Alltagshelden: Im Gegensatz zum Superhelden ist er (auch: sie) ein gewöhnlicher Mensch, "der im Moment der Gefahr über sich hinauswächst, in das Geschehen eingreift und nach getaner Arbeit wieder in seine normale Alltagsexistenz zurückkehrt". (Dörner, S.228)

Diese Figur des einfachen Bürgers, der ohne Amt (oder die Beschränkungen seines Amts hinter sich lassend) die Ordnung des Gemeinwesens rettet, repräsentiert eine Synthese zweier fundamentaler, durch eine Synthese zweier fundamentaler,

durchaus gegensätzlicher, Konzepte, die zusammen wichtige Spezifika politischer Kulturen in den Vereinigten Staaten ausmachen, nämlich utilitaristisch/indi-

vidualistische und gemeinschaftlich/republikanische Traditionen (eigenständiger, "selbstverwirklichender" Einsatz vs. Gemeinwohl und Verfassung).

Beim Anschlag auf das WTO ist es der Feuerwehrmann: der sich in einem Moment höchster gesellschaftlicher Verletzlichkeit aus der Gemeinschaft erhebt, und sich "draufgängerisch", "todesmutig", "heldenhaft" oder "selbstlos", so die Zuschreibungen, für diese einsetzt. In einem Moment, in dem die Menschen auf sich selbst zurückgeworfen sind, die Katastrophe durch keine Elite der Bat-, Super-, Spider- oder X-Men mehr verhindert werden kann, weil es entgegen aller Konzeptionen gar keinen "villain", keinen Bösewicht zu besiegen gibt, trifft der Feuerwehrmann auf die Wünsche und Projektionen der Gemeinde: Er ist ein Mensch wie du und ich, er geht Gefahren ein, er errettet, er besitzt einen Touch von Blue-Collar. Angesichts all der aufgeschobenen bzw. modifizierten Actionfilm-Projekte scheint sich diese positiv aufgeladene Heldenfigur am besten zu eignen, die Undenkbarkeit einer Verfilmung der Katastrophe denkbar zu machen: Hier steht nicht mehr die nunmehr hinterfragte oder gar tabuisierte "libidinös besetzte Bedrohung", die Slavoj Zizek bei uns Kinobesuchern verortet, die Angstlust vor und an der Katastrophe im Vordergrund, sondern der heroische Bürger. "Vielleicht als jener Priester, der in die

Trümmer geeilt ist, um einen tödlich verletzten Retter noch schnell zu segnen, bevor das zusammenbrechende Gebäude dann auch ihn unter sich begraben hat." (Eric Pleskow, Viennale-Präsident und Ex-Chef von United Artists). Vielleicht aber eben auch als jene Sorte Feuerwehrmann, die schon Dennis Quaid in "Frequency" (2000, R: Gregory Hoblit) verkörpert hat: Er rettet Menschen aus einem brennenden, einstürzenden Gebäude, bis er darin den Tod findet (wird dann allerdings durch seinen ihn liebenden und verehrenden Sohn und einen nachträglichen Eingriff in die Geschichte seinem letalen Schicksal entrissen).

Die Katastrophe ist eingetreten, eine Konsequenz daraus mag die massive Rückkehr zum Bürgerhelden mit stark chauvinistischem Pathos oder eskapistisches Komödienkino sein. Sicherlich nicht auf Dauer, denn Hollywood hat eine Tradition, auf reale

Bedrohungen zu reagieren und diese andererseits zu zukünftigen Bedrohungsszenarien zu übersteigern.

> **Gunnar Landsgesell/Georg Spitaler** Absolvent des ipw, Journalist/Doktorand am ipw

Anmerkungen:

- (1) Seesslen, Georg (19.9.2001) Die Blendung. Vom Alptraum zur Propaganda in drei Tagen Bildersturm, in: Jungle World online, www.jungle-world.com/_2001/39/24a.htm
- (2) Dörner, Andreas (2000) Politische Kultur und Medienunterhaltung. Zur Inszenierung politischer Identitäten in der amerikanischen Film- und Fernsehwelt, Konstanz

"Macht ihn durchsichtig!" (1)

otalitären Regimen ist es eigen, das Privatleben ihrer BürgerInnen so effektiv wie möglich einzuschränken, um den Rückzugsraum zur Reflexion und Organisation subversiver Gedanken und Taten möglichst gering zu halten. In den westlichen Gesellschaften erleben wir in den letzten Jahrzehnten scheinbar einen umgekehrten Trend. Das Private wurde ausgeweitet, vielleicht sogar etwas politisch, zumindest aber öffentlich. Jede/r kann - frei nach Andy Warhol - im Zuge von Talkshows 15 Minuten im Rampenlicht stehen, allerdings nur unter Preisgabe privater Details.

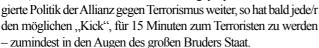
Reality Shows wie "Americas Dumbest Criminals", deren Bilder ausschließlich aus Videokameras gespeist werden, ebneten den Weg für die nächste Stufe. In Shows wie Big Brother und Taxi Orange wurde die totale Überwachung von (inszenierter) Privatheit zur Unter-



haltung hochstilisiert. Man erfreute sich am Blick durch die Kamera ins fremde Wohnzimmer, TV und InternetnutzerInnen durften stolze, temporäre BesitzerInnen einer hochentwickelten Überwachungszentrale sein. Die Privatsphäre wurde zum öffentlichen Gut, die Erosion des Privaten zum belachten und beklatschten Schauspiel.

Das was im Fernsehen glamourös vermarktet wird, trifft aber auch die ZuseherInnen. Mit dem Aufkommen der Kommunikationstechnologien Handy und Internet und der damit verbundenen Digitalisierung (Umwandlung von Kommunikation in

duplizierbare Information) wurden die vier massiven Wände des Privaten durch die porösen des digitalen Raums abgelöst. Waren früher Wohnungstür und Briefkasten die Demarkationslinien des Privaten, so werden nun der Bildschirm des PC und die Hörmuschel des Telefons zu potentiellen schwarzen Löchern der privaten Galaxie, das Private ist für die ÜberwacherInnen nur noch ein paar "Hacks" (Tastenklicks) entfernt. Denkt man die derzeitig propa-



Die Wirtschaft als Wegbereiterin

Die Nationalstaaten hätten nicht die Ressourcen für die angestrebte Totalüberwachung, sie wird nur durch das Zusammenspiel mit Wirtschaft und technischen Neuerungen möglich. Erst durch die Aneignung und Vernetzung der durch die Wirtschaft erhobenen Daten werden die BürgerInnen gläsern. Über das Handy sind sie jederzeit lokalisierbar, ihre Post ist über Email möglicherweise ein offenes Buch und durch die Nutzung diverser Karten zur Bezahlung gibt ihr Konsumverhalten Aufschluß über Lebenswandel und politische Einstellung.

Marketingstrategien großer Konzerne wollen der Individualisierung der Gesellschaft beikommen, indem Sie die potentiellen KundInnen in immer kleinere Segmente unterteilen und gezielt ansprechen. Dort wo Bourdieu mit Habitus- und Lebenstilkonzepten begonnen hat, überholt die Wirtschaft die universitäre



Forschung im Bereich der empirischen Sozialforschung längst, wenn auch nur zur eigennützigen Erhebung von wirtschaftlich ummünzbaren Daten gesellschaftlicher Phänomene. Hierfür sind enorme Datenmengen erforderlich, die teilweise selbst erhoben werden (zum Beispiel über

KundInnenkarten die genauen Aufschluß über Kaufgewohnheiten geben) oder auch bei DatenbrokerInnen angekauft werden. Den BürgerInnen ist der Zusammenhang zwischen alltäglichen Verrichtungen, der Inanspruchnahme von Dienstleistungen und den dahinter stehenden Datensammlungen oft nicht bewußt.

Im weltweiten Netz sind Daten zu einer Währung geworden. Viele Seiten existieren lediglich zum Zweck der Datensammlung und Erstellung von Kundenprofilen. Über Agenturen, die Werbeflächen im Netz vermieten, werden die Surfgewohnheiten der NutzerInnen transparent. Banner sind nicht nur Werbe-

schaltungen, sie sind auch Detektoren, die aufzeichnen wo und wie sich die UserInnen bewegen. Jeder PC im Netz ist über die IP (Internet Protocol) Adresse identifizierbar. Die Bewegungen der NutzerInnen auf vielen Seiten werden durch die Banner weniger Agenturen zentral aufgezeichnet. Die Mär von der Anonymität hat sich ins genaue Gegenteil umgekehrt. Im digitalen Raum gibt es keine Privatsphäre, mit der Ausweitung des digitalen Raums schwindet die

Privatsphäre auch im analogen. Auch wenn sich manche TelekommunikationsbetreiberInnen in der Kostenfrage der Überwachung gegen den Staat stellen, die Kosten für die (teilweise gewinnbringende) Aufzeichnung und Transparenz ihrer Daten tragen die Objekte der Überwachung selbst, egal ob in ihrer Eigenschaft als KonsumentInnen oder BürgerInnen.

Mehr Privat, weniger Staat = Überwachungsstaat

Generelle Merkmale der Entwicklung hin zum Überwachungsstaat sind die medial vieldiskutierten Erweiterungen der Polizeibefugnisse, verstärkte Kooperation zwischen Polizei und Militär, mas-

Kurz nach dem 11. September wurde mit dem Kampf gegen den Terrorismus eine zweite Front klar definiert: die Privatsphäre. Der auf die terroristischen Akte folgende Diskurs hat eine atemberaubende Beschleunigung der Argumentation für und Durchsetzung von Überwachungsmaßnahmen gebracht. Der westliche Staat übt seine Gestaltungsgewalt weniger zum Schutz der BürgerInnen als zur sozialen Kontrolle aus. Das Private droht auf die eigenen Gedanken zurückgedrängt zu werden.

sive Datenschutzverletzungen seitens der Wirtschaft in Kooperation (oder durch gesetzlichen Zwang) mit dem Staat. Wie sorglos dabei zum Beispiel der österreichische Staat mit seinen eigenen Daten umgeht, war im Fall der Volkstheaterkarawane mit Schrecken zu

bestaunen. Die während der Mafiaverfolgung aufgekommene Taktik, mittels kleiner Vergehen große zu ahnden, wurde wieder zugunsten bürgerschützender Maßnahmen verworfen. Die Stadt New York unter Rudy Guliani hat schon vor dem Attentat einen Paradigmenwechsel erlebt: "zero tolerance" für kleine Verbrechen, um große zu verhindern. Ein hoher Sicherheitsbeamter wird im Time Magazine vom 22. Oktober dann auch dementsprechend zitiert: "If we can find them spitting on the sidewalk, we're grabbing them".

Was alles möglich ist, zeigt das Überwachungswunderland Großbritannien. In London registrieren 2,5 Millionen vernetzte Kameras nicht nur die Nummernschilder vorbeifahrender Autos, sondern werden auch bald in der Lage sein, mittels Biometriesoftware Gesichter nach Merkmalen zu scannen. Der nächste Eingriff in die persönliche Sphäre ist in Vorbereitung: Großbritannien ist auch das Versuchsfeld für die boomende DNA-Industrie. DNA-Proben werden verpflichtend jedem/r entnommen,

der/die das Gesetz sträflich übertritt, sei es Diebstahl, Erregung öffentlichen Ärgernisses oder auch Verkehrsübertretungen. Die Regierung schätzt, daß sich in den nächsten Jahren 4 Millionen DNA-Proben in der Datenbank einfinden – ein Zwölftel der erwachsenen Bevölkerung.



Die Folgen der skizzierten und bekannten Tendenzen sind fatal. Die Nationalstaaten geben in vielen Bereichen zunehmend leichtfertig ihre Gestaltungsmacht zugunsten der Wirtschaft auf und sichem sich innerhalb ihrer Territorien gegen die Schwächsten in der Triade Staat-Wirtschaft-BürgerInnen ab, deren Vertretung sie eigentlich sind. Information über jemand zu besitzen, ist gleichzusetzen mit Besitz von Macht über jemand. In diesem Sinne weitet der Staat gegenüber den BürgerInnen sein Gewaltmonopol aus, gibt aber gleichzeitig weitläufige Verwaltungs- und Sicherheitskompetenzen an die Wirtschaft ab, hat – etwas drastisch formuliert – sozusagen den Arsch offen. Der Staat entfernt sich zusehends von

Von Johannes Högl

seiner Legitimation und wird zum Schutzschild der Wirtschaft gegenüber den BürgerInnen und zum Stabilität im Sinne der Wirtschaft garantierenden Faktor.

Unsere Privatsphären sind die zukünftigen Kollateralschäden des Kampfes gegen den Terrorismus. Bei der Betrachtung der Maßnahmen und der Art und Weise, wie diese implementiert werden, kann man sich allerdings nicht des Eindrucks erwehren, daß es dabei weniger um den Kampf gegen TerroristInnen, als um die

Absicherung gegen den, durch die neuen sozialen Ungleichheiten entstehenden, gesellschaftlichen Unfrieden handelt. Solange wir nicht die Gedanken von Herrn Atta lesen können (und das wird hoffentlich nie der Fall sein), sind die derzeit gesetzten Maßnahmen im Kampf gegen fanatische SelbstmordattentäterInnen sinnlos, stellen aber eine massive Gefährdung der Grundwerte unserer liberalen Gesellschaften dar.



Johannes Högl Student am ipw,

Redakteur des Buches "Der Westentaschenhaider" und war als Konzeptionist in einem Internet-Consulting-Unternehmen für Telekommunikations- und Versicherungsunternehmen tätig

Fußnote:

(1) Anweisung eines hochrangigen NSA-Beamten im Film "Enemy of the State" für die Totalüberwachung eines Anwalts.

"Was Sinnvolles machen..."

"Gedenkdienst" speziell für Frauen und Nicht-Zivildienstpflichtige

Von Olivia Pfeifer

durch die Unterlippe fällt als erstes an ihr auf. Katharina Racek hat gerade maturiert. Ihr gegenüber sitzt Johanna Moser. Sie hat drei Jahre Architekturstudium hinter sich und wird es nicht fertig machen. Im Herbst zieht Johanna nach Frankfurt, Kathi geht nach Berlin - zumindest einmal für ein Jahr. Die Vorfreude merkt man den beiden an.

Seit September machen Katharina Racek (18), Johanna Moser (23) und Robert Parzer (23) ihren Gedenkdienst als EVS-Freiwillige. EVS steht für European Voluntary Service, das ist ein von der EU kofinanziertes Jugendaustausch-Programm für 18-25-Jährige, die sich in einem anderen EU-Land für ein Projekt ihres Interesses engagieren und Erfahrungen sammeln möchten. Seit heuer bietet der Verein Gedenkdienst erstmals offiziell zwei EVS-Stellen für Frauen und nichtzivildienstpflichtige Männer an: Das Anne Frank Zentrum Berlin, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. in Berlin und die Anne Frank Jugendbegegnungsstätte in Frankfurt am Main, dem Geburtsort Anne Franks.

Der Verein Gedenkdienst entsendet seit 1992 Zivildienstpflichtige an Holocaust-Gedenkstätten ins Ausland und ist im Bereich Holocaust-Education tätig. Die mittlerweile 23 "Männer-Gedenkdiener" sind bereits Mitte Juli in alle Welt geflogen, um ihren

Auslandszivildienst anzutreten: In Amsterdam, Auschwitz, Brüssel, Budapest, Aires, Buenos Hooghalen, Jerusalem, London, Moskau, New York, Paris, Prag, Tel Aviv, Theresienstadt, Vilnius, Warschau und Washington sie kämpfen gegen Vergessen.

Drei Frauen haben bereits vor Katharina und Johanna Gedenkdienst gemacht - quasi inoffiziell: Brigitte Huemer war in Israel an der Holocaust Gedenk- und Forschungsstätte Yad Vashem, Judith Pfeifer am Montreal Holocaust Memorial Centre in Kanada und Irma Wulz in Litauen am Jüdischen Museum in Vilnius. Kathis und Johannas Vorgängerinnen mussten sich jedoch ihren Gedenkdienst finanziell selbst organisieren, ebenso Versicherung und Flug, in Kanada sogar die Stelle selbst.

Johanna und Kathi werden viel mit Jugendlichen arbeiten. Johanna wird in Frankfurt Schulklassen betreuen und mit ihnen in Arbeitskreisen und Workshops zu Themen wie Rechtsextremismus, mus, Zivilcourage, Nationalsozialismus arbeiten und Büroarbeit erledigen. "Und wenn ich eine Idee für einen Arbeitskreis habe, kann ich die auch einbringen und realisieren, das finde ich sehr spannend," freut sie sich. Die Jugendbegegnungsstätte in Frankfurt versteht sich als Ort für Gespräche, zum Nachdenken und Lernen, veranstaltet Seminare und bietet Studienreisen zu Gedenkstätten an. Die Ausstellung "Anne aus Frankfurt" erzählt etwas über die Familiengeschichte der Franks, die Geschichte des Nationalsozialismus in Frankfurt, über Annes Leben in Frankfurt und in Amsterdam, ihren Tod in Bergen-Belsen, über ihr Tagebuch und seine Wirkung bis heute.

Katharinas Job-Description klingt nicht minder interessant: Ein Teil ihrer Aufgabe besteht darin, Jugendgruppen zu betreuen, die die ständige Ausstellung über Anne Frank in Berlin besuchen. Anhand der Ausstellung wird auch Kathi mit ihnen in Arbeitskreisen verschiedene Themen erarbeiten. "Ich werde zum einen die Ausstellung, also den laufenden Besucherstrom, betreuen. Zum anderen werde ich die Tournee der Ausstellung 'Anne Frank - Eine Geschichte für heute' durch Deutschland mitkoordinieren, in den verschiedenen Städten den Aufbau organisieren, auch selbst hinfahren und dort mitarbeiten und das Personal, das vor Ort die Ausstellung betreuen wird, einschulen. Tja, und Büroarbeit fällt auch an: Archivarbeit, Korrespondenz erledigen ..."

Das Anne Frank Zentrum Berlin ist eine Partnerorganisation des Anne Frank Hauses in Amsterdam. Neben der Deutschland-Koordination der internationalen Wanderausstellung "Anne Frank – eine Geschichte für heute" organisiert das Zentrum Projekte für Jugendgruppen und Schulklassen

Seit September machen zwei junge Österreicherinnen und ein Österreicher im Rahmen des Europäischen Freiwilligendienstes ihren "Gedenkdienst" am Anne Frank Zentrum in Berlin, bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. in Berlin und an der Anne Frank Jugendbegegnungsstätte in Frankfurt/M.

aus Berlin und Umgebung und veranstaltet Stadtrundgänge zur jüdischen Vergangenheit und Gegenwart in Berlin. In der Broschüre des Zentrums ist zu lesen, dass es darum geht, Brücken zur Gegenwart zu schlagen, Antworten auf die Frage zu finden, welche Botschaften das Tagebuch Anne Franks heute vermitteln kann. Das mit dem "Brücken aus der Vergangenheit in die Gegenwart schlagen" scheint nicht immer ganz einfach zu sein. Wie vermittelt man das Thema Holocaust am besten, wie baut man Zeit-Brücken für die Zielgruppe der 16- bis 25-Jährigen? Katharina überlegt kurz: "Ich hab bis jetzt noch nie mit Kindern und Jugendlichen in Gruppen gearbeitet, aber ich werde es so angehen, dass ich aus der Gegenwart Themen wie Rassismus, Neonazismus herausgreife und so die Brücke zurückschlage." Johanna sieht das ähnlich: "Vergangenheitsbewältigung ist gerade in Deutschland, wo es massive Neonazi-Aufmärsche gibt, ein aktuelles Thema, mit dem man mit Jugendlichen arbeiten kann. Wobei ich nicht genau weiß, wie 15- bis 16-Jährige auf Workshops reagieren, vielleicht ist denen das alles ja scheißegal. Denn auch wenn du ziemlich engagierte LehrerInnen hast, ist es mit 16 oder 17 Jahren nicht wirklich Thema, in das man sich reinhängt. Interessant ja, aber nicht so, dass du dich selbst weiter damit beschäftigst."

Gruppen, die wirklich Interesse an der Thematik haben,

seien kein Problem, da sind sich Katharina und Johanna einig, aber was Schulklassen betrifft, die dazu verpflichtet werden, bleiben die beiden skeptisch: "Gerade wenn Schulklassen zu Gedenkstätten fahren, ist dann die Stimmung so auf 'Na schau ich halt ein bisschen...', Spaß haben, Jausenbrote essen." Kathi wirft ironisch ein: "... vielleicht eine Postkarte Stammlager kaufen? - na super..." Johanna weiter: "Genau... also ich denk mir, dass man das meiste begreift, wenn man mit anderen Projekte macht..." Kathi nickt: "...und viel diskutiert..." - "Genau, und auf diese Art neue Leute mit anderen Einstellungen kennenlernt", bestätigt Johanna.

Dennoch sei es wichtig, dass gerade in den Schulen der Gedanken- und Erfahrungsaustausch über die Zeit des Nationalsozialismus gefördert werde. In Österreich passiere, was Vergangenheitsbewältigung und politische Bildung an den Schulen betrifft, im allgemeinen sehr wenig bis gar nichts. "In Deutschland ist es nahezu selbstverständlich, dass jede/r SchülerIn einmal eine Holocaust-Gedenkstätte besucht. Ich glaube einfach, dass dort in der Aufarbeitung schon mehr passiert ist und immer noch passiert", meint Kathi. Zusatz: "Vielleicht ist es dadurch für uns leichter, Interesse zu wecken." Johanna: "Oder vielleicht gerade dadurch auch schwerer."

In den Fächern Geschichte und Deutsch hätten sie die Zeit des Nationalsozialismus abgehandelt, nicht sehr tiefgreifend wie Kathi meint: "Es wurde nur so an der Oberfläche gekratzt." Johanna hatte zwar sehr engagierte LehrerInnen, die zum Thema Nationalsozialismus und Holocaust mit den SchülerInnen ewig lang übergreifend Deutsch-Geschichte gearbeitet haben -Stichwort: Referate. Aber das Thema konnte auch für Johanna in der Schule nie wirklich vermittelt werden: "Obwohl du vielleicht sogar nach Mauthausen fährst, das Thema durchkaust - ein wirklich bewusstes Erleben, Erfahren der Vergangenheit, das war es nicht unbedingt. Du lernst zwar Daten, hast sie im Kopf, aber worum es eigentlich geht und warum das so wichtig ist, das wird nicht vermittelt." Der Verband der Schulklasse hat seine Tücken: "Also, meine Klasse ist nicht einmal auf Exkursion nach Mauthausen gefahren, und von anderen Klassen weiß ich, dass sie einen Vormittag hingefahren sind. Sie sind hingefahren, durchgeführt worden. Es war eine ziemliche Drängelei, weil so viele Leute dort waren. Und um das, was dort passiert ist, richtig auf sich wirken lassen zu können, sich auch die Informationen zu holen, ist einfach zu wenig Zeit...", meint Kathi. "Es sind meistens auch zu viele Leute um einen herum ...", wirft Johanna ein. "So eine Exkursion hat dann oft was von einem Wandertag oder Ausflug", fügt sie noch hinzu.

Katharina sieht das Problem darin, dass "Zusammenhänge

nicht aufgezeigt werden. In der Schule ist die Zeit des Nationalsozialismus ein Kapitel von vielen. Darüber hinaus wird nicht oder nur selten darüber diskutiert, welche Auswirkungen das für später hatte. Zur Aufarbeitung nach 1945 wird zum Beispiel überhaupt nichts gemacht, zumindest haben wir nichts dazu besprochen, obwohl das ja vom Thema her besonders interessant wäre."

Kathi war ungefähr 14 als sie Anne Franks Tagebuch zum ersten Mal gelesen hat: "Dieses Einzelschicksal, das da herausgegriffen wird, dieses "O Gott, das arme Mädchen!", diese Geschichte von diesem Mädchen, kann einen Menschen in dem Alter, gerade ein Mädchen mit 14 Jahren, total bewegen. Ich glaube, dass das Tagebuch extrem breitenwirksam ist, weil, wenn man Nationalsozialismus und Holocaust als großen Block sieht, können das viele Leute nicht erfassen, aber wenn sie ..."

Johanna unterbricht sie: "Die 6 Millionen Tote ..."

Kathi weiter: "... aber wenn sie dann das Schicksal von dem einen Mädchen quasi miterleben, dann ist das für einige ganz besonders hart. Aber ich bin auch ein bisschen skeptisch, weil viele nicht erkennen, dass da nicht nur dieses eine arme Mädchen war, sondern, dass der Nationalsozialismus ein einziger großer Wahnsinn war. Das sehen manche nicht."

Johanna stimmt ihr zu: "Ich denk mir auch, dass das Tagebuch der Anne Frank als guter Einstieg dienen kann, um sich weiter mit der Thematik zu beschäftigen." Johanna findet es spannender, mit aktuelleren Themen zu arbeiten und nicht in der Vergangenheit hängen zu bleiben, sondern weiterzugehen.

"Es ist nicht alles wurscht ..."

Irgendwann hatte sie von der Uni genug, begann, sich politisch zu engagieren. "Das Erkennen, dass nicht alles wurscht ist, sondern, dass man sinnvolle Sachen machen kann, das ist meine Motivation, dass ich was Sinnvolles mit Leuten machen kann, und mich dabei selbst weiterbringen kann."

Gedenkdienst habe gleich interessiert, bietet beiden die Möglichkeit, sich intensiv mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und mit ihren bis in die Gegenwart reichenden Folgen auseinander zusetzen. Katharina zieht an ihrer Zigarette: "Mir geht es darum, Leuten Denkanstöße zu geben. Auf der einen Seite mache ich das für mich selbst, weil ich mich in die Thematik vertiefen, im Denken weiterkommen möchte. Auf der anderen Seite würde ich das gern mit anderen Leuten erarbeiten, weil ich von denen sicher auch viel lernen kann und umgekehrt vielleicht auch irgendetwas weitergeben kann, hoffe ich zumindest."

Ob sie sich für Stellen interessiert hätten, die quasi den Männern vorbehalten sind? "Einige Stellen in Osteuropa und Amsterdam oder Südamerika wären schon interessant gewesen", sinniert Johanna, "aber dadurch, dass mir die Stelle in Frankfurt angeboten wurde, hat sich die Frage nie wirklich gestellt." Der Reiz, in ein Land zu gehen, in dem eine andere Sprache gesprochen wird, der war schon bei beiden da: "Das ist schon irgendwie schade, dass wir nach Deutschland gehen und dort keine Verständigungsprobleme haben werden, zumindest sprachlich", lacht Kathi.

Olivia Pfeifer

Absolventin des ipw, freie Journalistin und Mitarbeiterin bei Gedenkdienst Anmeldung und Informationen über das EVS-Jahr oder Gedenkdienst als Auslandszivildienst bei: Gedenkdienst, Treitlstrasse 3, 1040 Wien, Tel & Fax: 01/581-0490, www.gedenkdienst.at, gedenkdienst@gedenkdienst.at

BUNDESMINISTERIN GEHRER:

Inszenierte Realität

Von Birgit Wolf

Schon seit vielen Jahren machen sich PolitikerInnen die Ergebnisse der Kommunikationsforschung zunutze. In Österreich verstand es Bruno Kreisky als erster Politiker den news value (Nachrichtenwert) geschickt im Kontakt zu JournalistInnen einzusetzen. Aus der Forschung wissen wir auch, daß PolitikerInnen nur eine Chance haben, wenn sie sich medienwirksam und als gute KommunikatorInnen präsentieren. So gleichen PolitikerInnen-Auftritte dramaturgisch aufbereiteten Inszenierungen, die mit der Realität kaum noch etwas gemein haben.

Dieser Tage, genau am 1.Oktober 2001 begann das Wintersemester 2001/2002 an Österreichs Universitäten. Das Besondere daran – die Einführung der Studiengebühren, die zu diesem Zeitpunkt in Österreich zum ersten Mal einzuzahlen sind.

Grund genug, daß der populäre Radiosender Ö3 (1.10.01, 15:40 Uhr) dem von der Bundesministerin für Bildung so gern eingesetzten Slogan "Wer zahlt schafft an" aufwärmt. Und Frau Ministerin erdreistet sich, dazu Stellung zu nehmen - und zwar mit folgender Argumentation: Die Studierenden werden sich eben jetzt sehr genau anschauen wie sie behandelt werden. Und wenn sie nicht gut behandelt werden, dann werden sie eben woanders hingehen. Wohin bitte?? Das wurde die Bundesministerin Gehrer leider nicht gefragt!!! Eine gute Inszenierung, um dem dummen Volk eine Realität zu verkaufen, die de facto nicht existiert, von wegen - wer zahlt schafft an!

Denn Bildung ist keine Ware, der Gang zur Universität nicht gleichzusetzen mit dem Gang zum Supermarkt oder Gemischtwarenhandel – denn der nächste Laden liegt schließlich nicht gleich um die Ecke! Eine fixe verpflichtende Gebühr kann nicht mit einem variablen Kaufpreis eines mannigfaltigen Warenangebots verglichen werden.

Zudem wird mit diesem Slogan suggeriert, daß die Verantwortung für die Qualität des universitären Angebots bei den Studierenden selbst liegt – denn "Wer zahlt schafft an". Ein ziemlich billiger Slogan, um sich aus der Verantwortung zu stehlen!!

Doch billig war schon BM Gehrers "5000 Schilling für beste Bildung ist nicht zuviel. Das sind 27,77 Schilling am Tag – das ist weniger als ein kleines Bier für beste Bildung" (in einer Sondersitzung des Parlaments, April 2001). Angesichts der Zustände an den einzelnen Instituten der Universität ein wahrer Hohn! Gehrers Vergleich der Gebühren für universitäre Bildung mit Alkoholkonsum spricht für sich.

Wo bleibt eine medial vermittelte Berichtigung solcher von der Politik kolportierter Slogans – nicht nur im Sinne einer Entgegenwirkung zu den geschickt lancierten Polit-Inszenierungen, sondern auch als Balsam für all jene, die damit einmal mehr verhöhnt werden.

Um Irreführung handelt es sich auch bei medial vermittelten Zahlen zu diesem Thema. Zwar wird kolportiert, daß sich das Verhältnis von Lehrenden zu Studierenden von 1:24 auf 1:16 (Salzburger Nachrichten, "Uni Special", Sept. 2001) senken wird, aber nicht überprüft welche Spitzen dieser Durchschnittswert aufzuweisen hat. PublizistikstudentInnen in Wien zahlen ihre Gebühren für einen Betreuungsschlüssel von 1:100 und darüber – denn wer zahlt schafft an.

Kaum anders präsentieren sich internationale oder europäische Vergleiche, mit denen verschiedenste Tageszeitungen und Wochenblätter uns seit geraumer Zeit mit Zahlen über Studiengebühren aus aller Welt versorgen ("profil extra" vom September, Juni 2001, der Standard bot schon zu Beginn der Debatte über Studiengebühren entsprechende Übersichtstabellen) und Österreich mit 10.000,- pro Jahr gar nicht so schlecht abschneidet. Die Zahlen sind völlig wertlos, werden ihnen nicht auch Indikatoren wie Ausstattung, Betreuungsschlüssel, Anzahl und Dichte der Angebote gegenübergestellt. Schließlich ist es ein Unterschied, ob 25 oder 150 Leute in einem Seminar sitzen, ob dabei ein Sessel oder nur der Fußboden als Sitzgelegenheit dient - um nur ganz banale Beispiele zu erwähnen.

Medienberichterstattung, die der Tendenz zur populistischen Polit-Show und ihres Polit-Starwesens entgegenwirkt, verlangt nach einer schlagkräftigen Enttarnung dieser Slogans und Inszenierungen! Zulassen und Dulden – wo bleibt hier bitte der Biß?

Birgit Wolf Studentin am ipw

Anmerkung:

Zahlen zur Situation am Institut für Publizistik (HUSO Fakultät, v. November 2000): 7561 StudentInnen, 4 ordentliche Professoren, 11 AssistentInnen (vgl. dazu: Institut für Psychologie, annähernd gleiche StudentInnenzahlen aber: 9 ProfessorInnen, 29 AssistentInnen) 60% der Lehrveranstaltungen werden von externen Lektorinnen und Lektoren geleitet, die keine Räumlichkeiten für Sprechstunden am Institut erhalten, wodurch auch kaum Betreuung stattfinden kann.

HS I, der größte Hörsaal des Instituts, fasst 98 Personen

HS II, der zweitgrößte, fasst 40 Personen

Wolken um die Ecke schieben

Der belgische Ratspräsident Guy Verhofstadt konkretisiert seine Pläne für einen europäischen Reformkonvent – und versucht auf die Heterogenität konstitutioneller Gepflogenheiten einzugehen.

Von Franz Fillafer

ls man im Juni 1718 auf der katalanischen Trompetenorgel Ader Kathedrale zu Gent ein te deum aufführte, galt diese Ehrbezeugung, die delectatio morosa, einem denkbar entlegenen Ereignis im Banat, dem österreichisch-venezianisch-osmanischen Friedensschluss in Passarowitz, der eine fremdländische Militärgrenze gegenüber Begehrlichkeiten der Hohen Pforte korrigierte. Bis heute erzeugt diese von 1713 bis in die 90er Jahre des Jahrhunderts politisch-strukturell gemeinsame geschärfte belle epoque habsburgischer Herrschaft in Belgien - freilich ein genuin westeuropäischer, bereits vor der importierten Säkularisierung Josephs II., libertärer Entwicklungsraum - in räumlicher Distanz (und Fluchtungen wie der Vergemeinschaftung der Opferrolle im Nationalsozialismus) eine nachbarschaftliche Intuition, die als Fremdbild europäischer Annäherung, ohne Reflexion eines möglichen Naheverhältnisses bleibt.

Das Planspiel einer europäischen Verfassung setzt aber nicht nur eine transparente "Kompetenzordnung" (eine der populär gewordenen Verhofstadt-Vokabeln), sondern eine Vergleichende Geschichte Europas - und mehr als psychologisierende Längsbilder - voraus, in der Affinitäten und historische Parallelen weit stärker internalisiert werden als bisher. Ein Erzählbild: Wie die Universität von Brüssel, die Nachfolgerin der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften und Schönen Künste, stammt auch die klassizistische Residenz in Laeken, jener Ort, an dem Guy Verhofstadt im Namen der belgischen PräsidentInnenschaft den Europäischen Rat einberu-

fen wird, aus der Erfahrungslandschaft dieses kurzen belgischen 18. Jahrhunderts. Die Form der Konstituante, des im aufklärerischen Rechtsiargon benannten Konvents - der 2002 erstmals zusammentreten und der neuen Regierungskonferenz bis 2004 verbindliche Leitlinien vorgeben soll scheint, wie Verhofstadt gegenüber Libération meint, dem Benelux-Verständnis des unverwässerten Föderalismus zu entspringen: Europas parlamentarische Bandbreite von Mehrkammersystemen, einer mit tony cronies aufgebesserten Adelsrepublik im Staate, bis zu Föderationsgremien und KronrätInnen mit ihren zumeist unbeachtet nebeneinander stehenden Kulturgeschichten politischer Repräsentation will Verhofstadt mittels eines Verteilungsschlüssels definitorisch eingrenzen und "30 VertreterInnen der nationalen Parlamente sowie 15 der Regierungen" berufen, ergänzend dazu "13 RepräsentantInnen der BeitrittskandidatInnen und 26 aus deren Legislativen.(1)" Die Frage der Vorsitzführung ist trotz des präsidentiellen Prärogativs Verhofstadts mehrheitlich zwischen BewohnerInnen von Senior-Innen-Golfreservaten auszuverhandeln, Valery Giscard d'Estaing, letzter rechtsliberaler Präsident Frankreichs und UDF-Begründer wird neben Guliano Amato, Jaques Delors oder Wim Kok genannt.

Sackgassen, Leerstellen und intellektuelle Ausfallserscheinungen gehören also zu einem europäischen Wirkungsverständnis, ebenso wie zur marginalisierten Diskussion über die Kommission. Gerade in Hinblick auf die Ankündigungspolitik eines "europäischen Präsidenten", den Verhofstadt, Kok und Juncker – selbst diese westeuropäische Koppel bietet keinen vollständigen Überblick europäischer Parteiungen – laut akkordiertem Positionspapier "von den Völkern Europas gewählt" sehen wollen.

Der Kommissionsklub, dessen Präsidenten und Hoffnungsträger Romano Prodi, katholischer Sozialdemokrat und sotto-governo-erprobter liberaler Parteigründer (I Democrati), zur EU-Reform immerhin die mangelnde Effizienz des Europäischen Parlaments einfällt, müßte sich - im Fragmentmuster des momentanen realpolitischen Zusammenwirkens in der Union - laut Verhofstadt mit einem Emissär begnügen, während das Parlament 16 Delegierte stellen soll, der Ausschuss der Regionen und der Wirtschafts- und Sozialausschuss jeweils einen.

104 Delegierte (oder dergleichen), das liest sich doch als erstaunlich praktische Handlungsanleitung, zumal gegenüber der sich isolationistisch ausnehmenden Bewusstseinsbildung des realpolitisch routinierten Distanzverlusts vieler RegierungsvertreterInnen, die jene Form der Nebelwerferei erzeugt, wie sie in Louis Michels am informellen Aussenministertreffen von Gymnich paraphierten non-paper föderalistischer Sekundärtugenden Ausdruck findet: Dieses flaggt "erfreuliche Einigkeit" in der "Einbeziehung der BeitrittskandidatInnen, der Repräsentation nationaler Parlamente" und schreibt die Zielvorstellung fest, "einen demokratischen, transparenten und glaubwürdigen Mechanismus ..., in dem sich die Anliegen der europäischen BürgerInnen vor der Regierungskonferenz 2004 bestmöglich widerspiegeln." (2)

Wie deutlich die ministerielle Argumentation für den Konvent der Schadensbegrenzung uneingestandener Misserfolge am Gipfel von Nizza geschuldet ist - den ParlamentarierInnen will Blair in seiner charta of competences neben dem MinisterInnenrat eine dritte Kammer von nationalen ParlamentarierInnern zur Seite stellen, während Jospin in ohrenbetäubendem Schweigen einen ständigen Rat der Vizepremiers mit quasilegislativen Funktionen unter Kuratel Europäischen Räte einbringt -, verdeutlicht erst die Reform-Anwaltschaft des EP, das in Antizipation lähmender Inkonsequenz eigene Programme entwickelte. Der Eurogaullismus, der mittlerweile selbst die gauche caviar befallen zu haben scheint, nähert Jospin ("Europa schaffen, ohne die Nationalstaaten abzuschaffen") Blair intensiver an, als Chirac diesem selbst nach der Sicherheitsdoktrin von St. Malo stand. Westeuropäische Spielarten, unterscheiden sich von der Richtlinienkompetenz, die in der Nobilitierung Gerhard Schröders zum "Föderalisten" per SPD-Leitantrag wirkt, lediglich formal. Auch Joschka Fischers im Rahmen seiner Rede vor Studentinnen und Studenten der Humboldt-Universität mit Legationsratsmiene, präsentierter Vorschlag, sich der Regelung zu besinnen, die noch vor 1979 galt - also direkte Personalunion nationaler ParlamentarierInnen mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments - wurden dortselbst nur falbe Kränze gewunden.

Die Identifikationsbereitschaft mit der zukünftigen europäischen Konstitution, die über die Punktationen eines von Blairs Beratern als Schmerzgrenze definierten, juristisch unverbindlichen basic treaty (in diesem Weichspülerformat hätte sich vermutlich selbst der "common sense revolutionary" William Hague wiedergefunden) hinausreicht, existiert neben der Benelux-Trias bestenfalls in den differenzierten Positionen der portugiesischen und spanischen Regierungen: convention oui trugen Iiñigo Méndez de Vigo, ein konservativer Abgeordneter und der portugiesische Sozialist António Seguro bereits in der ersten Lesung

ihres dem Europäischen Parlament präsentierten Berichts zum Vertrag von Nizza (3) am Revers - eines Berichts, der beredtes Zeugnis der Willensbildung im Parlament ist, jenem disfunktionalen Straßburger EP-Neubau mit Tatlinschen Qualitäten: Ziel der überwiegenden Fraktionsmehrheiten von SozialdemokratInnen, Konservativen und Liberalen ist eine gewaltenteilige Neuorganisation der Europäischen Union, die nicht nur die Ablösung der Kabinettsdiplomatie Europäischer RätInnen, sondern auch den sukzessiven Transfer der exekutiven und Richtlinienkompetenz der Kommission an eine Europäische Regierung einschließt - selbst die europäischen Geschichtspolitiken werden sich ändern müssen.

Franz Fillafer Student am ipw und Redaktionsmitglied

Fußnoten:

(1) Guy Verhofstadt im Gespräch mit Libération, 12. August 2001 (2) Louis Michels non-paper fand sich am 27. Oktober 2001 auf der Website des britischen Aussenministeriums, www.fco.gv.uk/europe/michel.html (3) Der Bericht wurde mit 338 Ja- gegen 98 Nein-Stimmen angenommen, Der Standard, 6. Juni 2001

Gastprofessor am ipw WS 01/02

David Wayne Parsons

e-mail - Interview

Im Wintersemester 2001/2002 ist David Wayne Parsons Gastprofessor am Institut für Politikwissenschaft. Parsons ist Professor für 'Public Policy' und Leiter des Instituts für Politikwissenschaft am Queen Mary College der Universität von London. Er ist auch Direktor der 'Public Policy Research Unit' und des 'Graduate Programme in Public Policy'. In Wien leitet er im Rahmen von Blockveranstaltungen zwei Seminare aus Vergleichender Politikwissenschaft. Veröffentlichungen (Auszug): The Political Economy of British Regional Policy (1988), The Power of Financial Press: Journalism and Economic Opinion in Britain and America (1989-90), London as a World City (1989), Public Policy: An Introduction to the Theory and Practice of Policy Analysis (1996), Keynes and the Quest for a Moral Science: A Study of Economics and Alchemy (1997). Weitere Veröffentlichungen zu den Themen Politik, Wirtschaft und Public Policy sind geplant.

What are your main fields of research?

My main fields of research involve in broad terms the study of public policy, and political economy. Currently I am working on an approach to strategic policy making and am desperately trying to complete a new book on new theories and practices in public policy. One day, if I find the time - who knows - I would like to spend some time writing about an Austrian economist who had such an influence on me: Leopold Kohr. Another project on the go is a study of Keynes and Hayek, the two great rivals of twentieth century economics.

The list of your publications reveals that one focus of your research is the relationship between politics and economics. Why is this combination so important to you?

Economics is important. In fact it is so important that it really cannot be left to economists. One of the problems with so much of modern economics is that it is overly dominated by the use of mathematics and a silly desire to imitate physics. My own economics is still very much influenced by Keynes in this regard. This means that economic policy problems have to be placed in a political context. Economic ideas have a considerable influence on political discourse, and so it is vital to understand the relationship between ideas, institutions and political interests.

The courses you are giving in Vienna are "Analysing Public Policy. An Introduction." and "Managing the Public Sector: A Comparative Perspective". What are the objectives of these courses?

They aim to introduce students to how we can understand and explain the policy making processes in advanced societies, and how governments seek to implement and manage their policies. In the case of public policy I want students to understand how problems are constructed, how they become items on the policy agenda, how decision making takes place and how policies are implemented and evaluated (phew!!). As for public management, I am very concerned to explore how ways of thinking about managing the public sector are increasingly being shaped by the ideas and language of the (global) corporate sector.

How would you characterize the distinctive roles political science plays in Austria compared to Great Britain?

In truth I do not know enough about Austria. I think that in Britain the only time the general public gets to listen to a political scientist is during an election, or when they get an area specialist to comment on a particular country. For the most part political science in European countries is small compared to the USA. The big difference is that US government is far more open, and political scientists tend to get more involved in politics and government than they do in Europe.

You have already spent a week at the university in Vienna. What are your impressions concerning the university, the institute, the students, ...?

I had a terrific time. I have to teach a lot in such a short space of time, but I like the university and the institute very much. I hope it is the start of a beautiful friendship! Of course, the way things are organised in British universities is so very different. You seem to be involved in far more independent modes of study, whereas British students experience a far more prescribed scheme of study. The norm is that students complete their first degree in 3 years. Those that do not, are rather exceptions to the rule. Here getting a degree seems to take much longer. That must be very expensive. But, I may not quite understand the system. I'll learn. The University of Vienna is of course very famous and it is a great honour to be asked to teach here. As for the students: I have been most impressed. The students on my courses are all very bright, lively and interested in the issues. Where I come from, Wales, we use the same word - in Welsh - to describe learning and teaching (dysgu). It means to learn and to teach. In learning we teach and in teaching we learn. A teacher is also a learner. I must say that I learnt so much from my students in Vienna. I hope they also learnt a little from me.

As you have certainly noticed it is the first semester that students in Austria have to pay study fees. This measure is a very controversial one and causes lots of protests. What do you think about these discussions?

Well, I was opposed to their introduction in Britain by the Blair government. I argued they do not work, and they haven't. They are fundamentally unfair since they are really a tax - but a tax which is the same for the rich and the less rich and the poor. I know that if my parents had to pay fees, there would have been no way I could have gone to university. They have served to discourage participation amongst certain groups. So, fees are not the solution, they are the problem. Higher education is expensive, but fees are a very crazy way of paying for it. We need to look at the wider issue of funding for higher education. I believe that students should contribute to paying for their education, but fees are unfair and inefficient. You might like to know that the Blair government is likely to abolish them. The Scots have decided not to use them, the National Assembly in Wales is not happy, and the London government has come to realise that other ways have to be found. Good luck in your campaign to change your education policy.

Thank you very much for the interview!

Das Interview wurde von **Monika Mayrhofer** geführt Studentin am ipw

www.political-science.at DissertantInnen-Initiative www.political-science.at DissertantInnen-Initiative

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere Seite www.political-science.at hat sich in den letzten Wochen deutlich weiterentwickelt. Schön langsam kommen wir unserem Ziel näher, die Leistungen von DissertantInnen der Politikwissenschaft in Österreich sichtbar zu machen ... was ich persönlich gerade zu dem Zeitpunkt, wo wir zum ersten Mal für die Rahmenbedingungen unserer Arbeit ZAHLEN müssen, für besonders wichtig erachte.

Besonders möchte ich auf folgende vier Bereiche hinweisen:

laufende Dissertationen: www.political-science.at/dissertationen/index.htm

Abschlüsse: www.political-science.at/abschluesse/index.htm

DissertantInnen-Seminare: www.political-science.at/diss-seminare/index.htm

Forschung: www.political-science.at/forschung/index.htm

In all diesen Bereichen haben wir mittlerweile einiges zusammengestellt, aber es fehlen uns noch viele Informationen von anderen Dissertations-BetreuerInnen, laufende Dissertationsprojekte, Publikationen, Erfolgsstories (Abschlüsse) von anderen – die ja schließlich auch als Vorbilder dienen, etc.

Wenn ihr also Euer eigenes Dissertationsprojekt vorstellen wollt, von einer interessanten abgeschlossenen Dissertation in Politikwissenschaft wisst oder sonst etwas beitragen könnt, wäre das wunderbar!

Ich hoffe, bald von vielen zu hören :-)

Birgit Weiss

birgit.weiss@political-science.at

 $www.political\text{-}science. at \quad Dissert ant Innen-Initiative \quad www.political\text{-}science. At \quad Dissert ant Innen-Initiative \quad www.political \quad Dissert ant Innen-Initiative \quad www.political \quad Dissert ant Innen-Initiative \quad www.political \quad Dissert ant \quad Diss$

EINMAL ANDERS

– "das Projektseminar"

Von Vedran Dzihic

lle Studierenden der Politikwissenschaft machen im Laufe ihres Studiums die Erfahrung eines "gewöhnlichen", auf ein Semester beschränkten Seminars. Das sogenannte "Leben nach dem Seminarende" reduziert sich dabei oft auf das anonyme Verfassen der Seminararbeiten in den eigenen vier Wänden und schlussendlich auf den feierlichen Akt des Abholens der Scheine. Ein gewisses Feedback auf die geschriebenen Arbeiten gehört mittlerweile bei vielen LehrveranstaltungsleiterInnen zum Standard, leider aber noch immer nicht bei allen. Kann man die Post-Seminar-Phase auch anders gestalten?

Im Sommersemester 2001 fand unter der Leitung von Prof. Helmut Kramer und meiner tutorialen Mithilfe ein "Projektseminar" zum Konflikt im Kosovo statt. Diese Lehrveranstaltung entstand aus einem sehr lebendigen und dynamischen Seminar im Bereich der Internationalen Politik im Wintersemester 2000/2001 zum Thema "Der Kosovo-Konflikt", an dem etwa 35 Studierende teilnahmen. Das Projektseminar stellt einen didaktischen Versuch dar, die Lern- und Kommunikationsprozesse in politikwissenschaftlichen Seminaren über den üblichen Zeitraum eines Semesters auf zwei Semester auszuweiten. Im Gegensatz zu einem "Normalseminar" standen im Projektseminar einerseits die Auseinandersetzung mit bereits verfassten Seminararbeiten und andererseits eine offene und intensive Diskussion mit Studierenden im Mittelpunkt. Durch die systematisch-kritische Beschäftigung mit den vorliegenden Arbeiten konnte in Verbindung mit zusätzlichen theoretischen und inhaltlichen Inputs die sozial- und politikwissenschaftliche Analysekompetenz im Bereich der Internationalen Politik wesentlich vertieft und erweitert werden. Auf diesem Wege konnten die Studierenden auf eine dynamische und interessante Art und Weise die für die Diplomarbeitsphase notwendigen Kompetenzen erwerben.

Neben der inhaltlich-theoretischen Vertiefung in der analytischen Beschäftigung mit den Ursachen und Problemdimensionen des Konflikts um den Kosovo lag ein weiterer Schwerpunkt des Projektseminars in einer Diskussion und einer Art Workshop über Probleme der Form und der technischen Gestaltung von Seminar- und Abschlussarbeiten in der Politikwissenschaft. Weiters wurde durch die Moderation der Seminarstunden durch jeweils zwei SeminarteilnehmerInnen versucht, den Studierenden die Bedeutung der sozial-interaktiven und kommunikativen Aspekte in der Vermittlung und Diskussion von Wissen in der universitären Lehre bewusst zu machen

Der eigentliche Höhepunkt dieses zweisemestrigen Seminars war eine große Diskussionsveranstaltung mit Studierenden aus dem Seminar selbst und mit Frau Christine von Khol (langjährige Korrespondentin für "Die Presse" und die "NZZ" im ehemaligen Jugoslawien, Buchautorin und Herausgeberin der Zeitschrift "Balkan/Südosteuropäischer Dialog"). Diese sogenannte "Go-Public"-Veranstaltung fand am 06.11.2001 im Rahmen der Vorlesung "Einführung in die Internationale Politik" bei Prof. Kramer vor ungefähr 500 Studierenden statt. Sie war ein gelungener Versuch, die Ergebnisse eines politikwissenschaftlichen Seminars einer breiteren studentischen Öffentlichkeit zu präsentieren. Durch die Kurzreferate von Alexander Koller ("Identitätskonstruktion als Konfliktstrategie"), Christiane Prorok ("Leadership - Ibrahim Rugova"), Rastislav Bachora ("NATO-Krieg"), Arben Hajrullahu ("Zukunftsperspektiven des Kosova" - vorgetragen von Vedran Dzihic) und Predrag Jurekovic ("Internationales Krisenmanagement in Mazedonien"), die anschließende Kommentierung der Kurzvorträge durch Christine von Khol und eine interessante Diskussion mit Studierenden gelang es uns, ein für alle Beteiligte anregendes Projektseminar mit einem spannenden und öffentlichkeitswirksamen Event zu beenden.

> **Vedran Dzihic** Tutor und Doktorand am ipw

SICHERHEITSPOLITIK AUF

ÖSTERREICHISCH

Von Wolfgang Braumandl

sterreich hat sich im Jahr 2001 eine neue Sicherheitsdoktrin als verteidigungspolitischen Leitfaden gegeben. Dieser verteidigungspolitische Leitfaden wurde von ExpertInnen im Landesverteidigungsministerium und des Außenministeriums erstellt, wobei die Sicherheitsdoktrin auf den Erkenntnissen des gescheiterten Optionenberichts der vorigen Regierung aufbaut. Meines Erachtens reflektiert die neue Doktrin zwar die aktuellen sicherheitspolitischen Gegebenheiten in Europa, dennoch ist ihre NATO-Option zu "kurzsichtig". Aber auch das Verteidigungsbudget von lediglich 0,8 Prozent/BIP ist nicht geeignet, um eine "progressive" Ausrichtung unserer Sicherheitspolitik in Bezug auf nationale und supranationale Bedrohungsbilder zu erreichen. Die argumentative Begründung dieser Kritikrichtung liegt darin, dass die neue Doktrin integrationspolitische Fortschritte der Europäischen Union ausklammert, wodurch gleichzeitig eine "europäische" Lösung, z.B. eine umfassende Einbindung Österreichs in die WEU-Strukturen keine Berücksichtigung finden kann. Darüber hinaus wird die Diskussion um die Finalität der Union ebenfalls negiert.

Auch wenn die Bundesstaat-Option, wie sie vom deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder im April 2001 forcierte wurde, nicht ganz so schnell realisiert werden wird, so ist doch sicher, dass die EU in naher Zukunft militärische Kompetenzen herausbilden kann. Damit ist natürlich keine europäische, militärische Allianz mit imperialistischen Vorgaben gemeint. Vielmehr sind regionale Konflikte und einzelne Bedrohungsszenarien das kommende Haupteinsatzspektrum einer europäischen "Friedenstruppe". Wie immer man die militärische EU-Komponente auch nennen mag, sei es eine "schnelle Eingreiftruppe" oder eine "Krisenreaktionseinheit" ist im Endeffekt vollkommen irrelevant. Relevant ist die Tatsache, dass mit dem militärischen Arm der EU eine "Armee" geschaffen wird, die in rechtlicher Hinsicht bereits legitimiert ist. Mit dieser "Armee" können Ziele verfolgt und erreicht werden, wobei eine "intelligente" Anwendung militärischer Möglichkeiten durch nachrichtendienstliche Elemente unterstützt werden muß. Doch bis die EU nachrichtendienstliche Kooperationsstrukturen herausbildet, werden wohl Jahre vergehen.

Bedauerlicherweise erkennen nur WissenschafterInnen, sachkundige Persönlichkeiten und manche PolitikerInnen, dass es ohne moderne Aufklärung und Analyse keine kohärente und effektive EU-Außen- und Sicherheitspolitik geben kann. Sicherlich können PolitikerInnen und VerhandlungsführerInnen im diplomatischen Dienst der

EU-Kommission Verträge aushandeln, sie können jedoch keine essentiellen vergemeinschafteten Politikpräferenzen verfolgen, weil ihnen dazu die Expertisen fehlen. Die EU wird ohne eine effektive nachrichtendienstliche Kooperations- und Analysestruktur nur suboptimale Ergebnisse erreichen und hinter den Erwartungen seiner BürgerInnen zurückbleiben, die sich mehr als nur "faktische" Präsenz auf internationalem Parkett von Brüssel erwarten.

Österreich hat aber genau diese "faktische" und "realistische" Sichtweise in seiner Sicherheitsdoktrin implementiert, und diese Sichtweise wird von den PolitikerInnen ohne große Diskussion - und ohne die Doktrin zu hinterfragen - zur Kenntnis genommen! In Österreich sollte es möglich sein, ein Landesverteidigungsbudget von wenigsten 1,4 %/BIP zu mobilisieren, sodass zur Planung von strategischen Studien ein "ExpertInnennetzwerk" etabliert werden kann. Zur Zeit fehlen in der Sicherheitsdiskussion auch demokratiepolitisch wichtige Rahmenereignisse, wie z. B. ein breit angelegter öffentlicher Diskurs und die Erkenntnis, dass wir in Österreich primär für einen europäischen, sicherheitspolitischen Regulierungsansatz eintreten können, und zwar auch dann, wenn ihn die "Großen" der EU nicht, oder noch nicht, wollen. Österreich könnte so (wieder) einmal "Weitsicht" auf EU-Ebene beweisen. Doch in dieser heiklen Sache fehlt der österreichischen Regierung und ihren verantwortlichen AkteurInnen ein wenig das "Selbstbewusstsein". Österreich ist ein Land mit legitimen Interessen und Ideen, und diese Interessen und Ideen müssen auch auf EU-Ebene protegiert werden.

> Wolfgang Braumandl Dissertant am ipw

Privatisierung ^{und} Ausgliederung: Ein

Einstieg: "Mehr privat, weniger Staat!" in Österreich

eit der Machtübernahme der rechts-konservativen ÖVP-FPÖ Regierung ist der öffentliche Sektor in Österreich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch unter Druck. Unter dem Motto Österreich neu regieren! haben ÖVP und FPÖ angekündigt, den Staat auf seine Kernfunktionen zu beschränken. Eine aus namhaften ExpertInnen bestehende Kommission unter Leitung des renommierten Verfassungsrechtlers Bernhard Raschauer hat die derzeitigen Aufgaben des Staates einer kritischen Analyse unterzogen. Als Mittel einer Neudefinition des Staates werden, wie noch nie zuvor, Privatisierungen und Ausgliederungen (1) vorangetrieben. Ziel ist nicht nur ein weiträumiger Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, sondern auch eine komplette Entschuldung der Staatsholding ÖIAG im Hinblick auf das angestrebte Nulldefizit.

Mit all diesen Reformen reiht sich nun auch Österreich in die lange Liste der Staaten ein, die die Größe und den Umfang ihres öffentlichen Sektors kritisch in Frage gestellt und daraufhin neu definiert haben. Heute wird umgesetzt, was unter anderem Bundeskanzler Wolfgang Schüssel in den achtziger Jahren in einer Reihe von Publikationen gefordert hatte: Getreu dem Motto "mehr privat, weniger Staat" vertraut mensch heute verstärkt auf die Selbständigkeit des Marktes im Rahmen staatlicher Regulierung.

Grund genug, diese Politik einer kritischen Analyse zu unterziehen. Wie erfolgreich sind die Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung zur Reduktion des staatlichen Einflusses in der Wirtschaft, insbesondere die Privatisierungs- und Ausgliederungspolicies? Welche Motive stecken hinter diesen? Und welche Ergebnisse

bringt ein Vergleich der Policies mit denen, die in den Niederlanden (einem Staat, der Österreich in vielem sehr ähnlich ist) getroffen wurden? Diese Fragen habe ich versucht, in meiner Diplomarbeit (2) zu beantworten. Dieser Aufsatz soll nun der Versuch sein, eine breitere akademische Diskussion darüber anzuregen.

Motive und Ursachen für einen Rückzug des Staates

Die Staaten der westlichen Welt stehen seit Anfang der 80er Jahre unter erheblichem Druck. Einerseits werden sie enorm gefordert. Viele neue Entwicklungen (z.B. ein immer unsicherer Arbeitsmarkt und die Pensionsproblematik) zwingen sie, sich vermehrt sozial zu engagieren. Auf der anderen Seite wird dieses Engagement (vor allem auf Grund finanzieller Zwänge) immer schwieriger. Einige WissenschafterInnen sprechen bereits von einer "Intervention Trap" (3) bzw. Legitimitätskrise, in der sich viele Staaten befinden. Die Herausforderung der letzten zwanzig Jahre war es somit, neue und vor allem bessere Wege der staatlichen Leistungserfüllung zu finden, ohne deren Kosten anwachsen zu lassen. Oder, wie es der ehemalige US-Vizepräsident Al Gore formulierte: "Do more, with less!"

In diesem Umfeld aus vermehrten Ansprüchen an den Staat und gesunkenen finanziellen Möglichkeiten lassen sich drei Motive für die Neudefinition des öffentlichen Sektors durch die Privatisierung öffentlicher Unternehmen und die Ausgliederung von Verwaltungseinheiten unterscheiden. Zum ersten politische Motive (4), die die genannten Prozesse als geeignetes Mittel erscheinen lassen, die Erwartungen der BürgerInnen an den Staat auf Dauer zu senken und die Machtverteilung innerhalb der Gesellschaft zu verändern. Zum zweiten institutionelle Motive (5), die die Prozesse als Symptome einer staatsfeindlichen Mode bzw. Resultate der Politik der EU erscheinen lassen. Und zum dritten wirtschaftliche Motive (6), die die genannten Prozesse als geeignetes Mittel erscheinen lassen, gemäß der Public Choice-Theorie, die das sogenannte Principal-Agent-Problem auszuschalten. In meiner Diplomarbeit habe ich versucht zu ergründen, welche Motive für die Privatisierung der P.S.K. und der niederländischen Postbank sowie für die Ausgliederung der ÖBB und der Nederlandse Spoorwegen ausschlaggebend waren.

Privatisierung und Ausgliederung in Österreich und den Niederlanden

Es hat sich gezeigt, daß für Privatisierungen und Ausgliederungen in beiden Staaten nicht nur ein Motiv ausschlaggebend gewesen ist. Es war in allen vier untersuchten Fällen ein Mix aller drei Motive, der die Staaten zur Privatisierung und Ausgliederung entschließen hat lassen. Es ist jedoch interessant, sich die Gewichtung der Motive näher anzusehen.

So hat es sich gezeigt, daß politische Motive eine prominente Rolle gespielt haben. Privatisierung und Ausgliederung sind vor allem ein politisches Mittel, um die Erwartungen an den öffentlichen Sektor zu senken und die Machtstrukturen in der Gesellschaft nachhaltig zu verändern. Auch müssen Privatisierung und Ausgliederung als Symptome eines staatskritischen Trends gesehen werden. Mensch kann sie sogar als Anzeichen einer politischen Mode, privatwirtschaftli-

der Schlüssel zum besseren Staat? Diskussionsanstoß

Von Philip Marcel Karré

che Lösungsansätze vor staatlicher Intervention zu bevorzugen, bezeichnen. Ebenso hat das wirtschaftliche Motiv eine Rolle gespielt. So kann mensch Privatisierung und Ausgliederung als Versuch sehen, den schädigenden politischen Einfluß in der Wirtschaft zu beschränken. In vielen Fällen wurde dieses Ziel jedoch nur kaum oder nur wenig erreicht.

Anregungen zur Diskussion: Privatisierung und Ausgliederung als Lösung der Probleme des Staates?

Meiner Ansicht nach kann mensch sehr eingehend über die Sinnhaftigkeit von Privatisierung und Ausgliederung diskutieren. Und mensch muß es sogar auch. Als Anregung zur Diskussion hier meine Meinung: Die Privatisierung von öffentlichen Unternehmen durch deren Verkauf an den privaten Sektor scheint mir persönlich, einige große Vorteile zu bieten. So ist sie ein gutes Mittel, den Staat und seine Einflußnahme in der Gesellschaft neu zu definieren. Eine solche Neudefinition ist zwingend durch die Überladung des Staates, die ihn nicht nur bei der Erledigung seiner Kernaufgaben lähmt, sondern auch das Entstehen einer Legitimitätskrise in den Bereich des Möglichen rückt, notwendig geworden. Ich persönlich sehe auch keine etwaigen Vorteile, die dem Staat auch heute noch aus dem Besitz öffentlicher Unternehmen erwachsen könnten. Im Gegenteil stufe ich die Gefahr einer Legitimitätskrise und die damit verbundenen Probleme als sehr beunruhigend ein. Zudem besteht die Gefahr, daß starke Staaten sich zu sehr in das Leben ihrer Staatsbürger einmischen. Ein Staat, der es als seine Aufgabe sieht, seine Bürger wie

Kinder an die Hand zu nehmen und sie auf diese Weise durchs Leben zu begleiten, kann nicht erstrebenswert sein.

Kritischer sehe ich den Trend, öffentliche Leistungen durch hybride Organisationen, wie Quangos (7) erfüllen zu lassen. Zwar geben Politiker-Innen vor, Verwaltungseinheiten auszugliedern, um deren Effizienz und Effektivität zu erhöhen. Neuere Studien haben jedoch gezeigt, daß diese Ziele nicht erfüllt werden und die Einrichtung von Agencies für politische Ziele mißbraucht werden kann (8). Eine Neudefinition des Agency-Konzepts erscheint mir somit notwendig.

Ich möchte meine Meinung jedoch keinesfalls als eine Absage an den Staat an sich und eine zu euphorische Sichtweise des Marktes mißverstanden wissen. Selbstverständlich können und dürfen sich Staaten niemals aus ihrer Verantwortung als Ordnungsmacht für die Gesellschaft stehlen. Sie sollten sich jedoch anstatt Unternehmen zu besitzen auf eine der Aufgaben besinnen, die sie am besten können: die Regulierung.

Ich hoffe, daß dieser Artikel Auslöser einer regen öffentlichen Diskussion im Politix und einer genauso fruchtbaren persönlichen Diskussion sein wird. Für letztere stehe ich gerne unter privatisierung@karre.at zur Verfügung.

Philip Marcel Karré

Über den Autor: geboren 1978, Studium an den Universitäten Wien und Rotterdam, Absolvent des Institut für Politikwissenschaft. Forschungsschwerpunkte: (New) Public Management, Erfüllung öffentlicher

Leistungen durch hybride Organisationen

Fußnoten:

- (1) Um Begriffsverwirrungen vorzubeugen: Ich definiere Privatisierung als die Übereignung öffentlichen Eigentums an Private und Ausgliederung als die Entscheidung, öffentliche Leistungen fortan von Quangos, also hybriden Organisationen, erfüllen zu lassen.
- (2) "Die Motive für die Privatisierung öffentlicher Unternehmen und die Ausgliederung von Verwaltungseinheiten in Österreich und den Niederlanden", eingereicht im Juni 2001 unter der Betreuung von Prof. Herbert Gottweis
- (3) Vgl. z. Bsp. Noordegraaf, Mirko (2000): Attention! Work and Behavior of Public Managers amidst Ambiguity, Eburon, Delft
- (4) Vgl. Feigenbaum, Harvey/Henig, Jeffrey/Hamnett, Chris (1999): Shrinking the State. The Political Underpinnings of Privatization, Cambridge University Press (5) Vgl. Powell, Walter W./DiMaggio, Paul J. (1991): The new Institutionalism in Organizational Analysis, University of Chicago Press
- (6) Vgl. Douma, S./Schreuder, H. (1998): Agency Theory, in: Douma, S./Schreuder: Economic Approaches to Organisations, Prentice Hall, Seiten 99 – 122
- (7) Quasi non-governmental organisations (quasi nicht-staatliche Organisationen) sind Teil der öffentlichen Verwaltung, verhalten sich jedoch nach Regeln, die aus der Privatwirtschaft stammen. Daher werden sie auch als hybride Organisationen bezeichnet
- (8) Vgl. van Thiel, Sandra (2000): Quangocratization. Trends, Causes and Consequences, ics dissertation, Utrecht und Leitsmüller, Heinz/Rossmann, Bruno (2001): Ausgliederungen aus dem öffentlichen Bereich (= Band 21 der Schriftenreihe Arbeit, Recht und Gesellschaft), AK Wien

Gefährliche Märchen

"...und nur, weil in den USA die jüdische Lobby die Fäden der Macht in der Hand hält, gibt es Israel und die Juden noch...."

Von Angela Slateff

iese Worte richtete ein anonymer Österreicher vergangenen März in einem Brief an die Israelitische Kultusgemeinde (IKG). Dort werden in einem kleinen Büro, dem "Forum gegen Antisemitismus", diese und ähnliche Drohbriefsendungen seit einigen Jahren in Mappen gesammelt, deren Umfang stetig – jedoch besonders zu Wahlkampfzeiten – zunimmt.

Im Rahmen eines Seminars am Institut für Politikwissenschaft beschäftigte ich mich mit dem Mythos der "Jüdischen Weltverschwörung" und deren Bedeutung für aktuelle antisemitische Tendenzen in Österreich. Ziel meiner Untersuchung war es, aus aktuellen Drohbriefen an die IKG bestimmte, über viele Jahre tradierte antisemitische Stereotypen und Ängste herauszufiltern, die immer noch in den Köpfen mancher ÖsterreicherInnen existieren und in den letzten Jahrzehnten durch moderne Verschwörungsmythen eine neue Dimension erhalten haben.

Hinter dem Glauben an sogenannte Verschwörungstheorien läßt sich oft eine Unzufriedenheit und ein Gefühl der Ohnmacht und des Unvermögens des Einzelnen erkennen, die individuelle Situation zu ändern und die einem vermeintlich zustehenden Rechte geltend zu machen. Der Verschwörungsgläubige sieht sich also in der Situation eines Ausgelieferten an "die da oben" und sucht Schutz in einer Gemeinschaft vermeintlich Gleicher, aus der eben jene "da oben" ausgeschlossen werden müssen. Im Suchen nach Schuldigen und dem Glauben an weltweite, bösartige Netzwerke, die die Geschicke der Welt leiten, findet eine Person mit antisemitischen Einstellungen daher die nötigen Rechtfertigungen und Argumente für die eigene Situation.

In den Drohbriefsendungen an die IKG ließen sich im wesentlichen drei Überbegriffe finden, die in Verbindung mit dem Bild "Jude" vermehrt in Erscheinung traten, nämlich Assoziationen mit Geld, Mord und Betrug. Jeder dieser drei Begriffe wurde mehrmals mit unterschiedlichen "Argumenten" zu belegen versucht, wobei sowohl historische als auch aktuelle Fragen zu deren Untermauerung herangezo-

gen wurden. Unter dem Begriff Mord beispielsweise wurden sowohl die Titulierungen "Mörder von Jesus Christus" als auch "Palästinensermörder" gebraucht. Eine Quasi-Beweisführung dieser Vorurteilsbilder erfolgte hier oft anhand aktueller Presseberichte: So wurde das Bild des "Kindermörders" mit Zeitungsfotos blutender Kinder aus dem Nah-Ost-Konflikt wiederbelebt und somit als bewiesen hingestellt.

Eine ebenfalls auffallend häufige Assoziationskette könnte mit dem Begriff der Unmenschlichkeit beschrieben werden: Juden werden anhand von Tiermetaphern degradiert bzw. auch nebulos als "Kreaturen" bezeichnet, womit ihnen die Menschlichkeit gänzlich abgesprochen wird. Auch der Begriff der Gefahr trat häufig auf, die als vermutete Bedrohung für Gesellschaft, Staat, Kinder oder die eigene Persönlichkeit erlebt wird.

Deutlich wurde auch ein "Denken in Gemeinschaften", d.h. das explizite Beschreiben von Freund-Feind-Verhältnissen, wobei die Unterscheidung hier sowohl nach kulturell-religiösen als auch nach politisch-staatlichen Aspekten getroffen wurde. Es erfolgt also eine Polarisierung innerhalb der Welt, ein dichotomes Denken nach Freund/Feind, Wir/Die Anderen, Juden/Nichtjuden-Unterscheidungen, wobei die Zugehörigkeit bzw. Nicht-Zugehörigkeit von keinen eindeutigen Eigenschaften bestimmt wird, sondern jeweils nach spontanen emotionalen Zuteilungen erfolgt. Charakteristisch hierfür ist jedoch, daß die eine Gruppe niemals der anderen angehören kann, da diese sich ja meist gegenseitig bedingen.

Bei vielen SchreiberInnen trat auch eine solidarische Haltung mit Angehörigen des eigenen Staates – also anderen ÖsterreicherInnen – zu Tage, das ich als verkehrtes Kollektiv-Schuld-Bekenntnis bezeichnen möchte. Es erfolgte hier nämlich sehr wohl eine Identifikation mit Österreich und dessen (Nazi-)Vergangenheit, was aber dazu benutzt wurde, einen starken Gemeinschaftssinn innerhalb Österreichs zu erzeugen und sich in der Masse – im "wir" – gegen "die anderen" zu stellen und sich dort sicher und gut aufgehoben zu fühlen.

In Hinweisen auf eine "jüdische Weltverschwörung" war besonders der Ausdruck "Lobby" auffallend oft gebraucht. Man spricht also nicht mehr direkt von einer "Verschwörung" im klassischen Sinn, da das Wort scheinbar an Aktualität verloren hat, sondern benennt nun ein altes "Phänomen" mit einem modernen Begriff. Auch in Wirtschaft und Politik wird heute von Lobbyismus gesprochen, wenn es darum geht, Vorgänge zu beschreiben, in denen bestimmte Gruppen Interessen durchzusetzen versuchen. Eine Parallele zu der klassischen Verschwörung besteht darin, daß es sich bei den Akteuren einer Lobby um eine Gruppe handelt, die nicht direkt in der Öffentlichkeit agiert und auch nicht unmittelbar an leitender Stelle in Wirtschaft und Politik erscheint. Darüber hinaus weist der Begriff der "Lobby" - im Gegensatz zu Vereinen oder anderen offiziellen Gemeinschaften - auch auf eine Gruppe hin, deren Größe, örtlicher Positionierung und Mitglieder nicht genau bestimmbar sind. Auch die Lobby ist also von Geheimnis umgeben und die alte Theorie der Weltverschwörung zeigt sich hier im neuen Kleide.

Mythen, wie jene der "jüdischen Weltverschwörung", dienen einer vereinfachten Darstellung der Welt und dem Faßbar-Machen von Vorgängen außerhalb des unmittelbaren persönlichen Bereichs. Sie sind in gewissem Sinne Märchen, da sie die Welt vereinfachend in Gut und Böse einteilen und uns erzählen, wie es hätte sein können. Sie sind gefährliche Märchen, da sie unter Verzicht auf sprachliche Sensibilität Eingang in unseren Alltag finden und es einer Erziehung zu Kritikfähigkeit und einer besonderen sprachlichen Aufmerksamkeit bedarf, um zu verhindern, daß Worte töten können.

Angela Slateff Studentin am ipw

Outside it's AMERICA

Von Johannes Leibetseder



Bereits zum 15. Mal besuchte eine StudentInnengruppe des Instituts für Politikwissenschaft im Mai 2001 unter der Leitung von Professor Schütz-Müller das Headquarter der Vereinten Nationen in New York. In zahlreichen Briefings gewannen wir faszinierende Einblicke in die aktuellen Aufgaben und Probleme der Organisation. Einige (subjektive) Highlights daraus werde ich im folgenden skizzieren:

Credo "Dezentralisierung". Er hält sein Büro mit 20 Mitarbeitern bewusst klein und gibt den Departments jene Selbständigkeit zurück, die sie unter seinem glücklosen Vorgänger Boutros-Ghali verloren haben. Als Chefdiplomat der einzig globalen Organisation mit universellem Aufgabenbereich konzentriert sich Annan auf zwei Punkte: Er versteht sich als "Brücke", als Vermittler zwischen Kriegsparteien

Stichwort Menschenrechte

Kaum ein Thema wurde kontroversieller diskutiert als die Universalität der Menschenrechte. Sind sie nun idealistische Werte der Menschengemeinschaft oder doch knallharte Machtinstrumente vorwiegend westlicher Staaten? Eine Vertreterin aus dem Büro des Hochkommissariats für Menschenrechte betonte die metaphysische UN-Interpretation der "human rights". Demnach müßten alle

Länder, bei allem Respekt vor kulturellen und religiösen Unterschieden, zumindest gewisse gemeinsame Mindest standards einhalten. Ein Beispiel wur-

de uns von UNIFEM (Beteiligung der Frauen) berichtet: Ein field-office konnte eine afrikanische Ethnie davon überzeugen, dass das grausame Ritual der Beschneidung von jungen Mädchen schwere Körperverletzung ist. Seither wird die-

Ein enger Mitarbeiter und Ghostwriter von Kofi Annan hob die exzellente Arbeit seines Chefs hervor. Annan, der für viele Be-

obachter der



beste Generalsekretär seit Dag Hammarskjöld ist, profitiert vor allem davon, dass er in der Organisation groß geworden ist und somit mit allen Prozessen, Mechanismen (und Intrigen) bestens vertraut ist. Auf bürokratischer Ebene lautet sein (Nigeria, Mittlerer Osten) und als Sprecher für die Menschenrechte. Durch seine kluge Diplomatie ist der Ghanese eine "moral authority" in der internationalen Politik, seine Wiederwahl gilt schon als gesichert.

ser kulturelle Brauch in dieser Ethnie nur mehr symbolisch durchgeführt.

Durch die Errichtung des International Criminal Court (ICC) will man all jene Menschen belangen, die sich fun-Menschenrechtsverletdamentalster zungen schuldig gemacht haben (Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Genozid). Anders als der ICJ (International Court of Justice) in Den Haag, dessen Jurisdiktion auf Staaten beschränkt ist, könnten hier erstmals Einzelpersonen angeklagt werden. Der ICC ist rein komplementär, er tritt nur auf den Plan, wenn nationale Gerichte unwillig oder unfähig sind, gegen solche Verbrechen vorzugehen. Bis das Römer Statut in Kraft tritt, müssen aber erst 60 Länder ratifizieren. Derzeit haben dies erst 29 Länder gemacht (von den permanenten Sicherheitsrat-Mitgliedern erst Frankreich).

Ein ewiges Thema ist auch die Reform des Sicherheitsrates (SR), der in seiner derzeitigen Zusammensetzung wohl nicht mehr repräsentativ ist für die Welt, in der wir leben. Der SR-Experte kam zu dem eindeutigen Fazit, dass dieses Organ nicht reformierbar ist, zu viel Macht steht auf dem Spiel. Es ist unwahrscheinlich, dass die Mitglieder der "perm five" auf ihr Veto verzichten werden, um eine solche Reform durchzuführen. Ein italienischer Diplomat meinte etwa zu einer möglichen Aufnahme Deutschlands: "Why Germany? We also lost the war!" Der SR-Experte machte aber einen interessanten Vorschlag: Die nichtständigen Mitglieder sollten über mehrere Perioden laufend wiedergewählt werden dürfen, somit könnte jede Region durch Absprache ein quasi-permanentes Mitglied stellen.

Selim Jahan, Vertreter des Human Development Reports, definierte den Begriff "Entwicklung" als "enlargement of people's choices". Demnach basiert der Bericht nicht auf den klassischen volkswirtschaftlichen Indikatoren wie BIP oder Inflationsrate, sondern auf den drei Säulen Lebensdauer, Lebensstandard und "knowledge". Damit wird bewusst vom Imperativ "Wachstum um jeden Preis" abgegangen, im Mittelpunkt stehen die Lebensumstände der Menschen. Auffällig ist bei den jährlichen Berichten, dass auch ärmere Länder relativ gut

abschneiden, wie etwa Costa Rica. Jahan: "If there is a South in the North, there is a North in the South".

Abseits von den UN-Briefings konnten wir noch einer Vorlesung auf der renommierten Columbia University beiwohnen. Ebenfalls am Programm stand ein Besuch bei der Außenhandelsstelle der Wirtschaftskammer, beim österreichischen Kulturinstitut und der ständigen Vertretung Österreichs bei den Vereinten



Nationen. Nach zwölf unterhaltsamen und lehrreichen Tagen in Manhattan ging es dann weiter nach Washington, um die Weltbank und den Internationalen Währungsfond zu besuchen. Den Abschluss bildete die historische Stadt Williamsburg, wo wir nach dem Organisationsmarathon noch einmal richtig ausspannen konnten.

Eine Hauptfrage bei den unterschiedlichen Departments und Organisationen war natürlich: "What about George?", also die Frage, wie die UN-Politik der neuen Administration aussehen wird.

Besonders bei UNDP (Development Program) blickte man eher skeptisch in die Zukunft, hatte doch der neue Präsident genau während unserer Reise den Ausstieg aus dem Kyoto-Prozess angekündigt. Ebenfalls während unserer Reise verschärften sich in Mazedonien die Unruhen zwischen den albanischen ExtremistInnen und der mazedonischen Armee. Ausgerechnet Mazedonien, das Musterbeispiel für erfolgreiches UN-Peacekeeping, die einzige Teilrepublik Jugoslawiens, die ohne Blutvergießen ihre Unabhängigkeit erhielt. Was war passiert? Die hiesige Friedensmission hatte – wie üblich ein Mandat über 6 Monate und musste dann wieder durch einen Beschluss des SR verlängert werden. Bisher war es Usus, dass sich die ständigen Mitglieder im SR auch dann der Stimme enthalten, wenn ihnen die Mission nicht mehr so genehm ist. Im Fall Mazedonien brach jedoch China dieses "Gentlemen's Agreement" und legte ein Veto gegen die Verlängerung ein. Warum? Mazedonien hatte bilaterale Kontakte zu Taiwan aufgenommen.

Auch wenn bei vielen UN-Briefings immer viel idealistisches Pathos mitschwang, muss man bei allen wichtigen internationalen Angelegenheiten, sei es jetzt Umwelt-, Sicherheits- oder Entwicklungspolitik die zwei fundamentalen Gretchenfragen stellen: Wer zahlt, und wem nützt es? Zu oft wird das realistische Postulat "the world is ruled by force, not by law", bestätigt.

Abschließend möchte ich mich im Namen aller TeilnehmerInnen noch einmal bei Professor Schütz-Müller und seinem Bruder Ingolf für die exzellente Organisation und fachliche Begleitung bedanken. Eine derartig umfassende Exkursion ist auf der Universität Wien – und überhaupt österreichweit – einzigartig. Das sinnliche Kennenlernen der einzelnen Organisationen und Departments, abseits vom reinen Buchwissen, ist für das weitere Studium von unschätzbarem Wert.

Johannes Leibetseder Student am ipw

HUMBOLDT

kehrt

zurück

ine neue Privatuniversität bei Berlin versucht, den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts mit der Bildung des "ganzen Menschen" gerecht zu werden. Eine Sommeruni machte den Anfang.

Stephan Gutzeit hat noch viel vor. Der 32-jährige Stanford-Absolvent will in Berlin eine Universität etablieren, die auf der Basis der Liberal Arts nicht nur SpezialistInnen produziert, sondern "flexible, praxisorientierte aber wissenschaftlich geschliffene GeneralistInnen" hervorbringt. Als Vorbild gelten dem Gründer des European College of Liberal Arts (ECLA) dabei die einschlägigen Colleges in den USA, die auf der Basis des Humboldtschen Bildungsideals das Ziel des "wellrounded human being" anstreben, dem die Konzentration in einer jeweiligen Fachrichtung folgt. ECLAs zweite Internationale Sommeruniversität, welche einen "intensive course in structured liberal education" beinhaltete, brachte das Projekt ein Stück weiter auf diesem Weg.

Great Books

"European Intellectual History" hieß vereinfacht die Überschrift der englischsprachigen Ferienakademie, bei welcher sich 80 StudentInnen, kommend aus 28 Ländern und verschiedenen akademischen Gebieten, 6 Wochen lang mit den großen Namen aus Ideengeschichte, Philosophie, Kunst und Literatur beschäftigten - ein Curriculum der "großen Bücher" sozusagen. Jede dieser Wochen war dabei durch einen spezifi-

schen Themenschwerpunkt gekennzeichnet, welcher wiederum mit entsprechenden AutorInnen und deren Konzeptionen gefüllt wurde. So wurden zum Beispiel unter "Reason and Morality" Werke von Kant. Bentham. Goethe. Humboldt und Musil behandelt. und in der Woche darauf versuchte man zu klären, was Hegel, Kafka, Burke, Herder und Nietzsche zu "Historicism and Community" zu sagen haben. Vorgegangen wurde dabei immer nach dem gleichen Schema. Vormittags jeweils eine Vorlesung eines Gastprofessors zur Lektüre des Tages, welche anschließend von den StudentInnen in Kleingruppen zusammen mit den "Assistant Professors" in der Diskussion genauer analysiert wurde. "Es geht nicht darum, Theorien auswendig zu lernen, sondern zu verstehen und zu erklären, wie Theorien entstehen", meinte dazu Erika Kiss, Literaturwissenschaftlerin in Oxford und eine der 9 jungen Assistant Professors, die allesamt in den USA oder Großbritannien studiert haben. Es wurde versucht, mit dem Vorteil der Kleingruppen, im sokratischen Diskurs in scheinbar unabhängig voneinander bestehenden Texten Gemeinsamkeiten im Prozess des Denkens, in der Formulierung von Fragen und in der Erstellung von Lösungen zu finden. Sprich: ein Analyseinstrument zu entwickeln, das auch fächerübergreifend aus verschiedenen Disziplinen die relevanten Informationen herausfiltern und nutzen kann.

Nietzsche und Kubrick

Dabei wurde wertgelegt auf problemzentriertes Lernen und darauf, Strukturen, Antworten die darauf gegeben werden und deren Konsequenzen erkennen zu können und sich dieses Vorgehen für die Erfassung der Gegenwart dienlich zu machen. So wurde Adam Smiths Freiheitskonzept mit Honoré de Balzacs "Père Goriot" in Verbindung gebracht, Nietzsches Ansichten zur Moral Dostojewskijs "Notes from the underground" und Stanley Kubricks "Lolita" gegenübergestellt oder versucht, Walter Benjamins Thesen zur Geschichtsphilosophie in Franz Kafkas Kurzgeschichte "Josephine" wiederzufinden. Um dies auch tatsächlich optimieren und schriftlich ausdrücken zu können, wurde jede Woche ein Essay geschrieben, welcher dann im "oneto-one-tutorial" besprochen wurde und danach noch einmal abgefasst werden konnte. Den Abschluss bildete ein "24 Stunden Final Exam Essay", welcher sich allen Themen des Kurses widmen konnte und innerhalb eines Tages verfasst werden musste. Weitere akademische Aktivitäten wie Workshops zu Kant, Hegel und Darwin oder Referate von Wirtschaftsvertretern über "How is it to be an entrepreneur?" oder "Gender inequality in the workplace" machten das Programm gedrängt und intensiv, vor allem weil die Abende meistens mit dem Lesen der Texte verbracht wurden.

Backsteinhäuser und der Nationalstaat

Man war bemüht, das Verhältnis zwischen ProfessorInnen und StudentInnen so förderlich wie möglich zu gestalten. Es wurde

nach

gemeinsam gewohnt, gegessen

und gefeiert in den mit Efeu

behangenen Backsteingebäuden

eines alten Klinikums in Berlin-

Buch. Ausflüge an die Ostsee, in die Umgebung Berlins, "Art-

EUROPA

Besten. Man ist eben leistungsori-

Bachelor & Master

Ab Herbst 2002 wollen Gutzeit und seine Kollegen dann den Ganzjahresbetrieb aufnehmen. Beginnen wird man mit einem "Foundation Year Programme", welches ähnlich wie die Sommeruniversität organisiert sein wird, jedoch umfangreicher und aus 3 Trimestern, einem Mini-MBA (4 Wochen Kurs in "applied economics") und einem 2monatigen bezahlten Internship bei einem deutschen Unternehmen bestehen wird. Danach will man Bachelor- und Master-Programme anbieten, welche aufbauend auf der "Structured Liberal Education" Vertiefungen in verschiedenen Fächern ermöglichen sollen. Unter anderem in:

- -) Symbolic Systems (Computer Science, Media Studies, Cybernetics),
- -) Math and Economics,
- -) Humanities (Philosophy, Comparative Literature) und
- -) Social Studies (Politics, History, Economics)

Dem Menschen dienen

Die ECLA-AbsolventInnen sollen in der Lage sein, starre Grenzen zu überwinden, und dabei wissenschaftliche, politische und wirtschaftliche Fähigkeiten vorweisen können. Denn, so Gutzeit: "Wer auf die Fragen einer globalisierten Welt Antworten geben will, braucht Leute mit Mehrfachkompetenzen. Wichtig dabei ist, dass Politologen, Ökonomen und Naturwissenschaftler gemeinsam disku-

Von Stephan Johannes Wabl

tieren, sodass eine fächerübergreifende Problemlösungskompetenz vorhanden ist, die dem Menschen dient."

Stephan Johannes Wabl Student am ipw und Absolvent der ECLA Sommeruniversität 2001

European College Of Liberal Arts (ECLA)

www.ecla.de
Aufnahmekriterien Sommeruniversität: entsprechender Lebenslauf und Englischkenntnisse sowie das Verfassen von 3 Kurzessays
Kosten: 2.450 € (wobei 50-60% der StudentInnen Stipendien in unterschiedlichen Höhen

erhalten haben).

Aufnahmekriterien für die Ganzjahresprogramme stehen noch nicht genau fest. Kosten: 8.000-10.000 € pro Jahr (ebenfalls mit umfassendem Stipendienwesen).

Bewerbungen für die Sommeruniversität 2002 und das darauffolgende Ganzjahresprogramm sind ab Anfang 2002 möglich.

Lectures" in den Berliner Museen sowie Fußballspiele am ECLA-Rasen mit Jusstudenten aus China, ÖkonomInnen aus Oxford, Philosophen aus Freiburg und zwei begabten Assistant Professors verliehen den Wochen einen gewissen Campus-Flair. Darüber hinaus fand im Rahmen einer "ECLA Nation State Lecture Series" in der historischen Humboldt-Universität allwöchentlich eine Gastvorlesung zu verschiedenen Aspekten des Nationalstaates statt. So referierten unter anderem der Historiker Charles S. Maier (Harvard) über Veränderungen in der Konzeption des "Territory" sowie der Stanford-Politologe Steven Krasner seine Überlegungen zum Thema "Sovereignty". Bei der Abschlussfeier, die im klassischen Commencement-Stil gehalten wurde, äußerte dann noch Josef Joffe, Mitherausgeber der "Zeit" und selbst im Kuratorium von ECLA, den Wunsch, dass das College und seine Idee ein "magnetisches Modell" für die (zumindest) deutsche Hochschulpolitik werden solle. Die Zeugnisse und die transferierbaren Credit-Points wurden von Gutzeit und dem diesjährigen Präsidenten der Sommeruniversität, dem Soziologen Steven Lukes (NYU), welcher später noch mit den StudentInnen eine Jam-Session am Klavier hinlegte, persönlich überreicht. Nicht alphabetisch, sondern nach Ergeb-

nissen und mit Buchpreisen für die

Vom Postfaschismus zum Ein Kongreßbericht

or dem Hintergrund des Erfolges der FPÖ in Österreich, zunehmender antisemitischer und rassistischer Anschläge sowie einer in der BRD durch die rotgrüne Bundesregierung forcierte, auf einen selbstbestimmten Autoritarismus zielende Kampagnenpolitik fand am 27. und 28. April 2001 in Wien der zum Teil von der StrV Politikwissenschaft, dem Kritischen Kreis und anderen Gruppen organisierte Kongreß "Vom Postfaschismus zum demokratischen Faschismus" statt. Während in der Protestbewegung gegen die blau-braun-schwarze Bundesregierung in Österreich manche Haider als Antidemokraten bekämpfen und ihm mitunter auch seinen Rassismus und Antisemitismus vorwerfen, aber beharrlich über Staat und Kapital schweigen, wissen andere zwar etwas über Kapital und Staat zu sagen, schweigen dafür aber umso beharrlicher über Österreich und die deutschösterreichische Volksgemeinschaft. Den Veranstaltern des Kongresses ging es darum, Kapital und Staat als Voraussetzungen jeder Ausgrenzung und Diskriminierung zu kritisieren, aber eben auch die Spezifik der österreichischen und deutschen Täter- und Täterinnengemeinschaft ins Visier zu

Nach einleitenden Bemerkungen der Veranstalter zu den Begriffen im Titel des Kongresses referierte Johannes Agnoli, emeritierter Professor für Politikwissenschaft, über Unterschiede zwischen Nationalsozialismus und italienischem Faschismus sowie über mögliche zukünftige Entwicklungen der politischen Form. Den NS sieht Agnoli partiell außerhalb der kapitalistischen Logik, während der italienische Faschismus dieser Logik stets verpflichtet geblieben sei. Er habe

anders als der NS keine Ideologie der Volksgemeinschaft gekannt, sondern eine Ideologie der Neutralisierung der Klassenverhältnisse, in der die Klassengegensätze nicht geleugnet werden. Während in Deutschland die Gewerkschaften verboten wurden, bestanden sie in Italien in modifizierter Form fort, um zu einer Institutionalisierung der Klassengegensätze zu gelangen. In der Gegenwart sieht Agnoli ein Ende des nationalen Binnenmarktes und bedingt dadurch ein allmähliches Ende des Nationalstaates gekommen - eine Einschätzung, die in der anschließenden Diskussion auf vehementen Widerspruch stieß. Der Staat garantiere grundsätzlich die gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen des Kapitals. Darauf sei auch der heutige internationalisierte Kapitalismus angewiesen. Die Weltmarktgesellschaft werde nicht zu einem neuen Faschismus führen. Die bisher bekannten Demokratien, die Agnoli als konstitutionelle Oligarchien charakterisierte, werden zwar formell fortbestehen, aber auf Weltmarktebene werde sich vermutlich eine härtere politische Form mit Strukturelementen des Faschismus herauskristallisieren.

Ulrich Enderwitz aus Berlin skizzierte ausgehend von einer allgemeinen Bestimmung des Verhältnisses von Gebrauchs- und Tauschwert in der kapitalistischen Gesellschaft die Transformationen, die der Staat vom 16. bis ins 20. Jahrhundert hinein bezüglich seiner Funktion als Organisator des Konsums durchgemacht hat. Der nationalsozialistische Staat habe sich als Großkonsument hoffnungslos verschuldet und sich allein schon dadurch selbst in den Krieg getrieben. Der politisch-funktionale Faschismus sei das Präludium für den ökonomisch-strukturellen Faschismus nach

1945 gewesen. Der Postfaschismus ist nach Enderwitz durch drei Strategien geprägt, die der Nationalsozialismus zur Krisenbewältigung entwickelt hat: die Vereinigung von Kapital und Arbeit, die Konstruktion öffentlicher Feinde und die Inszenierung von Großveranstaltungen.

Uli Krug und Clemens Nachtmann von der Berliner Zeitschrift "Bahamas" kritisierten die Verwendung des Begriffes "demokratischer Faschismus" als Entgegensetzung zum Postfaschismus und versuchten, die Kontinuität der "faschistischen Epoche" von Hitler bis Haider herauszuarbeiten. Krug führte aus, daß ein faschistischer Anti-Etatismus wie der neoliberale Faschismus Haiders heute keiner faschistischen Partei im klassischen Sinne bedürfe. Als Basis eines erneuerten Bündnisses zwischen Mob und Elite ortete er eine "negative Integration", einen gemeinsamen Willen zum Unglück. Der Postfaschismus wird von Krug als gesellschaftlich internalisierter und habitualisierter Faschismus begriffen. In seiner gegenwärtigen schlanken Gestalt sei der zu verteilende Kuchen im Vergleich zum korporatistischen Postfaschismus geschrumpft, während das Maß der Internalisierung des Faschismus im je einzelnen gewachsen sei. Mit Bezug auf Horkheimers Text "Die Juden und Europa", in dem der Wandel des Kapitalismus von Liberalismus in Faschismus und damit die Übersetzung des planlosanonymen Marktgeschehens in unmittelbare Herrschaft treffend charakterisiert werde, beschrieb Krug die aktuellen Entwicklungen als Wiederholung: Herrschaft solle wieder unmittelbar werden, diesmal allerdings individueller und flexibler ausgestaltet.

DEMOKRATISCHEN FASCHISMUS

Von Stephan Grigat

Nachtmann führte aus, daß sich der Faschismus auf der Grundlage der modernen bürgerlichen Gesellschaft bewegt habe, als deren Resultat der Volksstaat, die Einbeziehung der Massen in die Politik anzusehen sei. Den Nazis sei bewußt gewesen, daß Krisenlösungsstrategien nicht mehr am Volk vorbei funktionieren können und hätten daher die Bedingungen der Massendemokratie zum Volksgemeinschaftsstaat radikalisiert. Im faschistischen Volksgemeinschaftsstaat komme die Demokratie zu sich selbst. Das Subjekt der Demokratie, das Volk, radikalisiere sich zur Selbstmordsekte, die vor dem Suizid den anderen die Hölle auf Erden bereitet. Die freie Entscheidung zur Unfreiheit - Quintessenz der Demokratie - werde zum allgemeinen Prinzip erhoben. Im Postfaschismus gebe es nicht nur eine personelle, sondern auch eine institutionelle Kontinuität zum NS. Die Barbarei sei nicht beendet, sondern nur suspendiert worden. Die Rede vom Postfaschismus sei aber ihres kritischen Gehalts zusehends beraubt, da der postfaschistische Staat einerseits in Auflösung begriffen sei, während zugleich am Ende der faschistischen Epoche bestimmte Züge dieser Epoche wieder aktuell würden. Im Augenblick der Schrumpfung des Sozialstaats sollen nach Nachtmann die Subalternen an ihrer Ohnmacht aktiv mitwirken dürfen. Anders als früher fordern heute alle Fraktionen des Staatspersonals direkt-demokratisches Engagement ihrer BürgerInnen. Es komme zu einer eine demokratische Barbarei einleitenden Dauermobilisierung mit immer neuen Feindbildprojektionen, deren Auswahl von staatlicher Seite zunehmend beliebig erfolge.

Heribert Schiedel, Mitarbeiter des Dokumentationsarchivs des österrei-

chischen Widerstands in Wien, charakterisierte den österreichischen Normalzustand als einen durch Antisemitismus. Rassismus und Autoritarismus geprägten. Der "Österreicher" - verstanden als Idealtypus – sei das positive Vexierbild seiner Projektionen. Die stereotype Beschaffenheit der Projektionsfläche "Jude" begründe die Identität des "Österreichers". Im Projektions- und Abgrenzungsvorgang bilde sich völkische Gemeinschaft, die im Unterschied zur bürgerlichen Gesellschaft jedes rationalen Gründungsmomentes entbehre und statt dessen als natürlich gewachsen erscheint. Soziale Konflikte würden in Österreich nicht als Interessenkonflikte wahrgenommen, sondern als Versuche von Fremden, die Gemeinschaft zu zersetzen. Um das Spezifische am von Schiedel so bezeichneten "österreichischen Syndrom" herauszuarbeiten, hob er die besondere Form der ideologischen Vergesellschaftung in Österreich hervor. Unter Bezugnahme auf Kategorien aus der Sozialpsychologie führte Schiedel aus, daß bei der Konstruktion der österreichischen Nation als Opfergemeinschaft die pathologische Gruppenbildung auf Verdrängung und Leugnung basiere. Diese abwehrende Reaktionsweise ziehe jenen kollektiven Zwang zur Realitätsflucht und Stereotypenbildung nach sich, der die ÖsterreicherInnen charakterisiere.

Simone Dinah Hartmann aus Wien kritisierte den Demokratieidealismus der österreichischen Protestbewegung gegen die FPÖ-ÖVP-Koalition, der den offensichtlichen Zusammenhang zwischen rassistischer Ausgrenzung und demokratischer Verwaltung verschleiere. Die sich als Zivilgesellschaft Verstehenden und die volkstreue Linke würden auf einen anschlußfähigen Protest setzen, der ver-

sucht, den von Gerhard Schröder proklamierten "Aufstand der Anständigen" ins Österreichische zu übersetzen. Die Forderung nach vorzeitigen Neuwahlen entspräche dem Wunsch nach einer rotgrünen Regierung, deren Staatsrassismus man in der BRD besichtigen könne. Rassismus und Antisemitismus seien in der Protestbewegung nicht nur unzureichend thematisiert, sondern zum Teil selbst praktiziert worden.

Stephan Grigat Dissertant am ipw

Einige der Kongreßbeiträge werden in der Anfang Juli erscheinenden Nummer 2/2001 der vom Kritischen Kreis herausgegebenen Zeitschrift "Streifzüge" (Kritischer Kreis, Margarethenstr. 71-73/23, A-1050 Wien, streifzuege@aon.at) publiziert werden. Der Freiburger Va ira-Verlag bereitet einen Sammelband mit dem Titel "Transformation des Postfaschismus" vor, in dem alle Referate in überarbeiteter Form gemeinsam mit weiteren Texten zum Thema veröffentlicht werden sollen.

Daniela Ingruber/Martina Kaller-Dietrich (Hg.),

HSK 18, Internationale Entwicklung. Verlag Brandes & Apsel Südwind, Frankfurt am Main 2001

"Mais hat eine Geschichte und schreibt Geschichte"

n dem von Daniela Ingruber und Martina Kaller-Dietrich L herausgegebenen 18. Sammelband der Reihe "Historische Sozialkunde und Internationale Entwicklung", dessen Beiträge im Rahmen einer interdisziplinären Ringvorlesung des MAS- Lehrgangs für Höhere Lateinamerika-Studien verfaßt wurden, wird der (solcherart durchaus als ambitioniert zu wertende!) Versuch unternommen, sich einem Thema wahrlich transdisziplinär, nämlich sowohl in sozial- und geisteswissenschaftlicher, als auch naturwissenschaftlicher Hinsicht, anzunähern. Soviel sei bereits an dieser Stelle verraten: Dieses Unterfangen kann (anders als so viele vor ihm) jedenfalls als ein geglücktes solches bezeichnet werden, da sich der Band vor allem durch seine unterschiedlichen Disziplinen geschuldeten und damit naturgemäß heterogen gestalteten Zugangsweisen auszeichnet, wodurch (auch thematisch eher nicht bewanderten LeserInnen) Einblick in die verschiedenen Aspekte der Nutzung und Geschichte dieser jahrhundertealten Kulturpflanze gewährt wird.

Mais ist, in seiner Eigenschaft als das nach Weizen und Reis drittwichtigste Getreide der Welt und ob der Tatsache, daß sich in der Geschichte dieser Pflanze die asymmetrischen Machtverhältnisse zwischen "Norden" und "Süden" eindrucksvoll manifestieren, für eine eingehendere Auseinandersetzung nahezu prädestiniert —

eine Auseinandersetzung, die zumindest in diesem Kontext so selbstverständlich nicht ist, wie sich vor allem daran ablesen läßt, daß bis dato eigentlich noch keinerlei Aufarbeitung der alltäglichen Ernährung in Verbindung mit dem Kolonialismus zu verzeichnen ist.

In ihrem Beitrag "Mais - Ernährung und Kolonialismus" hält Martina Kaller-Dietrich, Historikerin an der Universität Wien, fest, daß dem Mais heute vor allem als Wirtschaftsfaktor eine gewichtige Rolle beizumessen sei - dies wiederum vorwiegend in den USA, wo er bereits das Überleben der Pioniere als Grundlage der bis zu diesem Zeitpunkt subsistenzorientierten Landwirtschaft gesichert hatte. Hierbei können, wie die Autorin ausführt, wohl die 30er Jahre des 19. Jahrhunderts als Zäsur geltend gemacht werden, da zu diesem Zeitpunkt erstmals damit begonnen wurde, überschüssiges Getreide gezielt an Rinder zu verfüttern - eingedenk der Tatsache, daß für den Erhalt eines Kilogramms Fleisch sechs Kilogramm Mais erforderlich sind. läßt sich der Fleischverzehr damit wohl tatsächlich "als konzentrierte Form des Maiskonsums verstehen."

Diesem erweiterten Bedarf Rechnung tragend, erfuhr die Anbaufläche eine Steigerung von 21,1 Millionen Hektar im Jahre 1866 auf 41 Millionen 1930, wobei bereits 20 Jahre zuvor 80% der Ernte

für die Tiermast verwendet worden waren. Dies ist insofern von Bedeutung, als damit erstmals in der Geschichte Rinder in direkte Nahrungsmittelkonkurrenz Menschen traten - der Beginn einer Entwicklung also, die bis dato nicht nur anhält, sondern, wie auch der von Kaller-Dietrich zitierte Jeremy Rifkin (1) konstatiert, unvorstellbare Ausmaße annimmt: "Die Getreidemenge, die in den Vereinigten Staaten an das Vieh verfüttert wird, ist doppelt so groß wie die von Menschen konsumierte [...] Weltweit werden etwa 600 Millionen Tonnen Getreide an Vieh, vorwiegend Rinder, verfüttert. Würde man die Getreideproduktion der Welt statt dessen dazu verwenden, die Menschen zu nähren, würden davon mehr als eine Milliarde Erdbewohner satt werden."

Ungeachtet solcher Überlegungen und damit ganz im Geiste der einstigen Pioniere, die ja die Viehzucht erstmals nach Nordamerika gebracht hatten, wurde, wie Elena Lazos Chavero in ihrem Artikel "Von der milpa zur Monokultur" meint, vor allem von seiten der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) eine Umstellung (südost)mexikanischer Landwirtschaft auf ebendiese angestrebt, wobei diese Entwicklungen seit Mitte der 60er Jahre sehr stark von deren Kreditvergabepolitik determiniert waren - dies selbstredend mit dem Ziel, Kontrolle über Viehproduktion und Viehhandel zu erlangen. So

MAIS.

Geschichte und Nutzung einer Kulturpflanze.

Von Julia Hölzl

erhielt Mexiko 1977 44% des gesamten BID-Landwirtschaftskredits, um den Staat auf diese Weise für die von der USA forcierten Strategie einer verbesserten Versorgung mit billigem Fleisch gewinnen. Diese völlige Umstrukturierung zog jedenfalls, wie Ernest Feder ausführt, einen tiefgreifenden Wandel mit sich: "Es sind die Bauern und die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter, welche Opfer eines immer brutaleren Prozesses werden: die Ausdehnung der Viehwirtschaft in Mexiko zugunsten der Gewinne des ausländischen Kapitals und der internationalen Agroindustrie" (2).

Chavero verweist weiters auf die ebenfalls in den 60er Jahren implementierten, durch ihre naivmerkantilistisch anmutende Tendenz hin zu einer unbedingten Exportorientierung charakterisierbaren "Entwicklungspläne", als deren unmittelbare Folge wohl jener Umstand zu benennen ist, daß Mexiko (als eines der Herkunftsländer des Mais!) seit langem gänzlich von Maisimporten abhängig ist - so wurden bereits 1981 14% des Maisangebots importiert, Ende der 80er Jahre hatte sich dieser Anteil bereits nahezu verdreifacht. Müßig zu erwähnen, daß sich diese Tendenz, wie es auch René Kuppes Beitrag "Biodiversität, Sortenschutz und Mais" zu entnehmen ist, im Zuge des NAFTA-Beitritts vor einigen Jahren noch verstärkt hat, indem dabei in genuin neoliberaler Manier durch staatliche Stützung Dumpingangebote von Importmais möglich gemacht wurden, deren Konsequenz die Zerstörung der Existenzgrundlage

vieler mexikanischer Bäuerinnen und Bauern war. Auch wurden diese dahingehend beeinflußt, neue nordamerikanische Hybridsorten statt der traditionellen anzupflanzen, wie man überhaupt im Bereich der Gentechnologie primär auf den Mais setzt, dem "Lieblingskind der professionellen Pflanzenzüchtung", wie es Kaller-Dietrich nennt. Derzeit kontrollieren etwa 10 transnationale Konzerne (die zynischerweise als "Life Industry" bezeichnet werden) einen Markt im Ausmaß von etwa der Hälfte des gesamten Weltbruttosozialprodukts; hierbei nimmt es weiters nicht wunder. daß der Anteil von Mais an der mit transgenen Nutzpflanzen bebauten Fläche 1988 bereits 30% betrug -Tendenz rasant steigend.

Besonders augenfällige Manifestationen dieses Prozesses sind das bereits 1995 im Rahmen der WTO in Kraft getretene TRIPS (Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights), deren Ziel es ist, in den Mitgliedsstaaten einheitliche Systeme des intellektuellen Eigentumsschutzes zu etablieren (diese also für Erfindungen "auf allen Gebieten der Technik" Patente gewähren sollen) und das AoA (Agreement on Agriculture), ebenfalls - um bei dieser Terminologie zu verweilen - geistiges Eigentum der WTO, weldie Liberalisierungsverpflichtungen der nationalen Agrarpolitiken regelt.

Die eingangs erwähnte Asymmetrie zwischen dem "Norden" und dem "Süden" jedenfalls, die könnte angesichts der eben ange-

zeigten Entwicklung zumindest im Hinblick auf die Nutzung von Mais treffender nicht umschrieben werden als durch die (dem Artikel von Christian R. Vogel et al. vorangestellte) Aussage eines Chol-Bauern aus Chiapas: "Nuestros antepasados nacieron del maiz y nosotros somos de maiz – Unsere Vorfahren sind aus Mais hervorgegangen und so sind auch wir aus Mais."

Julia Hölzl Studentin am ipw und Redaktionsmitglied

Fußnoten:

(1) Jeremy Rifkin, Das Imperium der Rinder. Frankfurt/New York 1994, 74f. (2) Ernest Feder, Vacas Flacas. Ganaderos gordos: las ramificaciones internacionales de la industria del ganado vacuno en México. In: SARH (Hg.), El desarrollo agroindustrial y la ganadería en México. México 1982, 341-365 (343)

Andreas Novy,

Edition Weltgeschichte (Globalgeschichte-Weltsystemanalyse-Lokalgeschichte), Pro Media, Wien, 2001

Andreas Novys beachtliches Brasilien-Buch, das zwischen Mentalitätengeschichte, Sozialgeschichte der Ideen und Entwicklungsökonomie oszilliert

as Rondell der brasilianischen Gesellschaft vermittelt in seinen sozialen Machtverzahnungen, Startkoppeln und Aussichtszellen teilnehmender Beobachtung die Emblematik einer "camera obscura" als Arena, eines zeitlichen und räumlichen Okulars, das der Wiener Professor für Stadt- und Regionalentwicklung Andreas Novy in seiner Habilitationsschrift "Brasilien. Die Unordnung der Peripherie" in Stellungen als "Macht-Raum" und "Raum-Macht" als, "Behälterraum und Netzwerk" definitorisch umreißt: Es gibt keinen zentralen Söller praktischer Sozialdisziplinierung, jedoch zwei strukturierende Konstanten, denen "die lateinamerikanische Theorie ungenügend Rechnung trägt", wobei Novys Hierarchisierung von Machtausübung und Machterfahrung - zu deren Erhellung er Hobbes (den Theoretiker des "Macht-Raums") und Foucault (jenen der "Raum-Macht") kontrapräsentisch im Diagramm einrichtet - aufgrund der mangelnden Unterscheidungen von Raumund Herrschaftsbezügen zweier Autoren aus zwei climates of opinion sanft reduktionistisch anklingt.

In dieser prägnanten Ideengeschichte der Raumentwicklung eines Wirtschaftsgeographen erscheint die Distinktion zwischen dem machtbasierten Organizismus personeller Einverwandlung (zum Leviathan) und der räum-

lich unverrückbaren Statik des Bentham-Foucaultschen Panopticums, "der Dualismus", als Angelpunkt von Novys "dialektische(r) Herangehensweise": "Es gibt eine Dialektik zwischen ökonomischem und politischem Raum; und zwar als Dialektik von Territorium und Verflechtungsraum sowie von der Produktion von Territorium und der Produktion des Verflechtungsraums." Diese, wie Andreas Novy selbst schreibt, an Marx und Foucault orientierte Wissenschaftsprosa trägt die Studie Weichzeichsubkutan, ohne nungs- und Klitterungseffekte zu produzieren, die sich in unreflektiert mimetischen Texten der cultural studies einstellen können. In einem erzählten Essay Franz Schuhs erscheint eine Straße in Berlin, in der - angewandte Dialektik der Raum-Macht - das Café Bleibtreu und das Café Untreu als These und Antithese einander gegenüberliegen, horizontverklammert und verworfen, "Bleibtreu war längst schon geöffnet, während Untreu den zeitigen Gästen von Bleibtreu noch den Eindruck erwekkte, niemals aufzusperren.". Die Wissenschaft ist ein Selbstbedienungsrestaurant.

Mit der brasilianischen Dialektik verhält es sich umgekehrt und dennoch nicht synthetisch, die ökonomischen und politischen Räume werden von denselben Protagonisten bespielt, während "die Anderen" auf Parabasen sozialer Randständigkeit agieren. Novy stellt ein Erzählbild von Sach- und Wortgehalt vor, indem er schreibt, puder bedeute im Portugiesischen "Macht" und "können" (historia als Geschichte und Erzählung). Wer kann, der kann, nämlich Begriffsmonopole institutionell und strukturell ausspannen: "Vielleicht wird auch mittels indianischer Sprachen in Indianerreservaten das abendländische Weltbild vermittelt, und vielleicht steht hinter der Ehe eine Tiefenstruktur der Geschlechterverhältnisse, die noch fortbestehen wird, wenn es schon lange keine Standesämter mehr gibt." Andreas Novys Analysen der "Tiefenstruktur" der stützenden Wechselbeziehungen von Akkumulationsund Regulations-Regimes, die in Gramscis Beschreibung Konsens und Zwang vereinen - sind in der Überwindung der unzukömmlichen Staat-Markt-Differenzierung historisch-geographisch fundiert. Für ihn scheint die Ebene der Mentalitätengeschichte in den Worten Le Goffes, "... die des Alltäglichen und Automatischen [zu sein]", freilich nicht dessen, "was den individuellen Subjekten der Geschichte entgeht, weil es den unpersönlichen Inhalt ihres Denkens ausmacht".

Der Überblicksduktus seiner Arbeit suggeriert ein beschreibendes Verständnis von "Identität, Interesse und Position". Einen mit Worten aus dem 18. Brumaire des Louis Bonaparte eingeleiteten Abschnitt zur öko-

Brasilia. Die Unordnung der Peripherie.

"Von der Sklavenhaltergesellschaft zur Diktatur des Geldes"

Von Franz Fillafer

nomischen, politischen und intellektuellen Machtausübung betitelt Novy "Menschen machen Geschichte und Geographie" auch in der nicht chronologischen, wirtschaftshistorischen Aufbereitung der zwangsbasierten Sklavenwirtschaft, die Andreas Novy als Blende über seine Abhandlung von 500 Jahren politischer Historie (in "Macht-Raum"/"Raum-Macht"-Schemata) legt: "Zwar war Brasilien seit 1500 in einer peripheren Position in den handels-kapitalistischen und fiskalischen Verflechtungsraum des Weltmarktes integriert. Doch nach 1822 [dem Jahr der Unabhängigkeit als Kaiserreich unter dem ehemaligen portugiesischen Thronerben Pedro] muß trotzdem von einem qualitativen Wandel des Machtfeldes gesprochen werden. Die landesinternen Phasenverschiebungen durch die sich verlagernden Konzentrationen der Exportwirtschaft vom Zuckerrohranbau in den nördlichen Provinzen zu den Kaffeeplantagen des Südens, das Zerbrechen des "Zentrum-Peripherie-Nexus" in den 20er Jahren und die Wirtschafts- und Fiskalkrise der 80er Jahre geben Fragen nach Novys Begrifflichkeiten (geschult an der cleavage-Theorie?) und ihre Einverwandlung in die vom Autor eingeführten Kategorisierungen Raum so auch wenn er detailreich jene kleinräumige "Geschichte der regionalen Machtfelder" Rio de Janeros und São Paolos schreibt,

die sein Gesamtbild durchdringt. Insbesondere für die Jahre seit der Konfrontation des "autoritär -messianischen" Collor mit dem unterliegenden Gewerkschaftskandidaten Lula in den ersten freien Präsidentschaftswahlen 1989 gewinnen Novys exemplifizierte Darstellungen der Delegitimierung von Herrschaft und der Fragmentmuster der brasilianischen Gesellschaft in Novys Nationalismus- und Sozialismusbezügen an Transparenz: "1994 erfolgte der endgültige Zusammenbruch des alten Machtfeldes ... Fürs erste schien es 1994, als wäre das Establishment nun endlich bereit, Lula als Präsidenten zu akzeptieren, da sein sozialdemokratisch inspiriertes Programm weit weniger Schrecken hervorrief als das noch viel radikalere von 1989 ... als Ergebnis des Erfolgs der Dollarisierungsund Liberalisierungspolitik kam deren Erfinder, F.H. Cardoso ... fast spielend an die Macht."

Es bedarf, wie er schreibt, eines Veränderungsbewusstseins von den "Rändern der Gesellschaft, seien dies Favelas, indigene Gemeinschaften oder Hip-Hop-Gruppen." In Paretos zentrifugal-zentripetaler Wirkungsdichotomie sieht Andreas Novy die brasilianischen Geschichtszäsuren von Zentralisierung und Dezentralisierung – und ein Desiderat für die Sozialwissenschaften: "Pompöse Widersprüche zeigen sich dann als bloßscheinbare, wenn die treibende

Raum-Macht der Un-Ordnung der Peripherie erkannt wird."

> Franz Fillafer Student am ipw und Redaktionsmitglied

Andreas Novy: Brasilien. Die Unordnung der Peripherie. Von der Sklavenhaltergesellschaft zur Diktatur des Geldes, Edition Weltgeschichte (Globalgeschichte-Weltsystemanalyse-Lokalgeschichte), ProMedia, Wien, 2001, 364,- ATS (26,45 €)

<u>Dieter</u>

"Soziale Bewegungen in Lateinamerika" und

ieter Boris hat in den letzten drei Jahren zwei einführende Werke zu zentralen Fragen lateinamerikanischer Entwicklung verfasst, denen eine klare didaktisch-politische Absicht zugrundliegt: Boris will zeigen, dass der Neoliberalismus der letzten 20 Jahre Lateinamerika nicht die überfällige Modernisierung, sondern einzig eine neue Form der Peripherisierung gebracht hat. In "Soziale Bewegungen in Lateinamerika" erinnert Boris an historische Subjekte, die der elitäre Globalisierungsdiskurs vergessen machen möchte. In "Zur Politischen Ökonomie Lateinamerikas" beschreibt Boris die Kontinuitäten und Brüche in der gegenwärtigen Entwick-

Im Rückblick gesehen passierte in den 70er Jahren in Lateinamerika etwas Bahnbrechendes: Neue Akteure betraten die Bühne und wollten als Akteure gesellschaftlicher Prozesse ernst genommen werden. Stadtteilorganisationen, Basisgemeinden, Mütterclubs und viele andere Basisgruppen organisierten sich an den offiziellen Kanälen der Gesellvorbei. Die Armen durchbrachen die "Kultur des Schweigens" und zwangen die Wissenschaft, ein neues Tätigkeitsfeld zu definieren: die "sozialen Bewegungen". Fünfzehn Jahre später wurden diese Gruppen wieder an den Rand der Gesellschaft zurückverwiesen und fallen nun dem akademischen Vergessen anheim. Dieter Boris hingegen zeigt, über kurzfristige Moden hinweg, dass mit diesem Phänomen der sozialen Bewegungen auch Bewegung in die Sozialstruktur Lateinamerikas gekommen ist. Die neuen sozialen Bewegungen entstanden, nachdem vor allem die stark staatsfixierte Gewerkschaftsbewegung, durch die Militärdiktaturen geschwächt oder zerstört wurden. Besonders anschaulich beschreibt er dies anhand der sandinistischen Bewegung. Boris' Detailkenntnisse, eingebettet in einen soliden politökonomischen Rahmen, machen das Buch gerade an der Stelle zu einer packenden Lektüre, wo er "konkrete Einzelbedingungen und -mechanismen des Sieges einer Guerillaformation" beschreibt (S. 133). Es ist dies ein Lehrstück politischer Bildung. Er widerlegt zu simple machtmechanische Vorstellungen, wonach die "von unten" einfach - militärischen - Druck machten und schlußendlich die "da oben" vertrieben. Von Anfang an stammte der Großteil der sandinistischen Führung aus der Mittelschicht ein Umstand übrigens, der die Leichtigkeit erklärt, mit der gute Teile der Führungsschicht nach der Niederlage 1990 zu individualistischen Lebensstrategien, vor allem als Konsulen-

ten in NGOs und in der internationalen Bürokratie, zurückkehren konnten. In den 1970er Jahren jedoch war diese radikalisierte Mittelschicht, die sich mit Gewerkschaften, Kirchen, Bauernverbänden und Stadtteilorganisationen verbündete, zentral. Radikales Bürgertum und Basisinitiativen waren jeweils auf den anderen angewiesen, um politisch wirksam zu werden und Gegenmacht ausüben zu können. Neben dieser Organisierung von unten war die Spaltung des dominanten Machtblocks im eigenen Land und die uneinheitliche Rolle der internationalen Führungsmacht USA unter Carter entscheidend. Wäre es den Sandinisten nicht geglückt, die "Gruppe der 12", d.h. Teile des liberalen Bürgertums, als oppositionelle Kraft gegen die Somozisten zu gewinnen, wäre ein Sieg sehr schwierig geworden. Es war auch die Ermordung des Gatten der späteren nicht-sandinistischen Präsidentin Chamorra, die 1978 dem Sandinismus einen weiteren Impuls gab. So zeigt dieses Lehrbeispiel, dass Gegenmachtbildung vielfältige Faktoren gleichzeitig umfassen muss. Das strategische Agieren "von unten" hat jedoch den großen Nachteil, dass die Gegenseite eine weit größere Bandbreite an Optionen zur Verfügung hat. Selbst eine Revolution wie die nikaraguanische wäre ohne ein gehöriges Maß an reformistischer

Boris:

"Zur Politischen Ökonomie Lateinamerikas"

Von Andreas Novy

Bündnispolitik nicht möglich gewesen.

Wenden wir uns nun dem neueren Werk von Dieter Boris zu, in dem er die Entwicklung Lateinamerikas in der Weltwirtschaft des 20. Jahrhunderts untersucht. Boris zeigt, dass es die Jahrzehnte von 1930 bis 1982 waren, die Lateinamerika die dynamischste wirtschaftliche Entwicklung, Urbanisierung und Industrialisierung bescherten. Das nationalstaatszentrierte Entwicklungsmodell schuf in wenigen Jahren eine grundlegende Modernisierung Lateinamerikas. Dies ist gerade gegenüber denjenigen festzuhalten, die von der durch die Globalisierung freigesetzte Produktivkraft so beeindruckt sind. Seit 1982 ist erneut der Liberalismus auf dem Vormarsch, wobei Boris die ambivalente Rolle des Liberalismus herausarbeitet. In der Tat stellen wir sowohl am Ende als auch am Anfang des 20. Jahrhunderts eine weitgehend unwidersprochene Vormacht liberalen Denkens in Lateinamerika fest. Die Jahrzehnte von 1930 bis 1980 erscheinen nicht nur als wirtschaftspolitische, sondern auch als ideologische Verirrung. Es sei der Globalisierung gedankt, dass Lateinamerika wieder zur einzig richtigen Theorie zurückkehre und seine wirtschaftliche und politische Ordnung auf Markt und Demokratie aufbaue. Geleugnet wird damit,

dass Lateinamerika bis heute kein einziges Auto, kein Flugzeug und keine Chemieprodukte produzieren würde, hätte es vor 50 Jahren den liberalen Ökonomen geglaubt, die von der "landwirtschaftlichen Berufung" Lateinamerikas, und ihren komparativen Kostenvorteilen in der Produktion von Kaffee, Birnen, Zuckerrohr und Kakao geschwärmt haben. Verschwiegen wird dabei auch, dass die neoliberale Wende 1973 durch den Putsch in Chile eingeleitet wurde, der mehr Markt durch weniger Demokratie verwirklichte. Dieses neoliberale Motto geriet im Zuge der Demokratisierungseuphorie der 1980er Jahre in den Hintergrund. Ende der 1990er Jahre zeigt sich aber, dass die Variante des Liberalismus, die durchsetzen kann, im Zweifelsfall die Ideale des politischen den Zielen des wirtschaftlichen Liberalismus opfert: Fujimoro ist ein Extrembeispiel, aber die Kritik an Menem und Cardoso deutet in die gleiche Richtung.

Dieter Boris beschreibt einen Kontinent, auf dem weiterhin AkteurInnen Geschichte machen. Auch wenn heute die Mächtigen die besseren Karten haben, bleiben soziale Bewegungen und Initiativen von unten Mitspielende, deren Handeln einen Unterschied für den Lauf der Geschichte macht. Auch wenn sich die wirtschaftlichen Aktivitäten auf dem

Globus integrierten, so ist die Einbindung jedes Kontinents durch historisch-geographische Besonderheiten definiert.

Andreas Novy
Professor für Stadt- u.
Regionalentwicklung an der
Wirtschaftsuniversität

Dieter Boris: Soziale Bewegungen in Lateinamerika. Hamburg (VSA-Verlag) 1998. 254 Seiten. 18,40 €

Dieter Boris: Zur Politischen Ökonomie Lateinamerikas. Der Kontinent in der Weltwirtschaft des 20. Jahrhunderts. Hamburg (VSA-Verlag) 2001. 176 Seiten. 13,80 €

BIRGIT SAUER: Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte

remeintlich "neue" Entwicklungen wie Globalisierung oder Regionalisierung lassen in den letzten Jahren wieder vermehrt "alte" Kategorien wie (National-)Staat und Demokratie ins Zentrum politischer und politikwissenschaftlicher Debatten rücken. Nicht zuletzt deswegen, weil diese Kategorien fragwürdig geworden sind oder in Gefahr zu sein scheinen, sondern auch deswegen, weil das Überdenken ebendieser sowohl Erklärungspotential für aktuelle Vorgänge bietet, als auch dadurch neue Denk- und Handlungsmöglichkeiten sichtbar werden.

Einen äußerst spannenden Beitrag zu diesen Diskussionen leistet Birgit Sauer mit ihrer Habilitationsschrift "Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte". Warum besteht gerade jetzt die Notwendigkeit, das schwer fassbare Gebilde Staat mit einem geschlechtersensiblen Licht neu zu beleuchten? Die Gründe dafür sind vielfältig. Zum einen entspringt die Notwendigkeit dafür daraus, dass die Diagnose vom Ende des Nationalstaats eine Fehldiagnose ist, zum anderen ist es an der Zeit, die Geschlechtsblindheit der Politikwissenschaft auch in Bezug auf ihre Staats- und Demokratiekonzepte zu untersuchen, weil damit eine "historisch verfestigte,

politisch immer wieder hergestellte hierarchisierte Zweigeschlechtlichkeit" (S. 16) reproduziert wird. Geschlechterforschung muss den Staat thematisieren, um die Benachteiligung von Frauen sichtbar zu machen. Es bedarf nach Birgit Sauer sowohl einer

geschlechtssensiblen Sicht auf den Staat als auch einer feministischen Staatssicht. Eine geschlechtssensible Sicht auf den Staat soll das Geschlecht des Staats erkennbar machen oder, anders formuliert, es soll damit aufgezeigt werden, mit welchen Mechanismen der Staat hierarchisierte Zweigeschlechtlichkeit und Privilegierung von Männern produziert. Eine feministische Staatssicht ist auch in Zeiten der Globalisierung wichtig, weil, obwohl diese vielleicht eine Transformation des Staates darstellt, dieser noch immer auf den Alltag von Frauen einwirkt und Geschlechterverhältnisse normiert. Ein Ziel der Arbeit ist daher, unter anderem auch, das Ausloten von Handlungs- und Transformationsspielraum in bzw. von staatlichen Strukturen.

Das Zusammenführen von Staats- und Demokratiedebatten ist für die Autorin nicht nur deswegen wichtig, weil die Veränderung von Staaten auch Gefahr und Chancen für die Demokratie bringt, sondern auch weil der Zusammenhang von feministischer Demokratisierung und staatlichen Institutionen kaum thematisiert wurde.

Die Arbeit beginnt mit einer kritischen Betrachtung des Politikbegriffes. Birgit Sauer positioniert sich dabei in der Mitte zwischen einem engen, in der traditionellen Politikwissenschaft verwendeten, Begriff, der dazu neigt, Geschlechterverhältnisse auszublenden, und einem weiten Politikbegriff, wie er von Frauenbewegung und Frauenforschung gefordert wird. Letzteren will die Autorin soweit verengen und zuspitzen, damit er für politikwissenschaftliche Analysen brauchbar wird. Von Monika Mayrhofer

Danach folgt die Skizze eines Konzepts von Politik unter Geschlechterperspektive bzw. von Geschlecht in politikwissenschaftlichen Kategorien. Geklärt werden die Fragen, wie Geschlecht in politikwissenschaftlichen Begriffen eingelassen ist und wie der Begriff "Maskulinismus" verwendet werden wird. Mit diese Begriffsabklärungen schafft sich die Autorin den nötigen Freiraum für die geschlechtersensible Theoretisierung und Analyse von Staatlichkeit und Demokratie.

In weiteren Schritten werden Staatstheorien genauer unter die Lupe genommen, die Dethematisierung von Geschlecht wird in ebendiesen aufgezeigt und der in ihnen eingefrorene Maskulinismus wird aufgetaut. Dadurch wird überprüfbar, ob diese geschlechterforscherische Anschlussstellen aufweisen können. Ein interessanter Nebeneffekt dieser Vorgangsweise ist, dass damit auch ein schematischer Überblick über gängige Staatstheorien geboten wird. Durch diese Vorgangsweise werden brauchbare Bruchstücke freigelegt, die die Autorin mit feministischen Staatsentwürfen und -kritiken konfrontiert. Der aus diesem Zugang resultierende Staat ist ein komplexes und vielschichtiges Gebilde. Zwei Aspekte sind aber zentral: der Aspekt des Diskurses und der institutionelle Aspekt. Birgit Sauer zeichnet das Konzept eines Staates, der

diskursiv Institutionen und Subjekte hervorbringt, die vergeschlechtlicht sind. Der Staat bringt durch Institutionen und Diskurse Geschlechteridentitäten und Geschlechterverhältnisse hervor und – das ist ein zentraler Punkt der Arbeit – diese kreieren wiederum

Die Asche des Souveräns

den Staat.

Was bedeutet die Konfrontation eines solch vielfältigen Staatsbegriffes mit demokratietheoretischen Überlegungen? Es enthüllt die engen Partizipationsformen von repräsentativer Demokratie, die den Partizipationswünschen von Frauen nicht gerecht werden. Es bedarf der Erweiterung aller Ebenen der Partizipation um den Geschlechteraspekt. Partizipationsformen sollten insofern optimiert werden, damit die Partizipationsmöglichkeiten von Frauen verbessert bzw. miteinbezogen werden. Im Anschluss daran werden diese Erkenntnisse an zwei Politikfeldern, der direkten Demokratie und der Gleichstellungspolitik, durchgedacht.

Das Buch schließt mit Überlegungen zu den Diskussionen um die Veränderung von Staatlichkeit im Zeitalter der Globalisierung. Im Zentrum der Analyse der Autorin steht hierbei die Frage, was diese Entwicklungen für den Geschlechterdiskurs heißen und wie diese durch eine geschlechterkritische Linse betrachtet werden können. Das Buch bietet vor allem einen sehr spannenden Zugang zu feministischen, staatstheoretischen Überlegungen und ist ein Muss für alle, die sich mit Geschlechterforschung und den Themen Staat und Demokratie auseinandersetzen.

Monika Mayrhofer Studentin am ipw

Birgit Sauer: Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte. Campus, 2001, um 380,- ATS (27,62 €) im Sekretariat des ipw erhältlich

Zivilgesellschaft Ein Konzept für Frauen?

EINE FEMINISTISCHE KONKRETISIERUNG

Von Doris Arztmann

rauenorganisationen, Widerstandsgruppen, BürgerInneninitiativen, sie alle sind Ausdrucksform politischen Gestaltungswillens einer sogenannten Zivilgesellschaft. Die 20. Frauenringvorlesung "Zivilgesellschaft. Ein Konzept für Frauen?", gelesen im Wintersemester 2000/01, versuchte diesen weitgefassten Begriff analytisch einzufangen und feministisch zu konkretisieren. Was für Anlässe haben Frauen, sich mit Zivilgesellschaft zu beschäftigen? Welche Ideen verbergen sich hinter diesem Konzept? Ist es Garant für gleichberechtigte demokratische Mitbestimmung und Erneuerung oder doch nur Spiegelung und Duplikation patriarchaler Gesellschaftsstrukturen?

Christa Schnabl und Elisabeth Nemeth nennen normative Kennzeichen der Zivilgesellschaft: Es geht um die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Fragen, der Verwirklichung der Freiheit als politischer Freiheit durch Mitgestaltung und Teilhabe unter Achtung von Pluralität. Zivilgesellschaft wendet sich gegen totalitäre Ansprüche einer Regierung oder einer bestimmten Elite und den Versuch, ein alle Lebensschichten durchziehendes, einheitliches Wertesystem durchsetzen zu wollen. Gerade hier sehen die Autorinnen Zivilgesellschaft als Gegenentwurf zu neoliberalen Politiken, mit der Ökonomisierung aller Lebens- und Gesellschaftsbereiche, indem sie "(...) die Unteilbarkeit von Menschenrechten betonen und gegen die Abwertung von sozialen Rechten gegenüber den individuellen Freiheitsrechten auftreten. In der Zivilgesellschaft (...) geht es darum, sich über Konflikte zueinander in Beziehung zu setzen und sich nicht einem angeblichen Gemeinsamen unterzuordnen." (Appel et al. 2001, S.19)

Unter dem Schlagwort "schlanker Staat" versteckt sich die Demontage sozialpolitischer Aktivitäten und Verzicht politischer Gestaltungsmacht zugunsten der Ökonomie mit fatalen Folgen. Entscheidungsmacht wandert zu (meist) männlichen, privaten Kapitalbesitzern ab, vormalige Leistungen des öffentlichen Dienstes (Kinderbetreuung, Altenund Krankenpflege) werden "privaten TrägerInnen" zugeschoben und durch unentgeltliche Frauenarbeit wieder "leistbar". Qualifizierte, durch Gender-mainstreaming geschaffene Frauenarbeitsplätze im öffentlichen Dienst gehen verloren, atypische Beschäftigungsverhältnisse und Lohndiskriminierungen, gerade in der Privatwirtschaft, sind weibliche Arbeitsrealitäten. Die Verherrlichung individueller Leistung führt zu Ausgrenzung von Schwächeren, Minderheiten und Randgruppen. Treffsicherheitsdebatten

rechtsstehender politischer Gruppierungen schaffen das Bild des "Schmarotzers" staatlich garantierter sozialer Rechte und begründen Benachteiligungen mit individuellem Verschulden. Der Mensch ist hauptsächlich LeistungsträgerIn, mobile, flexible, bedürfnislose, marktökonomisch und konkurrenzorientierte AkteurIn. Indem sich das neoliberale Wirtschaftssystem, von staatlicher Regulation befreit, ungehemmt entfalten kann, wird auch informelle Frauenökonomie zu seiner Trägerin, wenn soziale Ungleichheit der Selbstverantwortung von BürgerInnen angelastet wird. Nicht- bis schlechtbezahlte Tätigkeiten von Frauenorganisationen zur Befriedung sozialer Konflikte beschleunigen den Abbau des Sozialstaates und stabilisieren neoliberale Marktwirtschaft, indem sie die Arbeitsmarktsituation entschärfen.

Zivilgesellschaftliche Gestaltungsversuche können aus einer feministischen Perspektive nicht weniger Staat bedeuten, da, wie Birgit Sauer meint, "eine solch undifferenzierte Forderung geradewegs neoliberalen (Sozial-)Staatsabbauern in die Arme läuft."(Appel et al. 2001, S.22) Vielmehr bedingen Staat und Zivilgesellschaft einander, da sich in zivilgesellschaftlicher Auseinandersetzung mit staatlichen Institutionen Herrschaft manifestiert und legitimiert. Um Geschlechtergleichheit in staatlichen Institutionen zu verankern, bedarf es beider: eines steuerungswilligen, nach Egalität strebenden Staates und einer starken, Wirtschafts- und Herrschaftsstrukturen kritisierenden, zivilgesellschaftlichen Frauenbewegung. Sind diese Grundvorraussetzungen nicht gegeben, läuft Frauenengagement in Gefahr, patriarchale Strukturen zu reproduzieren.

Doris ArztmannStudentin am ipw
und Redaktionsmitglied

Broschüre: Zivilgesellschaft. Ein Konzept für Frauen? Eine feministische Konkretisierung. Appel et al., Juni 2001

<u>Diplom</u>

Wir entschuldigen uns dafür, dass die Liste wegen technischer Probleme nicht ganz aktuell ist.

Nachname	Vomame	Thema	Betreuer	Teilgebiet
Bauer	Lucia	Islam und Menschenrechte	Burgl	Internat. Pol.
Breda	Norbert	Exil und Heimat im Nahen Osten am Beispiel der Tscherkessen	Bungl	Internat. Pol.
Buscher	Ann Katrin	Minoity politics in an ethnic-state. The Arab parties in Israel	Burgl	Internat. Pol.
Farwati	Badran-	Stämme, Minderheiten und Religionen am Beispiel Syriens	Bungl	Vergl. Politik
Hauser	Ruth	Jerusalem und Mostar - Ethnisch geteilte Städte im Vergleich	Bunzl	Vergl. Politik
Jakober	Andrea	Ethnische Politik innerhalb der jüdischen Gesellschaft Israels	Burgl	Internat, Pol.
Meyer	Reiner	Die Wahrheitskommission als Möglichkeit des Konfliktmanagement von ethnischen Konflikten. Der israelisch-	Bunzl	Internat. Pol.
	Panagiotis	Die Mittelmeerpolitik der Europäischen Union	Bunzl	Internat. Pol.
schmid	Mafalda	Aspekte der Zivilgesellschaft im Libanon	Burgl	Internat. Pol.
Wagner	Viktoria	The palastinian authority's legal system and the Rule of Law	Bunzl	Internat. Pol.
Yarar	Veli	Kurdische Bewegungen und die Kurdenpolitik der Türkei	Burgi	Internat. Pol.
Eberl	Andrea	Die Rolle der EU im Friedensprozeil von Guatemala	Dietrich	Internat. Pol.
Hasenburger		Interpretation von Frieden und Gesellschaft in Malaysia.	Dietrich	Internat. Pol.
Nahdi	Anwar	Nord-Süd Dialog: Die Haltung Indonesiens nach dem Kalten Krieg	Dietrich	Internat. Pol.
Vögel	Monika	Mythos Zivilgessellschaft. Soziale und politische Organisationen im autoritären Regime und im	Dietrich	Internat. Pol.
Broucek	Severin	Amerika und Europa - Gemeinsames Krisenmanagement von NATO und (W)EU	Gärtner	Internat. Pol.
Brunner	Cecile	Die WEU vom Militärbündnis zum Krisenmanager?	Gärtner	Internat. Pol.
Hohenecker	_	Die Gründungsphase der NATO 1945-1955. Wie wurde die NATO ein Militärbündnis?	Gärtner	Internat. Pol.
Duzyol	Serra	Die Religionspolitik der Türkei 1923 - 1945 und der Laizismus	Gerlich	Vergl. Politik
Friedl	Daniel	Sozialdemokratie in den Zeiten von Globalisierung und Internationalisierung	Gerlich	O. pol. Syst.
Gluderer	Helmut	EU-Förderungsmaßnahmen und dessen Auswirkungen auf Südtirol (Badewesen/Thermalwesen) Automichiente Budestenfell (im Zeichen des Nathensitzenen auf die zuwe Wildenhalte und Wilden anzeigen	Gerlich	Vergl. Politik
Grauer	Marietta	Osterreichische Budgetpolitik im Zeichen der Vorbereitungen auf die europ. Wirttschafts- und Währungsunion	Gerlich Gerlich	O. pol. Syst.
Grill	Michael	Die Neugestalbung sozialdemokratischer Parteien in Europa und die Auswirkungen auf die Die Weltbergegemen der Setzer Verlagestel net 1945	Gerlich	Vergl. Politik
Juraczka Klausner	Manfred Helfriede	Die Wahlprogramme der österr. Volkspartei seit 1945	Gerlich Gerlich	O. pol. Syst. Internat. Pol.
Linke		Legitimität, Kontrolle und gesellschaftspolitische Aspekte in Liberalisierungsprozeß des Die Außenbeziehungen der EU zu Ägypten im Rahmen der Euromediterranen Partnerschaft	Gerlich	Internat. Pol.
Lukan	Birgit Beata	Transformationsproze6 in der Slowakei	Gerlich	Internat. Pol.
Mateika	Anton	Das Recht als Instrument der Wohnungspolitik	Gerlich	Ideengesch.
Molozej	Agnieszka	Polens Weg in die EU	Gerlich	Vergl. Politik
Mülner	Birgit	Transformation der Ecowas	Gerlich	Internat. Pol.
Pulkrabek	Claudia	Frauerpolitik im internationalen Vergleich: Österreich, Dänemark und Finnland	Gerlich	Vergl. Politik
Quantschnig		Internationale Politik und Drogenökonomie	Gerlich	Internat, Pol.
Tomruk	Özgür	Die Türkisch - Nahost Beziehungen	Gerlich	Internat, Pol.
Weishäupl	Martin	Die Grünen 2001	Gerlich	Ö. pol. Syst.
Marakovits	Alexander	Der ÖGB in Brüssel	Gottweis	Vergl. Politik
Polsterer	Andreas	Der EU-Beitritt Ungams und des Burgenland- Belastung oder Chance für eine "europäische" Region?	Gottweis	Internat. Pol.
Bognar	Siegfried	Die nordische Zusammenarbeit am Beispiel der baltischen Staaten im Lichte regionaler kooperativer und	Heinrich	Internat, Pol.
Frech	Renate	Das Phänomen des Verschwindenlassens im Kontext der "ethnischen Säuberungen" in Bosnien-Herzegowina	Heinrich	Internat. Pol.
Pitour	Michael	Sport und Politik am Beispiel der VR China	Heinrich	Internat. Pol.
Beyrl	Maria	Ich und das Andere. Eine sozialpsychologische Analyse der Vorurteilsforschung	Holl	Internat, Pol.
Bister	Anita	Die Menschenrechtsbewegungen in Russland und ihr Traum von der "zivilen Gesellschaft"	Holl	Vergl. Politik
Friedrichkeit	Thomas	Vergleich der Energiepolitik Österreichs mit GB unter Berücksichtigung der erworbenen Energieträger	Holl	Vergl. Politik
Günsberg	Georg	"Elektronische Demokratie". Die politische Dimension des Internets in der sogenannten	Holl	ldeengesch.
Higatsberge	Michaela	Lokale Agenda 21. Möglichkeiten und Hemmnisse in der Umsetzung einer Politik der Nachhaltigkeit auf lokaler	Holl	Internat. Pol.
Jakowitsch	Judith	Die systematische Vergewaltigung von Frauen im Krieg	Holl	Internat. Pol.
Kastner	Alexandra	Konfliktmanagement der intern. Organisationen UNO, OSZE u. NATO am Beispiel Bosnien Herzegowina 92-95	Holl	Internat. Pol.
Kowald	Erich	Konflikt Okologie-Okonomie, anhand ökologischer Steuerreform	Holl	Vergl. Politik
Kürkcüoglu	Nahide	Der türkisch-griechische Konflikt im ägäischen Meer	Holl	Internat. Pol.
Loukas	Daphne	Griechenland und die Türkei: Die ewigen Kontrahenten	Holl	Internat. Pol.
Loukas	Stergios	Die Militärdiktatus in Griechenland	Holl	Internat, Pol.
Masozera	Mutanghua	Die Beziehungen zwischen Ruanda und der internationalen Gemeinschaft im Hinblick auf das Ruanda-	Holl	Internat. Pol.
Rohregger	Barbara	Funktionen sozialer Sicherung: Das Verhältnis von formellen und informellen Sicherungssystemen am Beispiel	Holl	Vergl. Politik
Seidelberge		Terrorismus und Menschenrechte. Die britischen Antiterrorstrategien und ihre Auswirkungen auf den	Holl	Vergl. Politik
Taktikos	Stamatina	Griechenland und die soziale und politische Entwicklung seit dem Beitritt der EU	Holl	Internat. Pol.
Klingenbrunn		No. Landehauptstadt. Eine Vision wurde Realität	Klose	O. pol. Syst.
Dahic	Vedran	Der fildive Staat Bosnien-Herzegowina?	Kramer	Internat. Pol.
Hollerweger		Friedenskonsoldierung und Demokratisierung durch die Vereinten Nationen 92-93 in Kambodscha	Kramer	Internat. Pol.
Schmidt	Paul	Die Rolle der spanischen Sozialdemokratie (PSOE) im Weg Spaniens nach Brüssel 79-86	Kramer	Internat. Pol.
Vanovertvelo		The European Union's Common Commercial Policy - The Common Trade Policy and the EU Regime for Keepen with a violate of trade of the Common Trade Policy and the EU Regime for	Kramer	Internat. Pol.
Auer	Katrin	Konservative und rechtsextreme Diskurse überigegen "political correctness"	Kreisky	Ideengesch.
Duezel Cholustians	Murat	Die Integration von türkischen Schülerinnen in die Wiener Allgern. Pflichtschule von 1985 - 1995	Kreisky	O. pol. Syst.
Ghalustians	Andranik	Carl Schmitts Staats- und Demokratiekonzeption als Herausforderung für Hans Kelsen und Alfred Weber	Kreisky	Ideengesch.
loannidou	Elena	Die Entwicklung von Nationalbewußtsein am Beispiel Zypems	Kreisky	ldeengesch.
Kronberger	Angelika	Politische Partizipation von Frauen im ländlichen Raum. Theorie und Empirie am Beispiel von	Kreisky	Ideengesch.
Lehner	Andrea	"Die Mörder sind noch unter uns", (Ingeborg Bachmann) Der Nationalismus im Wer IB's- ein Beitrag zur	Kreisky	Ideengesch.
Moser	Comelia	Privates in öffentlicher Hand Das Konzept männlicher Freundschaft in der Politik	Kreisky Kreisky	O. pol. Syst.
Neichl	Brigitte	Das Kultzeptilla IIII üler Pietriceschattill der Politik	Kreisky	ldeengesch.

<u>arbeiten</u>

Pikidar Peter Die Soziatheorie Pierre Bourdieus und nier potitischen mijkelstoren Missishan an Institutional in Statistung in Missishan an Institutional in Missishan an Institutional Missishan Pikidar Peter Die soziatoria van den Peter Die Soziatoria van de Peter Die Sozia
Pikter Peter Dieselagungen zu einem anskijschen Begriff des Politischen Peter Radulovic Zarlio Erierar Dieselagungen zu einem anskijschen Begriff des Politischen Radulovic Zarlio Erierar Diese zusch politische konongraphie der fibrierinamen Führtreneissande Beispiel Vergeweitigung (versich) Finne Ferninissche Kurst als politische Statege and sie stehen Bespiel Vergeweitigung (versich) Finne Ferninissche Kurst als politische Statege and sie stehen Bespiel Vergeweitigung (versich) Finne Saller Claudia Schreib Geren Versichen Handehri preseit des Nationalstaats? (versick) Vergit Politik Schweispiel Andrea Schweispiel Finne Bespiel politischen Handehri preseit des Nationalstaats? (versick) Vergit Politik Schweispiel Rechtsentrenismus aus dem Internet Handehri preseit des Nationalstaats? (versick) Vergit Politik Vergit Polit
Polaschek Franz Die solls opholische konographe der fünfertner Frührensissande Machadung zu der Franz Frührensissande Frührens
Radukot Zarko Putuschion Der Zusammentang Sporfund Politik tzw. Nationalismus am Beispiel der Bundesrepublik Jügoslawien und der Kreisky dengesch Noreisky Johanna Sporfund Marmitistohe kurst als politische Stratege am Beispiel Vergeweitigung Kreisky (deengesch Kreisky Cardina Their im Exili Ein Beispiel politischen Handeins jenseit so des Nationalstaats? Kreisky (deengesch Kreisky August (vergesch Kreisky Vergen, Politik Schweighote Andrea Schreiberderen Einstein Beispiel volles Schweighote Andrea Schweighote Andrea Schweish volles Street andrea Geschweish und deren Brusbeit der Schweishy Vergen Politik Walchauser Ralch Das Schengener Abkommen, ein neuer eisemer Vorhang zwischen Osterreich und Ungam Kreisky Vergen Politik Walchauser Ralch Das Schengener Abkommen, ein neuer eisemer Vorhang zwischen Osterreich und Ungam Kreisky Vergen Politik Walchauser (vergesch) bei Schenbeitschweiter Schweish und erstellt wirder Worlpging Schwein wird der eine Schwein der
Fundament Sacher Johanna Sport und Marmickheit. Ein Literaturbericht Sacher Johanna Sport und Marmickheit. Ein Literaturbericht Sacher Claudia Die Frinzeit mit beit im Exit. Ein Beispiel politischen Handelns jenseits des Nationalstaats? Kreisky löderigesch. Versicht Vorgit Politik Schweighofe Andrea Schweighofe Andrea Schweighofe Andrea Sieder Andrea Sieder Andrea Herrschaft und deren Rittude im postmodernen Diskus Kreisky löderigesch. Werdels Wischnauser Ralph Der Zusammennen Diskus Herrschaft und deren Rittude im postmodernen Diskus Kreisky löderigesch. Werdels Wischnauser Ralph Der Zusammennen gron Sport 8. Politik ben Nationalstraus am Beispiel der Bundesrep. Jugoslawien und der Kreisky Vergi Politik Vergin Politik Geringen Wilder Wischnauser auf der entropäischen Beit dem Frauen im Militär zum Geschlechterverhaftnis in der spätmodernen Armee Kreisky Vergi Politik Vergin Politik Geringen Wilder Der Stratechtsche Mitzeltungsdie der Beründer der Elu-Struktur der der Bedingungen für die vög Wohnbaufforderungspolitik Neisser Vergi Politik Leibschrig Andrea bei Wilder Mitzeltungsdie der Bedingungen für die vög Wohnbaufforderungspolitik Neisser Vergi Politik Wilder Wil
Sacher Johanna Sport und Marnichkeit Ein Literaturberfoht Caudia Tibet im Exit Ein Beispiel politischen Handelns jenseits des Nationalstaats? Kreisky Vergit, Politik Schweighote Andrea Rechtseutremismus aus deminternet Kreisky Ideengesch. Schweighote Andrea Rechtseutremismus aus deminternet Kreisky Ideengesch Villarme Nicole Die Ernwicklung der Rechte indigener Volliers Schweigher Andrea Kreisky Ideengesch Villarme Nicole Dies Schengener Abkommen, ein neuer eisemer Vorhang zwischen Österreich und Lingam Kreisky Vergit Politik Welderbauer Ralph Der Zusammenhang von Sport 8, Politik bow, Nationalsimus am Beispiel der Bunderep, Jugoslawien und der Kreisky Vergit Politik Kreisky Vergi
Salter Clauda Tibet im Euri Ein Belspiel politischen Handelns jenseits des Nationalstaats? Kreisky Ideerigesch. Schweighofe Andrea Stecker Andrea Stecker Andrea Herrschaft und deren Rituale im postmodernen Diskus Kreisky Vergl. Pottik Villarme Nicole Wishbauser Rath Herrschaft und deren Rituale im postmodernen Diskus Kreisky Vergl. Pottik Vergl. Pottik Villarme Nicole Schengener Abhommen, ein neuer eiserner Vorhang zwischen Osterreich und Lingam Kreisky Vergl. Pottik Vergl.
Schweighofe Andrea Sieder Sied
Schweighote Andrea Nicole Nico
Sieder Nicole Das Schengener Abkommen, ein neuer eisemer Vorhang zwischen Osterreich und Lingarm Kreisky Vergi. Politik Vergi.
Visidihauser Ralph Visidihauser
Vicile value of the control of the c
Zechner Nicole Frauen im Militär – Zim Geschlechterwerhältnis in der spätmodernen Armee Uuf Internat. Pol. Körler Woffgang Die Reitorn der instruktionem der europäischen Livin im Hinblick auf zukünftige Erweiterungen Uuf Internat. Pol. Müller O. pol. Syst. Anthofer Alexandra Baumann Woffgang Die österreichische Bundesländer 1945 - 1996 Müller O. pol. Syst. Anthofer Alexandra Baumann Woffgang Die österreichische Mittellung auf der Betrauben Weitsche Mittellung auf der Nationale Politik im Rahmen des globalen Wetmarktes: das Beispiel Deutschland Neisser Vergl. Politik Prolisis Anneilese Die sicherheitspol Eedentung der NATO Gesettigebungsprozess: Analyse der politischen Rahmenbedingungen für die volg. Wohrbeufürderungspolitik Neisser Vergl. Politik Wichsamn Christine Das Princip der Arbeitnehmerfreiting gigkeit im Rahmen der EUL Ausweiterung und seine Auswirkungen auf den Neisser Vergl. Politik Wichsamn Das Tinofer Leader-Programm Auswirkungen und Probleme der EUL-Ausweiterung und seine Auswirkungen auf den Neisser Vergl. Politik Womde Darnela Das Tinofer Leader-Programm Auswirkungen und Probleme der EUL-Ausweiterung und seine Auswirkungen auf den Neisser Vergl. Politik Womde Darnela Dier Ostze-Politik Rußlands im Spiegel außen und sicherheitspolitischer Erwicklungsmuster Vergl. Politik Politik Das Tinofer Leader-Programm Auswirkungen und Probleme der EUL-Studtund Regionalpolitik Niesser Internat. Pol. Die OSZE-Politik Rußlands im Spiegel außen und sicherheitspolitischer Erwicklungsmuster Vergl. Politik Politik Dar Schaften und wirtschaftliche Instrumentalisierung von Kunst und Kultur unter den Bedingungen postmoderner Pfabigan Der Osze-Politik Rußlands im Spiegel außen und sicherheitspolitischer Erüberischer Programmen Die Limwelpfablik der Weitbank E
Koffer Arthofer Alexandra Perspektiven eines europäischen Sicherheitsmodells. Die österreichische Bundeskinder 1945- 1996 Alexandra Woffgang Alexander Woffgang Lebitschnig Alexander Woffgang Alexander Naumii Path Le Developpment der El-ammistration publique en anfague Nationale Politik im Rahmen des globalen Weltmarktes: das Beispiel Deutschland Neisser Vergl. Politik Proiss! Annetiese Die sicherheitspol Bedeutung der NATIO Besiterheitspol Bedeutung der NATIO Gesetzgebungsprozess: Analyse der politischen Rahmendedingungen für die vbg. Wohnbaufbrderungspolitik Neisser Internat. Pol. Welckler Martina Europepolitische Auswirkungen auf den Bereichen "Analyseit en der östern. Vollspartet u. d. Neisser Vergl. Politik Wörndle Daniela Das Tiroler Leader-Programm: Auswirkungen und Probleme der Ell-Struktur und Regionalpolitik Der Sonderfall Tschechien- die Parteienkodschaft der Tschechischen Rapublik 1989 1999 Nowdry Internat. Pol. Wolleitner Krimbacher Elisabeth Romans Der Sonderfall Tschechien- die Parteienkodschaft der Tschechischen Republik 1989 1999 Nowdry Internat. Pol. Wolleitner Wirtscher Berich und Peru Schitzz-Müller Schitz
Arthoter Baumann Lebitschnig Alexandra Nsumpi Prois I Arthoter Nsumpi Prois I Arthoter Stockharme Christne Das Princip der Arbeitnehmerfreizbig gliett im Rahmen der EUL-Ausweiterung und seine Auswikrungen auf den Beurpapolitische Auswirkungen auf konservative Parteien. Analysiert an der östert. Volkspartei u. d. Neisser Internat. Pol. Op. pol. Syst. Internat.
Baumann Wolfgang Die österneichische Mitzelunopaidee als Raumidee in der EU Nationale Politik im Rahmen des globalen Wetmanktes: das Beispiel Deutschland Neisser Nationale Politik im Rahmen des globalen Wetmanktes: das Beispiel Deutschland Neisser Vergl. Politik Proiss! Annetiese Die sicherheitspol. Bedeutung der NATO Neisser Christine Christine Die sicherheitspol. Bedeutung der NATO Neisser Neisser Christine Christine Die sicherheitspol. Bedeutung der NATO Neisser Neisser Neisser Neisser Martine Europapolitische Auswirkungen auf Konservative Parteien. Analysiert an der östern. Volkspartei u. d. Neisser Vergl. Politik Nowald Sandra Der Sonderfall Tschechrien – die Parteienlandschaft der Tschechrischen Republik 1989 - 1999 Nowothy Internat. Pol. Wolleiter Krimbacher Einsbefth Die OSZE-Politik Raußlands im Spiegel außen und sicherheitspolitischer Einwicklungsmuster Nowothy Internat. Pol. Wolleiter Romans Die Umwettpolitik der Weitbank: Eine Umtersuchung an Hand zweier Fallbeispiele Paul Die Europäischen in Med einkontext und im soziopolitischen Korntext von Bevölkerung und Parteien Pfabigan Die Europäischen Die Europäischen Krimbacher Sylvia Sonja Analyse östern. Vorurteile und Sterectypen gegenüber Serbien anhand einer politikwissenschaftlichen Rosenberger Nürzerheit wir der Beitpreise Politik der Weitbank: des als sicherheitspolitische Mortlater von Bevölkerung und Parteien Nürzerheit Pol. Politik Prieschberger Pfabigan Die Europäischen Die politische Dimension der Langeraberbeitspolischen Korntext von Bevölkerung und Parteien Politik der Weitbank: Die Europäischen Parteien in Bezug auf die Regierungskonferenz 1996 Schütz-Müller Schütz-Müller Vergl. Politik Prieschberger Markus Die Europäischer Dimension der Langeraberbeitspolischen Michaltung der Politik Chinas im Schütz-Müller Vergl. P
Le Dievelopment de L'administration publique en artique Patil Die sicherheitspot Bedeutung der NATO Gestergebungsprozess: Analyse der potitischen Rahmenbedingungen für die vibg. Wohnbaufbrderungspolitik Stockhamm Christine Gerhard Gestergebungsprozess: Analyse der potitischen Rahmenbedingungen für die vibg. Wohnbaufbrderungspolitik Stockhamm Christine Das Prinzip der Arbeitherhmerfreidung gleit im Rahmen der ELU-Ausweiterung und seine Auswirkungen auf den Buropapolitische Auswirkungen auf konservative Parteien. Analysiert an der östern. Volkspartei u. d. Neisser Internat. Pol. Neisser Vergl. Potitik Neisser Vergl. Potitik Das Tirofer Leader-Programm: Auswirkungen und Probleme der ELU-Struktur und Regionalpotitik Neisser Neisser Vergl. Potitik Vergl. Potit
Nampil Patit Le Developpment de L'administration publique en artique Die sicherheitspol. Bedeutung der NATO Gesetzgebungsprozess: Analyse der politischen Rahmenbedingungen für die vög. Wohnbaufürderungspolitis Neisser O. pol. Syst. Stockhamm Christine Dies Prinzip der Arbeitnehmerfreizug glieit im Rahmen der EU-Ausweiterung und seine Auswihrungen auf den Weisser Vergl. Politik Normale Dies Prinzip der Arbeitnehmerfreizug glieit im Rahmen der EU-Struktur und Regionalpolitik Neisser Vergl. Politik Normale Dies Tiroler Leader-Programm Auswihrungen und Probleme der EU-Struktur und Regionalpolitik Neisser Vergl. Politik Nussing Der Scheiten- die Parteienlandschaft der Tschechisen- Republik 1989 - 1999 Nowotry Internat. Pol. Wolleitner Markus Der Begriff des Menschen und des Staates in Dostojewskis Brüdem Karamasow Pesendorfer Habigen Die Umweltpolitik der Weitbank. Eine Untersuchung an Hand zweier Fallbeispiele Paul Der östern. Bundespräsident im Medienkonftext und im soziopolitischen Konfliktes Plateien Vergl. Politik Krisermanagement und Konfliktforschung anhand des Nordrinand Konfliktes Purtscher- Vergl. Politik Krisermanagement und Konfliktforschung anhand des Nordrinand einer politikwissenschaftlichen Resemberger Markus Pol. Beuropäisierte Kriminalität des als sicherheitspolitische Bedrohung Europäischen integration Perus Pol. Syst. Politik Paticher Patien in Bezug auf die Regierungskonferenz 1996 Schütz-Müller Vergl. Politik Patien Patien in Bezug auf die Regierungskonferenz 1996 Schütz-Müller Vergl. Politik Patien Patien in Bezug auf die Regierungskonferenz 1996 Schütz-Müller Vergl. Politik Patien Patien in Bezug auf die Regierungskonferenz 1996 Schütz-Müller Vergl. Politik Patien Patien in Bezug auf die Regierungskonferenz 1996 Schütz-Müller Vergl. Politik Patien Patien in Bezug auf die Regierungskonferenz 1996 Schütz-Müller Vergl. Politik Patien Patien in Bezug auf die Regierungskonferenz 1996 Schütz-Müller Vergl. Politik Patien Patien in Bezug auf die Regierungskonferenz 1996 Schütz-Müller Vergl. Politik P
Proissi Anneliese Gerhard Gesetzgebungsprozess Analyse der politischen Rahmenbedingungen für die vbg. Wohnbauförderungspolitis Neisser Op. pol. Syst. Stockhamm Christine Das Princip der Arbeitnehmerfreizügigkeit im Rahmen der EU-Äusweiterung und seine Auswirkrungen auf den Neisser Wergt. Politik Wörmdle Daniels Europapolitische Auswirkrungen auf konservative Parteien. Analysiert an der östert. Volkspartei u. d. Neisser Vergt. Politik Wörmdle Daniels Das Tiroler Leader-Programm: Auswirkungen und Probleme der EU-Struktur und Regionalpolitik Neisser Internat. Pol. Neisser Vergt. Politik Russning Daniels Die OSZE-Politik Rußlands im Spiegel außen- und sicherheitspolitischer Einstruktungsmuster Nowothy Internat. Pol. Nowothy Internat. Pol. Politik Politiker Markus Der Begriff des Menschen und des Staatise in Dostojewskis Brüdern Karamasow Pescenderer Plescher Romans Hertelle Paul Der östern. Bundespräadert im Medienkontext und im soziopolitischen Korntext von Bevölkerung und Parteien Die Umwetpolitik der Weitbanik. Eine Untersuchung an Hand zweier Fallbeispiele Paul Der östern. Bundespräadert im Medienkontext und im soziopolitischen Korntext von Bevölkerung und Parteien Pleschberger Ples
Rümmele Gerhard Gesetzgebungsprozess: Analyse der politischen Rahmenbedingungen für die vibg. Wohnbauförderungspolitik Neisser O. pol. Syst. Stockhamm Christine Das Prinzip der Arbeitnehmerfretzügigiseit im Rahmen der EU-Ausweiterung und seine Auswirkungen auf den Neisser Neisser Vergl. Politik Wörder Daniela Das Tiroler Leader-Programm Auswirkungen und Probleme der EU-Struktur und Regionalpolitik Neisser Neisser Vergl. Politik Kowald Sandra Der Sonderfall Tschechien - die Parteienlandschaft der Tschechischen Republik 1989 - 1999 Nowothy Internat. Pol. Mussnig Daniela Die OSZE-Politik Rußlands im Spiegel außen- und sicherheitspolitischer Eintwicklungsmuster Nowothy Internat. Pol. Mussnig Der Begriff des Menschen und des Staates in Dostojewskis Brüdern Karamasow Peesendorfer Eisabeth Staatiche und wirtschaftliche Instrumentalisierung von Kunst und Kultur unter den Bedingungen postmoderner Pfabigan Ideengesch. Vergl. Politik Rußlands im Medienkontext und im soziopolitischen Kortext von Bevölkerung und Parteien Pleschberger Naczinsky Markus Die Europäisierung der österr. Telekommunikation als ein Beispiel des Europäischen Integrationsprozesses Puntscher- Puntscher- Naczinsky Rahmed Sylvina Krisenmanagement und Konfliktforschung anhand des Nordinand Konfliktes Puntscher- Naczinsky Rahmed Sylvina Analyse österr. Vorurteile und Stereotypen gegenüber Serbten anhand einer politikwissenschaftlichen Die Europäischen Die Europäischen Parteien in Bezug auf die Regierungskonferenz 1998 Schütz-Müller Schütz-Müller Die Europapolitik der beitischen Parteien in Bezug auf die Regierungskonferenz 1998 Schütz-Müller Schütz-Müller Schütz-Müller Die Europapolitik der EU dargestelt am Beispiel Kalabriens Die Struktupolitik der EU dargestelt am Beispiel Kalabriens Die Bedeunung Taiwens im pazifischen Raum unter besonderer Berücksichtigung der Politik Chinas im Schütz-Müller Vergl. Politik Petaben Die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und inneres in der europ, Integration von den Arrängen bis zum Schütz-Müller Vergl. Politik Petab
Stockhamm Christine Das Prinzip der Arbeitnehmerfreizügigkeit im Rahmen der EU-Äusweiterung und seine Auswirkungen auf den Meisser Vergl. Politik Wörder Daniela Das Tiroler Leader-Programm: Auswirkungen und Probleme der EU-Struktur und Regionalpolitik Neisser Internat. Pol. Kowald Sandra Der Sonderfall Tschechien- die Parteienlandschaft der Tschechischen Republik 1999 1999 Nowotry Internat. Pol. Mussnig Daniela Die OSZE-Politik Rußlands im Spiegel außen- und sicherheitspolitischer Entwicklungsmuster Nowotry Internat. Pol. Michigan Die OSZE-Politik Rußlands im Spiegel außen- und sicherheitspolitischer Entwicklungsmuster Nowotry Internat. Pol. Michigan Die OSZE-Politik Rußlands im Spiegel außen- und sicherheitspolitischer Entwicklungsmuster Nowotry Internat. Pol. Michigan Die Umwertpolitik der Weltbank. Eine Untersuchung an Hand zweier Fallbeispiele Plaul Der östern. Bundespräsident im Medienkontext und im soziopolitischen Kontext von Bevölkerung und Parteien Pleschberger Naczisky Markus Die Europäisierung der östern. Telekommunikation als ein Beispiel des Europäischen "Integrationsprozesses" Puntscher-Nemet Syhlia Krisenmanagement und Konfliktforschung anhand des Nordrinand Konfliktes Puntscher-Nemet Syhlia Krisenmanagement und Konfliktforschung anhand des Nordrinand Konfliktes Puntscher-Nemet Pol. Dejanovic Osopia Analyse östern. Vorunteile und Stereotypen gegenüber Serbien anhand einer politikvissenschaftlichen Rosenberger Opolitische Dimension der Langzeitanbeitslosigkeit in Österreich im Kontext der Europäischen Integration Schütz-Müller Vergl. Politik Püreder Andreas Rahmen Die Europapolitik der Brügen Haber des Beitrischen Parteien in Bezug auf die Regierungskonfererz 1996 Schütz-Müller Vergl. Politik Püreder Andreas Pol. Europapolitik der Brügen Union with speical references to the regional policy Schütz-Müller Schütz-Müller Schütz-Müller Die Bedeutung Taiwans im pazifischen Ramm unter besonderer Berücksichtigung der Politik Chinas im Schütz-Müller Vergl. Politik Puntschen Die Zusammenarbeit in den Bereic
Weisder Martina Europapolitische Auswirkungen auf könservative Parteien. Analysiert an der östert. Volkspartei u. d. Neisser Vergl. Politik Nörmde Daniela Das Tiroler Leader-Programm: Auswirkungen und Probleme der ELJ-Struktur und Regionalpolitik. Neisser Internat. Pol. Misser Daniela Das Tiroler Leader-Programm: Auswirkungen und Probleme der ELJ-Struktur und Regionalpolitik. Neisser Internat. Pol. Misser Daniela Das Tiroler Leader-Programm: Auswirkungen und Probleme der ELJ-Struktur und Regionalpolitik. Neisser Internat. Pol. Misser Pol. Misser Pol. Misser Pol. Misser Daniela Die OSZE-Politik Rußlands im Spiegel außen- und sicherheitspolitischer Entwicklungsmuster Nowotry Internat. Pol. Misser Pol. Misse
Wörmde Daniela Das Tiroler Leader-Programm: Auswirkungen und Probleme der EU-Struktur und Regionalpolitik Neisser Internat. Pol. Kowald Sandra Der Sonderfall Tschechien- die Parteienlandschaft der Tschechischen Republik 1989 - 1999 Nowotny Internat. Pol. Mussing Daniela Die OSZE-Politik Rußlands im Spiegel außen- und sicherheitspolitischer Einstwickungsmuster Nowotny Internat. Pol. Wörlichter Markus Der Begriff des Menschen und des Staates in Dostojewskis Brüdern Karamasow Pesendorfer Eissabeth Staatiche und wirtschaftliche Instrumentalisierung von Kunst und Kultur unter den Bedingungen postmoderner Pfabigan Ideengesch. Peschberger Paul Der österr. Bundespräsident im Medienkontext und im soziopolitischen Kontext von Bevölkerung und Parteien Pieschberger Nachus Die Europäisierung der österr. Telekommunikation als ein Beispiel des Europäisischen "Integrationsprozesses" Puntscher-Internat. Pol. Naczinsky Markus Die Europäisierung der österr. Telekommunikation als ein Beispiel des Europäisischen "Integrationsprozesses" Puntscher-Internat. Pol. Naczinsky Rohles Staates in Control of Schütz-Müller Politik Staates Politik P
Kowald Sandra Der Sonderfall Tschechien - die Parteienlandschaft der Tschechischen Republik 1989 - 1999 Nowotry Internat. Pol. Mussnig Daniela Die OSZE-Politik Rußlands im Spiegel außen- und sicherheitspolitischer Entwicklungsmuster Nowotry Internat. Pol. Wollether Markus Der Begriff des Menschen und des Staates in Dostojewskis Brüdern Karamasow Pesendorfer Ideengesch. Staatliche und wirtschaftliche Instrumentalisierung von Kunst und Kultur unter den Bedingungen postmoderner Pfabligan Die Umweltpolitik der Weltbank. Eine Untersuchung an Hand zweier Fallbeispiele Paul Der östern. Bundespräsident im Medienkontext und im soziopolitischen Kontext von Bevölkerung und Parteien Peschberger Vergl. Politik Rußenmanagement und Konfliktforschung anhand des Nordrifand Konfliktes Printscher Internat. Pol. Namet Sylvia Krisenmanagement und Konfliktforschung anhand des Nordrifand Konfliktes Printscher Printscher Internat. Pol. Opol. Syst. Vergl. Politik Rainer Transnationale organisierte Kriminstität des als sicherheitspolitische Bedrohung Europas vor dem Hintergrund Schütz-Müller Vergl. Politik Rainer Transnationale organisierte Kriminstität des als sicherheitspolitische Bedrohung Europas vor dem Hintergrund Schütz-Müller Vergl. Politik Rainer Parteien in Bezug auf die Regierungskonferenz 1996 Schütz-Müller Schütz-Müller Schütz-Müller Schütz-Müller Vergl. Politik Rainer Pol. Filesberger Markus Internat. Pol. Filesberger Barbara Die Strukturpolitik der EU dergestellt am Bezug auf die Regierungskonferenz 1996 Schütz-Müller Schütz-Müller Schütz-Müller Schütz-Müller Schütz-Müller Schütz-Müller Schütz-Müller Die Bedeutung Taiwans im pazifischen Raum unter besonderer Berücksichtigung der vollierrecht. Anerkennung Schütz-Müller Vergl. Politik Reland Die Zusammenarbeit in den Bereichen Justz und Inneres in der europ. Integration von den Anfängen bis zum
Mussnig Daniela Die OSZE-Politik Rußlands im Spiegel außen- und sicherheitspolitischer Entwicklungsmuster Nowotrý Internat. Pol. Wolleitner Markus Der Begriff des Menschen und des Staates in Dostojewskis Brüdem Karamasow Pesendorfer Ideengesch. Rimbacher Elisabeth Staatliche und wirtschaftliche Instrumentalisierung von Kunst und Krütur unter den Bedingungen postmoderner Pfabigan Ideengesch. Fischer Romana Die Umweitpolitik der Weltbarik. Eine Untersuchung an Hand zweier Fallbei spiele Pleschberger Vergl. Politik Hafelle Paul Der östern. Bundespräsident im Medienkontext und im soziopolitischen Kontext von Bevölkerung und Prateien Pleschberger Vergl. Politik Namkus Die Europäisierung der östern. Telekommunikation als ein Beispiel des Europäischen Integrationsprozesses* Puntscher- Puntscher- Puntscher- Puntscher- Puntscher- Wörgötter Puntscher- Politik Politik der Schrig an Analyse östern. Vorurteile und Sterecitypen gegeniber Serbien anhand einer politikvissenschaftlichen Rosenberger O. pol. Syst. Wörgötter Caroline Die politische Dimension der Langzeitarbeitslosigkeit in Österreich im Kontext der Europäischen Integration Rosenberger O. pol. Syst. Fürader
Wolleitner Krimbacher Elisabeth Staatiche und wirtschaftliche Instrumentalisierung von Kunst und Kultur unter den Bedingungen postmoderner Pflabigan Ideengesch. Staatiche und wirtschaftliche Instrumentalisierung von Kunst und Kultur unter den Bedingungen postmoderner Pflabigan Ideengesch. Vergl. Politik Place Paul Der östern. Bundespräsident im Medienkontext und im soziopolitischen Korrect von Bevölkerung und Parteien Pleschberger Pleschberger Politik Pleschberger Puntschersteinschaftlichen Politischen Po
Fischer Romana Die Umweltpolitik der Weltbank. Eine Untersuchung an Hand zweier Fallbeispiele Paul Der österr. Bundespräsident im Medienkontext und im soziopolitischen Kontext von Bevölkerung und Planteien Pleschberger Ölipolischen Kontext von Bevölkerung und Planteien Pleschberger Ölipolischen Kontext von Bevölkerung und Planteien Pleschberger Pleschberger Olipolischen Krisenmanagement und Kontliktforschung anhand des Nordinand Kontliktes Puntscher- Puntsch
Hefelle Paul Der österr. Bundespräsident im Medienkontext und im soziopolitischen Kortext von Bevölkerung und Parteien Naczinsky Markus Die Europäisierung der österr. Telekommunikation als ein Beispiel des Europäischen "Integrationsprozesses" Puntscher-Pun
Naczinsky Markus Die Europäisierung der österr. Telekommunikation als ein Beispiel des Europäischen "Integrationsprozesses" Puntscher- Nemet Sylvia Krisenmanagement und Konfliktforschung anhand des Nordirland Konfliktes Internat. Pol. Dejanovic Sonja Analyse österr. Vorunteile und Stereotypen gegenüber Serbien anhand einer politikwissenschaftlichen Rosenberger Ö. pol. Syst. Wörgötter Caroline Die politische Dimension der Langzeitarbeitslosigkeit in Österreich im Kontext der Europäischen Integration Rosenberger Ö. pol. Syst. Die Properties in Bezug auf die Regierungskonferenz 1996 Schütz-Müller Vergl. Politik Habicher Andreas Pol. Beuropapolitik der britischen Parteien in Bezug auf die Regierungskonferenz 1996 Schütz-Müller Vergl. Politik Fembauer Barbara Die Strukturpolitik der EU dargestelt am Beispiel Kalabriens Schütz-Müller Vergl. Politik Rittel Bettina Chinesische Autenpolitik in der Ara Derk Xiaoping mit besonderer Berücksichtigung der Vollikernecht. Anerkennung Schütz-Müller Vergl. Politik Rittel Die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres in der europ. Integration von den Anfängen bis zum Schütz-Müller Vergl. Politik Rittel Die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres in der europ. Integration von den Anfängen bis zum Schütz-Müller Vergl. Politik Rittel Die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres in der europ. Integration von den Anfängen bis zum Schütz-Müller Vergl. Politik Rittel Vergl. Politik Rittel Vergl. Politik Rittel Vergl. Politik Rittel Rit
Nemed Sylvia Krisenmanagement und Konfliktforschung anhand des Nordinland Konfliktes Puntscher- Dejanovic Sonja Analyse österr. Vorunteile und Stereotypen gegenüber Serbien anhand einer politikwissenschaftlichen Rosenberger Ö. pol. Syst. Wörgötter Caroline Die politische Dimension der Langzeitarbeitslosigkeit in Österreich im Kontext der Europäischen Integration Rosenberger Ö. pol. Syst. Frank Rainer Transnationale organisierte Kriminalität des als sicherheitspolitische Bedrohung Europas vor dem Hintergrund Schütz-Müller Vergl. Politik Habicher Andreas "Schnee aus den Ander". Erfolg und Mißerfolg der UN-Drogenpolitis in Kolumbien, Bolivien und Peru Schütz-Müller Vergl. Politik Kembauer Berbara Die Strukturpolitik der EU dargestelt am Beispiel Kalabriens Schütz-Müller Vergl. Politik Kittel Bettina Chinesische Außenpolitik in der An Derk Xiaoping mit besonderer Berücksichtigung der Politik Chinas im Schütz-Müller Internat. Pol. Schütz-Müller Vergl. Politik Kittel Bedina Chinesische Außenpolitik in der An Derk Xiaoping mit besonderer Berücksichtigung der Völkernecht. Anerkennung Schütz-Müller Internat. Pol. Schütz-Müller Vergl. Politik Chinas im Schütz-Müller Vergl. Politi
Dejanovic Sönja Analyse österr. Vorunteile und Stereotype'n gegenüber Serbien anhand einer politikwissenschaftlichen Rosenberger O. pol. Syst. Wörgötter Caroline Die politische Dimension der Langzeitarbeitslosigkeit in Österreich im Kontext der Europäischen Integration Rosenberger O. pol. Syst. FRANK Rainer Transnationale organisierte Kriminalität des als sicherheitspolitische Bedrohung Europas vor dem Hintergrund Schütz-Müller Vergl. Politik Habicher Andreas "Schnee aus den Ander". Erfolg und Mißerfolg der UN-Drogenpolitik in Kolumbien, Bolivien und Peru Schütz-Müller Nemat. Pol. Schütz-Müller Vergl. Politik Rembauer Berbara Die Strukturpolitik der EU dargestellt am Beispiel Kalabriens Schütz-Müller Vergl. Politik Rittel Bettina Chinesische Außenpolitik in der Ara Derik Xiaoping mit besonderer Berücksichtigung der Politik Chinas im Schütz-Müller Internat. Pol. Schütz-Müller Vergl. Politik Rittel Stefan Die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres in der europ. Integration von den Arfängen bis zum Schütz-Müller Vergl. Politik Rittel Die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres in der europ. Integration von den Arfängen bis zum Schütz-Müller Vergl. Politik Rittel Vergl. Politik Rittel Rinternat. Pol. Rittel Rittel Rittel Rittel Rittel Rittel Rittel Ri
Wörgötter Caroline Die politische Dimension der Langzeitarbeitsfüsigkeit in Österreich im Kontekt der Europäischen Integration Rosenberger O. pol. Syst. 5 PRANK Rainer Transnationale organisierte Kriminalität des als sicherheitspolitische Bedrohung Europas vor dem Hintergrund Schütz-Müller Vergl. Politik Habicher Andreas "Schnee aus den Ander". Erfolg und Mißerfolg der UN-Drogenpolitik in Kolumbien, Bolivien und Peru Schütz-Müller Nachzeiter Internat. Pol. 5 Perusen Berbara Die Strukturpolitik der EU dargestellt am Beispiel Kalabriens Schütz-Müller Vergl. Politik Rittel Bettina Chinesische Außenpolitik in der Ana Derik Xiaoping mit besonderer Berücksichtigung der Politik Chinas im Schütz-Müller Internat. Pol. 5 Internat. Pol. 5 Politik Rittel Bettina Chinesische Außenpolitik in der Ana Derik Xiaoping mit besonderer Berücksichtigung der Politik Chinas im Schütz-Müller Internat. Pol. 5 Internat. Pol. 5 Politik Rittel Bettina Chinesische Außenpolitik in der Ana Derik Xiaoping mit besonderer Berücksichtigung der Völkerrechtl. Anerkennung Schütz-Müller Internat. Pol. 5 Internat. Pol. 5 Politik Rittel Bettina Chinesische Außenpolitik in der Ana Derik Xiaoping mit besonderer Berücksichtigung der Völkerrechtl. Anerkennung Schütz-Müller Internat. Pol. 5 Internat. Pol. 5 Politik Rittel Bettina Chinesische Außenpolitik in der Ana Derik Xiaoping mit besonderer Berücksichtigung der Völkerrechtl. Anerkennung Schütz-Müller Vergl. Politik Rittel Pol. 5 Politik Rittel
Habicher Andreas "Schnee aus den Anden". Erfolg und Mißerfolg der UN-Drogenpolitik in Kolumbien, Bohvien und Peru Schütz-Müller Internat. Pol. 5. Heisberger Markus Ireland in the European Union with speical references to the regional policy Schütz-Müller Schütz-Müller Vergl. Politik Barbara Die Strukturpolitik der EU dargestellt am Beispiel Kalabriens Schütz-Müller Vergl. Politik Bettina Chinesische Außenpolitik in der Ara Denk Xiaoping mit besonderer Berücksichtigung der Politik Chinas im Schütz-Müller Internat. Pol. 5. Ritel Die Bedeutung Taiwans im pazifischen Raum unter besonderer Berücksichtigung der völkerrecht. Anerkennung Schütz-Müller Vergl. Politik Schütz-Müller Ve
Habicher Andreas "Schnee aus den Anden". Erfolg und Mißerfolg der UN-Drogenpolitik in Kolumbien, Bohvien und Peru Schütz-Müller Internat. Pol. 5. Heisberger Markus Ireland in the European Union with speical references to the regional policy Schütz-Müller Schütz-Müller Vergl. Politik Barbara Die Strukturpolitik der EU dargestellt am Beispiel Kalabriens Schütz-Müller Vergl. Politik Bettina Chinesische Außenpolitik in der Ara Denk Xiaoping mit besonderer Berücksichtigung der Politik Chinas im Schütz-Müller Internat. Pol. 5. Ritel Die Bedeutung Taiwans im pazifischen Raum unter besonderer Berücksichtigung der völkerrecht. Anerkennung Schütz-Müller Vergl. Politik Schütz-Müller Ve
Habicher Andreas "Schnee aus den Anden". Erfolg und Mißerfolg der UN-Drogenpolitik in Kolumbien, Bohvien und Peru Schütz-Müller Internat. Pol. 5. Heisberger Markus Ireland in the European Union with speical references to the regional policy Schütz-Müller Schütz-Müller Vergl. Politik Barbara Die Strukturpolitik der EU dargestellt am Beispiel Kalabriens Schütz-Müller Vergl. Politik Bettina Chinesische Außenpolitik in der Ara Denk Xiaoping mit besonderer Berücksichtigung der Politik Chinas im Schütz-Müller Internat. Pol. 5. Ritel Die Bedeutung Taiwans im pazifischen Raum unter besonderer Berücksichtigung der völkerrecht. Anerkennung Schütz-Müller Vergl. Politik Schütz-Müller Ve
Leeb Stefan Die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres in der europ. Integration von den Anfängen bis zum Schütz-Müller Vergl. Politik 2
Leeb Stefan Die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres in der europ. Integration von den Anfängen bis zum Schütz-Müller Vergl. Politik 2
Leeb Stefan Die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres in der europ. Integration von den Anfängen bis zum Schütz-Müller Vergl. Politik 2
Leeb Stefan Die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres in der europ. Integration von den Anfängen bis zum Schütz-Müller Vergl. Politik 2
Leeb Stefan Die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres in der europ. Integration von den Arfängen bis zum Schütz-Müller Vergl. Politik 2 Obertoher Robert Das transnational organisierte Verbrechen und seine Bekämpfung, italien, die Europäische Union und die Schütz-Müller Internat. Pol. 1 Wagnest Josef Krisenmanagement der Vereinten Nationen im Rahmen der Frica II Division (Dep. Of Political Affairs) Schütz-Müller Internat. Pol. 1 Braumand Wolfgang Die EU-Kanada Beziehungen: Aktionsplan - Realpolitische Reviatlisierung oder reine Rhetorik Stimmer Internat. Pol. 1 Dürr Eva Die pragmatischen Überlegensstrategien einer "realkaribischen" Utopie Kuba zwischen Sozialismus und Stimmer Vergl. Politik
Oberfoher Robert Das transnational organisierte Verbrechen und seine Bekämptung, italien, die Europäische Union und die Schütz-Müller Internat. Pol. Wagnest Josef Krisenmanagement der Vereinten Nationen im Rahmen der Frica II Division (Dep. Of Political Affairs) Schütz-Müller Internat. Pol. Braumand Wolfgang Die EU-Kanada Beziehungen: Aktionsplan - Realpolitische Reviatlisierung oder reine Rhetorik Stimmer Internat. Pol. Dürr Eva Die pragmatischen Überlegensstrategien einer "realkaribischen" Utopie Kuba zwischen Sozialismus und Stimmer Vergl. Politik
Wagnest Josef Krisenmanagement der Vereinten Nationen im Rahmen der Frica II Division (Dep. Of Political Affairs) Schütz-Müller Internat. Pol. Braumand Wolfgang Die EU-Kanada Beziehungen: Aktionsplan - Realpolitische Reviatlisierung oder reine Rhetorik Stimmer Internat. Pol. Dürr Eva Die pragmatischen Überlegensstrategien einer "realkaribischen" Utopie Kuba zwischen Sozialismus und Stimmer Vergl. Politik
Eraumand Worgang Die EU-Kanada Beziehungen: Aktionsplan - Realpoittische Reviatisierung oder reine Rhetorik Stimmer Internat. Pol. 5 Dürr Eva Die pragmatischen Überlegensstrategien einer "realkaribischen" Utopie Kuba zwischen Sozialismus und Stimmer Vergl. Politik
Durr Eva Die pragmatischen überiegensstrategien einer Teakanbischen Tütopie Kuba zwischen Sozialismus und Stimmer Vergl. Politik 15
Marrot Christian Dispersion des Regionalisatilitae Stewart Vond Daltie -
Marent Christina Die soziale Dimension des Baskenkonfliktes Stimmer Vergl. Politik 3 Widder Roland Innerfraktionelle Geschlossenheit im ÖNR und im EP Stimmer Vergl. Politik 3
Geisberger Tamara Möglichkeiten und Grenzen von Reformpolitik im Bereich der österr. Lehrlingsausbildung Tälos Ö. pol. Syst.
Hübart Condula Die Sozialpolitik in der Regierungszeit Vranitzky's 86-97 Tälos Ö. pol. Syst. 9
Hofmann Martin Politische Kultur in der ersten Republik am Beispiel zentraler Sichtweisen und Einstellungen der österr. Tälos Ö. pol. Syst.
Kremser Doris Sozialdemokratie und Judentum in Österreich nach 1945 Tälos Ö. pol. Syst. 2
Motter Herbert Das österreichische Parlament im europäischen Kontext Tälos Ö. pol. Syst. 🖻
Scheiber Oliver Industriepolitik in Osterreich unter den veränderten Rahmenbedingungen der Globalisierung Tälos O. pol. Syst.
Sohler Karin Zur Neuformulierung einer Politik der "Inneren Sicherheit" im Kontext von Einwanderungskontrolle Tälos Ö. pol. Syst.
Steinmair Borls Bürgermeister - Direktivahl Tälos O. pol. Syst.
Wallner Stefan Armut und Armutspolitik in Osterreich Tälos O. pol. Syst.
Ebert Irene Pro- und Antinationalistische Maßnahmen im Rahmen der rassistischen Bevölkerungspotitik im Ucakar O. pol. Syst. 5 Prasz Christian Burgenland auf dem Wieg in die Europäische Union und die ersten 500 Tage der europäischen Ucakar O. pol. Syst. 5
Frasz Christian Burgenland auf dem Weg in die Europäische Union und die ersten 500 Tage der europäischen Ucakar O. pol. Syst. — Griessler Christina Das Problem der Untersetzung europäischer Demokratiemodelle in den Ländem des Südens Ucakar Ideengesch.
Joel Harison Maria Aime Politische Strukturveränderungen in Madagasikar Ucakar Vergl. Politik 15
Moser Judith Die oberösterreichische Kulturplattform - KUPF, Ein Modell für Österreich? Ucakar Ö. pol. Syst.
Stadik Wolfgang Computer und Politik Ucakar Ideengesch.
Wildberger Barbara Widerstand oder Anpassung? Der österr. Gewerkschaftsbund und die "Globalisierung" Ucakar Ö. pol. Syst.
Wolf Armin Die Inszenierung von Politik in der Mediengesellschaft. Ucakar Ideengesch.
touris danij zwei Priasen in der drissenungsgeschichte des modernen Agyptens 1662 und 1906. Ein Vergerdi Ocasar Verg. Politik j
Wölfert Michael Grenzen und Möglichkeiten der Teilnahme an einer vernetzten europ. Sicherheitspolitik Vetschera Internat. Pol. 🖒

Liebe Studierende!

s gibt Lehrveranstaltungszeugnisse, die falsch ausgedruckt wurden. Dies ist auf einen Programmfehler der Zeugnisverwaltung zurückzuführen, der aber nicht in unserem Bereich der Korrektur liegt, sondern am EDV-Zentrum. Wegen der Sparmaßnahmen kann dieser Programmfehler nicht behoben werden, da schon an einer neueren Version des Programms gearbeitet wird. Jene Zeugnisse sind natürlich gültig.

Bis vor kurzem wurden die Zeugnisse am Institut ausgedruckt. Ab dem SoSe 2001 werden die Zeugnisse über die Universitätsdruckerei ausgegeben, wobei das Ausdrucken der Lehrveranstaltungszeugnisse bis zu 2 Tagen dauern kann.

Wir möchten auch darauf hinweisen, dass noch ausständige Zeugnisse nicht am Verschulden des Sekretariats liegen, sondern ganz allein bei dem/r LehrveranstaltungsleiterIn selbst, der/die das Prüfungsprotokoll zur Eingabe der Zeugnisse im Sekretariat abgeben muss.

Wir wollen Sie auch auf unsere Homepage (http://www.univie.ac.at/politikwissenschaft) hinweisen, der Sie alle Auskünfte über Prüfungstermine, Beginnzeiten, Änderungen usw. entnehmen können.

Wir stehen Ihnen gerne für weitere Auskünfte zur Verfügung und wünschen Ihnen ein erfolgreiches Semester.

Monja Martinkovich für die Sekretariate des ipw

BÜCHERTIPPS:

Tillmann BENDIKOWSKI/Arnd HOFFMANN/Diethard SAWICKI:

Geschichtslügen. Vom Lügen und Fälschen im Umgang mit der Vergangenheit

25.998

Alex DEMIROVIC:

Komplexität und Emanzipation

26.003

Claudia BATISWEILER/Elisabeth LEMBECK/Mechtild JAN-

Geschlechterpolitik an Hochschulen: Perspektivenwechsel. Zwischen Frauenförderung und Gender Mainstreaming

25 987

Ulrich BRAND/Alex DEMIROVIC/Christoph GÖRG/Joachim HIRSCH:

Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates 26.007

Albin DEARING/Birgitt HALLER:

Das österreichische Gewaltschutzgesetz

25.965

Barbara HEY/Cécile HUBER/Karin M. SCHMIDLECHNER

in Zusammenarbeit mit der Koordinationsstelle für

Frauenforschung und Frauenstudien:

Krieg: Geschlecht und Gewalt

25.963

Jacques **DERRIDA**:

Randgänge der Philosophie

23.697

Charles RYCROFT:

A Critical Dictionary of Psychoanalysis

24.519

Syed Farid ALATAS:

Democracy and Authoritarianism in Indonesia and Malaysia. The

Rise of the Post-Colonial State

24.486

Peter H. SMITH:

The Challenge of Integration. Europe and the Americas

25.955

Andrea WOLF:

Der lange Anfang. 20 Jahre »Politische Bildung in den Schulen« 23 315

David CESARANI/Mary FULBROOK:

Citizenship, Nationality and Migration in Europe

24.606

Christos C. PARASKEVOPOULOS:

European Union at the Crossroads. A Critical Analysis of

Monetary Union and Enlargement

24.537

Lawrence **GROSSBERG**:

Bringing It All Back Home. Essays on Cultural Studies 23.032

Die angegebenen Zahlen sind die Entlehnnummern

Institut für Politikwissenschaft

1090, Währinger Str.17/5. Stock, Zi.-Nr.: 511 Tel: 4277/47702 Fax: 4277/47719

Öffnungszeiten des Sekretariats:

Montag bis Freitag 11.00 - 13.00 Uhr (wegen Personalmangel derzeit nur eingeschränkte Öff-

nungszeiten)

Sprechstunden:

Univ.-Prof. Dr. Eva Kreisky

Institutsvorständin Dienstag, 12.00 - 13.00 Uhr

Währingerstr. 17/5. Stock/Zi.-Nr.: 509; e-mail: Hannelore. Eva. Kreisky @univie.ac.at

Achtung: Für sonstige Termine unbedingt Anmeldung über das Sekretariat (Tel.: 4277/47702)

Ass. Prof. Dr. Regina Köpl Mi 13.00 - 14.00 Uhr

Währingerstr. 17/5.Stock/Zi.-Nr.: 507; 4277/47711; e-mail: Regina.Koepl@univie.ac.at

Univ.-Ass. Mag. Petra **Purkarthofer** Do 16.00 - 17.00 Uhr

Währingerstr. 17/5.Stock/Zi.-Nr.: 506; 4277/47714; e-mail: Petra.Purkarthofer@univie.ac.at

Ao. Univ. Prof. Dr. Birgit Sauer Mi 13.00 - 14.00 Uhr

Währingerstr. 17/5.Stock/Zi.-Nr.: 508; 4277/47712; e-mail: Birgit.Sauer@univie.ac.at

Univ.-Prof. Dr. Sieglinde Katharina Rosenberger

Vorsitzende der Studienkommission Mi 12.15 - 13.15 Uhr

Währingerstr. 17/5.Stock/Zi.-Nr.: 512; 4277/47715; E-mail: Sieglinde.Rosenberger@univie.ac.at

Lektoren/Lektorinnen sowie Honorar- und Titularprofessoren sind vor bzw. nach ihren Lehrveranstaltungen erreichbar. Sprechstunden sind auch den Aushängen zu entnehmen.

Institut für Politikwissenschaft

Währingerstr. 28/2. Stock, Zi.-Nr. 106 - 109 Tel: 4277/47701 Fax: 4277/9477

Öffnungszeiten des Sekretariats:

Montag, Dienstag, Mittwoch 9.00 - 12.00 Uhr und 13.30 Uhr - 15.30 Uhr

Donnerstag 9.00 - 15.30 Uhr Freitag 9.00 - 14.00 Uhr

Sprechstunden:

Dr. Johann Dvorák

Stellvertr. Institutsvorstand Do 13.30 - 14.30 Uhr

Währingerstr. 28/2.Stock/Zi.Nr. 204; 4277/47730; e-mail: Johann.Dvorak@univie.ac.at

Univ.- Prof. Dr. Hans-Georg **Heinrich**

Mi 11.00 - 12.00 Uhr

Währingerstr. 28/2.Stock/Zi.Nr. 207; 4277/47722

Univ.- Prof. Dr. Herbert Gottweis

Stellvertr. Institutsvorstand Do 13.00 - 14.00 Uhr

Währingerstr. 28/2.Stock/Zi.Nr. 208; 4277/47723; e-mail: Herbert.Gottweis@univie.ac.at

Univ.- Ass. Dr. Josef Melchior Do 15.00 - 16.00 Uhr

Währingerstr. 28/2.Stock/Zi.Nr. 203; 4277/47731; e-mail: Josef.Melchior@univie.ac.at

Ao. Univ.-Prof. DDr. Ingfrid Schütz-Müller Auslandsanrechnungen Mi 13.00 - 15.00 Uhr

Währingerstr. 28/2.Stock/Zi.Nr. 206; 4277/47721; e-mail: Ingfrid.Schuetz-Mueller@univie.ac.at

Dr. Fritz Windhager

Stellvertretender Vorsitzender der Studienkommission

Fächerkombinationen, Anrechnungen Inland Mi 17.00 – 19.00 Uhr u. Do 12.00 – 14.00 Währingerstr. 28/2.Stock/Zi.Nr. 201; 4277/47733; E-mail: Fritz.Windhager@univie.ac.at